



machen den

Unterschied!

Beschlussbuch

**22. ordentliche Landeskongress
der NRW Jusos | 02.-03.09.2023**

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel	Seite
A01	Brain Drain und Fachkräftemangel: Deutschlands Wettlauf um Talente	13
A02	Dem Tarifvertrag entgegen!	18
A03	Geburtsversorgung sichern – Existenznot von Hebammen bekämpfen	20
A05	Living in a material world: die Schattenseiten der Textilindustrie	22

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

Bezeichner	Titel	Seite
B04	Resolution: Jung, akademisch, prekär - Holen wir uns den Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte	28
B09	Mentale Gesundheit im Schulwesen	132

D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

Bezeichner	Titel	Seite
D01	Die Zerstörung von ChatGPT - Eine jungsozialistische Perspektive auf künstliche Intelligenz*	30
D03	Kulturpolitik für alle	35

E - Europa und Internationales

Bezeichner	Titel	Seite
E01	Internationalistische Klimagerechtigkeit muss antikapitalistisch, antikolonial und feministisch sein!	39
E02	Solidarität ohne Grenzen: Die EU und der Sudan-Konflikt	45

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · <i>Empfehlung</i>	Seite
F01	Alles Krise? - Feministische Antworten auf die Krisen unserer Zeit	47
F02	We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere! Zur Situation queerer Rechte weltweit	58

G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Gute Besserung an das Gesundheitssystem! - für eine solidarische und faire “Revolution” im Gesundheitswesen	64
G02	Wissenschaftsfeindliche Tradition beenden – Homöopathie den Kampf ansagen!	70
G04	Progressive Sportpolitik: Wie Sportpolitik neu gedacht werden muss!	72
G05	Ich sehe was, was du nicht siehst	76

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

Bezeichner	Titel	Seite
I01	Dem Rückschritt entgegen – neue Wege zu einer jungsozialistischen Asyl- und Migrationspolitik in Bund, Ländern und Kommunen wagen	78
I02	Klimaprotest ist kein Verbrechen!	84
I07	Wir bleiben LinX! - Gegen staatliche Repression linker Bewegungen	91
I08	Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken!	95

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

Bezeichner	Titel	Seite
K02	Jungsozialistisch einheizen statt heißer Luft – Wie die Wärmewende gelingen kann	104
K04	Refashion Fast Fashion	110
K05	Tierversuchen und Tierleid in der Forschung möglichst ein Ende setzen	111
K06	Lange überfällig: Nationalpark Senne - Teutoburger Wald – Eggegebirge	113

M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

Bezeichner	Titel	Seite
M01	Transformation unserer Städte: Stadtplanung jungsozialistisch denken!	115
M02	FairMieten - Indexmieten abschaffen	120

O - Organisationspolitik

Bezeichner	Titel	Seite
O01	Wir müssen das Rad nicht neu erfinden - Austauschplattform für Anträge und Aktionen!	122
O02	Mutti gib ma' Geld - Für sozial gerechte Teilhabemöglichkeiten in Verband und Partei	124
O03	Inklusion bei den Jusos - Vernetzungstreffen für Menschen mit Behinderungen	126
O06	Queer, Sozialistisch, Vernetzt	130

W - Wirtschaft und Finanzen

Bezeichner	Titel	Seite
W01	Echte Altschuldenlösung jetzt!	127

INI - Initiativanträge

Bezeichner	Titel	Seite
INI01	Lasst das Semesterticket nicht sterben!	136
INI02	Unsere Demokratie geht vor die Hunde? Die Bundesregierung so: Who cares? Wir sagen: NICHT MIT UNS!	138
INI03	Resolution: "Die Brandmauer bleibt stabil!"	141

Antrag A01: Brain Drain und Fachkräftemangel: Deutschlands Wettlauf um Talente

Sachgebiet: A - Arbeit und Soziales

1 Der Fachkräftemangel ist ein Thema von großer Bedeutung, das im politischen Diskurs
2 und in der Gesellschaft immer wieder aufgegriffen wird. Insbesondere in Bereichen wie
3 der Pflege, dem Handwerk, den Kindertagesstätten und vielen anderen Branchen sind die
4 Auswirkungen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften deutlich spürbar.
5 Deutschland steht vor der Herausforderung, geeignete Fachkräfte zu finden, um den
6 Bedarf an Arbeitskräften langfristig decken zu können.

7 Der demografische Wandel, der Rückgang der Geburtenrate und der steigende Bedarf an
8 qualifizierten Arbeitskräften durch die fortschreitende Digitalisierung, sowie die
9 vorherrschenden schlechten Arbeitsbedingungen und den technologischen Fortschritt
10 sind einige der Faktoren, die den Fachkräftemangel in Deutschland verstärken. Die
11 steigende Nachfrage nach Fachkräften steht einer begrenzten Anzahl von verfügbaren
12 Arbeitskräften gegenüber, was zu Engpässen in verschiedenen Branchen führt und somit
13 die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst.

14 In dieser Debatte wird von politischer Seite immer wieder die Möglichkeit betont,
15 Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, um den Bedarf an qualifizierten
16 Arbeitskräften zu decken und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Das
17 Wirtschaftswachstum wird als ein Ziel betrachtet, das durch die Anwerbung
18 ausländischer Fachkräfte erreicht werden kann. Dabei ist es wichtig, den Blick auf
19 die langfristigen Auswirkungen und mögliche Herausforderungen zu richten, die mit
20 einer verstärkten Einwanderung von Fachkräften einhergehen könnten.

21 Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wurde im August 2019 das
22 "Fachkräfteeinwanderungsgesetz" erlassen.

23 Dieses Gesetz soll dazu dienen, Fachkräften aus dem Ausland den Zugang zum deutschen
24 Arbeitsmarkt zu erleichtern. Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) kommen
25 einige Veränderungen. Das neue Gesetz ermöglicht erstmals Menschen mit beruflicher
26 Ausbildung oder in Ausbildungssuche über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz nach
27 Deutschland zu kommen und erleichtert die Anpassung ausländischer Qualifikationen an
28 deutsche Standards. Dies war vorher nur für Fachkräfte mit Hochschulabschluss
29 möglich. Gleichzeitig können Personen mit beruflicher Ausbildung in einer größeren
30 Auswahl an Berufen tätig sein, nicht nur in den Berufen, in denen Fachkräftemangel
31 herrscht. Über die Erfahrungssäule im Fachkräfteeinwanderungsgesetz können
32 Drittstaatsangehörige einwandern, wenn sie mindestens zwei Jahre Joberfahrung sowie
33 eine mindestens zweijährige Ausbildung mit Abschluss in ihrem Heimatland vorweisen
34 können.

35 Laut dem Gesetz können Menschen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, mit der sie bis
36 zu 6 Monate lang in Deutschland bleiben können. Währenddessen können sie eine Arbeit
37 finden, sich einleben und bis zu 10 Stunden pro Woche in einem Probearbeitsverhältnis

arbeiten. Durch einen sogenannten "Anerkennungsbescheid" kann man die Möglichkeit erhalten, seine "Defizite" in der Qualifikation an die deutschen Vorgaben anzupassen. Zudem können nicht nur Menschen fürs Studium nach Deutschland kommen, sondern auch Menschen, die nach einer Ausbildung suchen. Zudem soll die Aus- und Weiterbildung gestärkt werden, um genügend Fachkräfte in Deutschland zu haben. Das Gesetz zur Erleichterung der Einwanderung kann zwar positive Auswirkungen auf die Menschen haben, jedoch vernachlässigt es oft die negativen Folgen für die betroffenen Individuen und ihre Herkunftsländer im politischen Diskurs.

Brain Drain

Der Begriff "Brain Drain" beschreibt den bedauerlichen Verlust hochqualifizierter und gut ausgebildeter Fachkräfte aus einem bestimmten Land. Es geht um talentierte und fähige Menschen, die ihre Heimat verlassen, um in anderen Ländern ihr berufliches Glück zu finden. Diese Entwicklung, besonders unter jungen Menschen, hat spürbare Auswirkungen auf den demographischen Wandel in den betroffenen Ländern und stellt eine bedeutende Herausforderung dar.

Die Konsequenzen des Brain Drain sind vielfältig. Ein Mangel an qualifizierten Fachkräften entsteht, wenn sie das Land verlassen haben. Dadurch kann es zu einem Rückgang der Produktivität und Innovation kommen, da talentierte Köpfe fehlen, um neue Ideen zu entwickeln und die Wirtschaft voranzutreiben. Die Auswanderung hochqualifizierter Fachkräfte kann zudem zu einem Ungleichgewicht in der Gesellschaft führen, da bestimmte Berufsfelder und Branchen unterbesetzt sind. Dies kann die Qualität der Dienstleistungen, einschließlich Gesundheit, Bildung und Forschung, beeinträchtigen.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung des Herkunftslandes kann durch den Brain Drain behindert werden. Wichtige Investitionen in Ausbildung und Fachkenntnisse gehen verloren, was das Land in seiner Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen kann und wirtschaftlichen Fortschritt erschwert.

Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) der Bundesregierung privilegiert laut Aussage auch zukünftige EU-Mitgliedsstaaten wie die des Westbalkans. Jedoch sind es vor allem Staaten wie Albanien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina, die als die eigentlichen Verlierer dieses Gesetzes betrachtet werden können. Mit einem Durchschnittsalter von 36,7 Jahren auf dem Westbalkan könnten sich diese Länder eigentlich über eine junge Bevölkerung freuen. Doch genau hier setzt nun das Dilemma an: Deutschland rekrutiert Fachkräfte aus diesen Ländern, da es selbst mit einer schnell alternden Bevölkerung zu kämpfen hat und damit den Wohlstand aufrechterhalten möchte.

Dieses Phänomen ist auch in Albanien deutlich spürbar, und politische Vertreter*innen äußern regelmäßig ihre Besorgnis über diese Abwanderung. Der albanische Premierminister Edi Rama äußerte sich beispielsweise besorgt über den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften: "Ich bin auch besorgt, dass angesichts der gemeinsamen Realität des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften, zum Beispiel im

Gesundheitswesen, weiterhin grausame Marktentscheidungen herrschen werde" so Edi Rama.

Ein weiteres Beispiel bietet der Kosovo, wo laut dem kosovarischen Amt für Statistik (ASK) vor zehn Jahren etwa 15.000 bis 20.000 Kosovar*innen jährlich das Land verließen. In den letzten fünf Jahren hat diese Zahl weiter zugenommen, und heute wird die Zahl der Auswanderungen auf 30.000 Menschen pro Jahr geschätzt.

Menschen statt Fachkräfte

Als sozialistischer Jugendverband liegt es uns am Herzen, dass Menschen eine Möglichkeit erhalten, unkompliziert nach Deutschland zu kommen. Obwohl das Fachkräfteeinwanderungsgesetz das Ziel verfolgt, den Fachkräftemangel in bestimmten Branchen zu mildern und die Wirtschaft zu stärken, betrachten wir es dennoch als problematisch, Menschen allein als Arbeitskräfte zu betrachten und sie aufgrund ihrer Fähigkeiten und Qualifikationen aus ihren Heimatländern abzuwerben.

Häufig wird politisch argumentiert, dass Deutschland diese Menschen aufgrund ihrer Bedeutung für die Wirtschaft gut gebrauchen könne. Jedoch lehnen wir dieses profitorientierte Denken entschieden ab, da es suggeriert, dass die Wertigkeit eines Menschen allein von seinem Nutzen für die Wirtschaft abhängt.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Migration und Einwanderung nicht einzig und allein aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden sollten, sondern dass die individuellen Bedürfnisse und Rechte der Menschen eine ebenso wichtige Rolle spielen. Wir sind gegen eine Selektion von Menschen aufgrund ihrer Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt, die dabei andere bedeutsame Aspekte wie soziale Integration, kulturellen Austausch und gesellschaftliche Vielfalt außer Acht lässt.

Statt Menschen als bloße Arbeitskräfte zu sehen, sollten wir ihre individuellen Potenziale, Talente und Fähigkeiten in den Fokus nehmen. Es ist uns ein Anliegen, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Lebensqualität zu verbessern und sich vollständig in unsere Gesellschaft einzubringen.

Menschen aus dem Ausland nur bzw. bevorzugt dann willkommen zu heißen, wenn sie in Deutschland arbeiten und der deutschen Wirtschaft nutzen, während man Geflüchtete kriminalisiert und ertrinken lässt, Abschiebungen sowie menschenrechtswidrigen Grenzschutz zur Minderung selbst definierter "irregulärer" Migration vorantreibt, halten wir für grundlegend falsch und unmenschlich. Wir stellen uns gegen diese kapitalistische, neokoloniale und somit selektive Einwanderungspolitik.

Wir fordern daher:

- eine grundlegende Überarbeitung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, die den Menschen und ihren Bedürfnissen gerecht wird
- einen menschenzentrierten Ansatz, der die soziale Integration, den Schutz der Rechte der Einwandernden und die Förderung von kulturellem Austausch und gegenseitigem Verständnis berücksichtigt, ist von entscheidender Bedeutung
- eine Neugestaltung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, das den Menschen in den

Mittelpunkt stellt und ihre umfassende Teilhabe ermöglicht

- eine dauerhafte Bleibeperspektive
- dass bevor durch Abwerbung von Menschen aus anderen Staaten dort Nachfolgeprobleme durch den Brain Drain entstehen, Menschen, die in Deutschland bis jetzt nicht in Arbeit kommen konnten, besser zu fördern, Geflüchteten schneller einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Strukturen so anzupassen, dass FINTA die Möglichkeit haben, am Erwerbsleben teilzunehmen

Faire Arbeitsbedingungen

In einer gerechten Gesellschaft sollten gleiche Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten gewährleistet sein, unabhängig von ihrer Herkunft. Immer noch beobachten wir Fälle, in denen zugewanderte Menschen bei gleicher Arbeit weniger verdienen. Besonders FINTA-Personen befinden sich dabei oftmals in prekärer Lage. FINTAs werden auf dem Arbeitsmarkt strukturell diskriminiert und verdienen weniger als Männer in gleicher Position (Gender Pay Gap bei 18%). Zusätzlich kommt es nicht selten vor, dass Zugewanderte in Minijobs oder illegale Arbeit gelockt werden.

Um gegen diese Ungleichheiten anzukämpfen, setzen wir uns für die konsequente Umsetzung bestehender arbeitsrechtlicher Standards der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Mitgliedsgewerkschaften ein und fordern verstärkten Schutz vor Ausbeutung. Jeder Arbeitsvertrag sollte fair gestaltet sein, und alle Beschäftigten verdienen eine angemessene Entlohnung, ungeachtet ihrer Herkunft. Zusätzlich müssen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestärkt und geschützt werden, um jegliche Form von Missbrauch und Diskriminierung zu verhindern. Hier gilt es, auf der arbeitsrechtlichen Absicherung durch Gewerkschaften aufzubauen.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Arbeitsbedingungen sind weitere wichtige Anliegen. Der Zugang zu Informationen über Rechte, Pflichten und Entlohnung ist entscheidend, um sicherzustellen, dass niemand in die Falle von Ausbeutung und ungerechter Behandlung gerät.

Ebenso ist die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigungsverhältnissen von großer Bedeutung. Die Schaffung legaler Beschäftigungsmöglichkeiten ist dabei entscheidend, um Menschen aus der Schwarzarbeit herauszuholen und ihre Arbeitsrechte zu schützen.

Die prekäre Situation vieler Fachkräfte in ihren Heimatländern darf nicht missbraucht werden. Fachkräfteeinwanderung darf nicht in Lohndumping enden! Es bedarf also Sozialversicherungspflicht sowie Tarifbindung für alle eingewanderten Fachkräfte.

Integration

Integration ist ein zentraler Aspekt bei der Aufnahme und Eingliederung von Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen in die deutsche Gesellschaft. Es ist wichtig, dass wir uns als Gesellschaft für eine offene, inklusive und vielfältige Integrationspolitik einsetzen, die auf den Grundwerten der Gleichheit, Toleranz und Menschenwürde basiert. Leider müssen wir anerkennen, dass Deutschland trotz seiner Bemühungen zur Integration immer noch mit rassistischen Strukturen und

160 Diskriminierung konfrontiert ist. Es ist daher unerlässlich, dass wir diese Probleme
161 aktiv ansprechen und effektive Maßnahmen ergreifen, um eine Gesellschaft zu schaffen,
162 die unabhängig von Herkunft, Religion und anderen Faktoren gleiche Chancen und Rechte
163 für alle bietet.

164 Um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, müssen wir verschiedene Ebenen
165 berücksichtigen. Erstens müssen wir die strukturellen Hindernisse beseitigen, die den
166 Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung für Einwandernde erschweren.
167 Wir sollten sicherstellen, dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre
168 Fähigkeiten und Talente zu entfalten, unabhängig von ihrer Herkunft.

169 Zweitens ist die Förderung von interkulturellem Austausch und gegenseitigem
170 Verständnis von großer Bedeutung. Wir sollten kulturelle Vielfalt als Bereicherung
171 ansehen und uns aktiv für einen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen
172 einsetzen. Dies kann durch Bildungsprogramme, kulturelle Veranstaltungen und den
173 Austausch von Erfahrungen und Wissen erreicht werden. Ein respektvoller und
174 wertschätzender Umgang miteinander sollte die Grundlage unseres gesellschaftlichen
175 Zusammenlebens sein.

176 Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, rassistische Strukturen in allen
177 gesellschaftlichen Bereichen zu erkennen und zu bekämpfen. Dazu gehört auch die
178 Sensibilisierung für rassistisches Verhalten und die Förderung einer offenen
179 Diskussionskultur, die Rassismus und Diskriminierung aktiv entgegentritt. Die
180 Etablierung von unabhängigen Gremien und Beschwerdestellen kann dazu beitragen,
181 rassistischen Vorfällen und Diskriminierungsfällen effektiv entgegenzuwirken.

182 Schließlich müssen wir uns für eine inklusive Gesellschaft einsetzen, in der alle
183 Menschen gleiche Rechte und Chancen haben. Dies bedeutet auch, dass wir uns gegen
184 jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung stark machen, sei es am
185 Arbeitsplatz, in Bildungseinrichtungen oder im öffentlichen Leben.

186 Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz sollte einen stärkeren Fokus auf die
187 Integration der zugewanderten Menschen legen. Ihre Integration in die Gesellschaft
188 ist ein wichtiger Schritt zum besseren Einleben in einem fremden Land.

189 Wir fordern daher eine Stelle, die sich um die Planung eines Konzepts für die
190 Integration der zugewanderten Menschen kümmert und für diese Umsetzung verantwortlich
191 ist.

Antrag A02: Dem Tarifvertrag entgegen!

Sachgebiet:

A - Arbeit und Soziales

1 Als Teil der sozialistischen Arbeiter*innen Bewegung verstehen wir uns als Akteur in
2 einem langen Kampf für die Rechte von Arbeiter*innen gegenüber den Interessen des
3 Kapitals.

4 Dabei ist der Tarifvertrag eines der stärksten Mittel, die in diesem Kampf entstanden
5 sind. Tarifverträge regeln die Arbeitsrealität in Deutschland: Sie regeln unter
6 anderem Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Entgelte. Branchen, die ihren
7 Beschäftigten über Jahrzehnte hinweg gute Tarifverträge bieten konnten, haben
8 strukturell weniger Probleme mit der Fachkräftegewinnung- und Sicherung, sie sind
9 erfolgreicher und produktiver. Tarifverträge sorgen für Sicherheit auf Seiten der
10 Arbeiter*innen, durch sie kamen unsere heutige 40h Woche, Arbeitssicherheitskonzepte
11 und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erstmals in unsere Arbeitswelt.

12 Tarifverträge setzen seit jeher die Maßstäbe, die später vom Gesetzgeber übernommen
13 werden. Als Mittel des geordneten Arbeitskampfes haben sich Tarifverträge etabliert
14 und stellen mit rund 80.000 einzelnen Verträgen eines der umfassendsten und
15 wichtigsten Reglements des Arbeitsmarktes dar. Im kapitalistischen System sind sie
16 das solidarische Gegengewicht zum Kapital.

17 Die Tarifbindung in Deutschland, und auch in NRW, ist seit vielen Jahren massiv
18 rückläufig. Noch 1996 wurden in NRW 82% der Beschäftigten nach Tarif bezahlt- heute
19 liegt dieser Wert bei circa 57%[\[1\]](#). Die Erosion der Tarifbindung ist dabei nicht
20 zufällig: Seit Jahrzehnten arbeiten Teile der Arbeitgeber*innen und die Verbände in
21 denen sie sich organisieren systematisch daran, die Tarifbindung zu senken. Diese
22 Bemühungen, flankiert mit geringen Beitritts Quoten in tarifgebundene
23 Arbeitgeberverbände von neu gegründeten Unternehmen, sorgen dafür, dass die
24 Tarifbindung in Deutschland nur noch ein Schatten ihrer selbst ist.

25 Das darf nicht so bleiben: Weder aus jungsozialistischer noch aus juristischer
26 Perspektive: Im Grundgesetz ist die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie als
27 wichtiges Ziel benannt. Diese Tarifautonomie kann aber überhaupt nur mit starker
28 Tarifbindung erreicht werden[\[2\]](#).

29 Gleichzeitig sind die Gewerkschaften in Branchen mit geringer Tarifbindung in einer
30 Zwickmühle: Den Arbeiter*innen entfällt einer der wichtigsten Beitrittsgründe (der
31 Tarifvertrag und die Möglichkeit ihn zu gestalten) und somit bleibt die Gewerkschaft
32 strukturell geschwächt. Nur organisierte Belegschaften haben die Kraft sich im
33 ständigen Konflikt um Fragen der Bezahlung und Arbeitsbedingungen gegen die
34 Arbeitnehmer*innen zu behaupten. Umgekehrt können die Gewerkschaften in diesen
35 Branchen nur dann an Stärke gewinnen und die Arbeitgeber*innen mit Streik unter Druck
36 setzen, wenn ein ausreichend großer Teil der Arbeiter*innenschaft auch
37 Gewerkschaftsmitglied geworden ist.

38 Vor diesem Hintergrund ist für uns Jungsozialist*innen klar, dass es politischer

Maßnahmen bedarf, um die Tarifbindung und damit auch die Gewerkschaften, mit denen wir seit' an seit' für die Interessen der Arbeiter*innen streiten, zu stärken.

Hierfür bedarf es mehrerer Anpassungen:

- Arbeitgeber*innen Verbände sind Institutionen, die insbesondere für die tariflichen Auseinandersetzungen geschaffen wurden. Daher fordern wir die Abschaffung der Möglichkeit, Mitglied eines Arbeitgeber*innenverbandes zu werden ohne in die Tarifbindung einzutreten (OT Mitgliedschaften).
- Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Verbänden muss attraktiver werden. Hierfür sollten exklusive, ggf. auch steuerliche Vorteile geschaffen werden, die eine Gewerkschaftsmitgliedschaft attraktiver machen.
- Wir fordern die Einführung von Verbandsklagen im Arbeitsrecht, denn die rechtliche Verteidigung von Tarifverträgen darf kein individueller Kampf sein, wenn es um kollektive Interessen der Arbeiter*innen, oder Probleme geht, die eine große Zahl der Arbeiter*innen betreffen.
- Wir fordern Handwerksinnungen und andere vergleichbare Verbände zu echten Tarifverbänden zu machen. Insbesondere im Handwerk ist der kleinteilige Arbeitskampf eine große Erschwernis für die Gewerkschaften, obwohl gerade dort eine starke Organisation der Arbeiter*innen dringend geboten wäre.
- Das Zugangsrecht zum Betrieb muss an die heutigen Bedingungen des Arbeitsmarktes angepasst werden. Längst ist es alltägliche Realität, dass Arbeiter*innen nicht mehr nur im Betrieb, sondern auch im Home Office oder anderen digitalen Arbeitsmodellen anzutreffen sind. Dadurch braucht es ein klar definiertes digitales Zugangsrecht für die Gewerkschaften.
- Der Zugang von Gewerkschaften in Bildungskontexten soll erleichtert werden. Gerade dann, wenn Gewerkschaften durch die sinkende Tarifbindung eine immer kleinere Rolle im Familienleben und damit im Leben junger Menschen einnehmen, müssen Schüler*innen mit den Gewerkschaften in Kontakt kommen.
- Die umfangreichen Juso Forderungen zu Tariftreuegesetzen in Land und Bund bleiben weiterhin notwendig. Da eine hohe Tarifbindung in unser aller Interesse liegt, muss der Staat mehr für die Stärkung der Tarifbindung tun. Tariftreuegesetze bilden einen sinnvollen Ansatz zu dieser Aufgabe und gehören in jedes sozialdemokratische Regierungsprogramm!

[1] <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-nrw-muss-tarifflicht-stoppen-42251.htm>

[2] „Das Verhältnis von Staat und Tarifautonomie- Ansätze zur Stabilisierung des Tarifvertragssystems“ (Martin Behrens, Thorsten Schulten) in „WSI Mitteilungen Der Staat und die Tarifautonomie“ (2023)

Antrag A03: Geburtsversorgung sichern – Existenznot von Hebammen bekämpfen

Sachgebiet:

A - Arbeit und Soziales

1 Eine ausgiebige Betreuung durch eine Hebamme ist für Gebärende und ihr eigenes
2 Wohlbefinden während der Geburt von hoher Bedeutung. Diese Bedeutsamkeit greift auch
3 die S3-Leitlinie auf, welche empfiehlt, dass Gebärende ab der aktiven Eröffnungsphase
4 [\[1\]](#) durch eine Hebamme Eins-zu-Eins betreut werden müssen. Mithilfe einer Eins-zu-
5 Eins-Begleitung, welche mindestens zu 80% der Zeit erfolgen soll, werden zahlreiche
6 Vorteile für Gebärende ermöglicht. Hierzu gehört auch, dass Gebärende durch die
7 geburtsbegleitende Hebamme die beste emotionale Unterstützung, sowie kontinuierlich
8 weitere Informationen über den eigenen Geburtsfortschritt erhalten. Darüber hinaus
9 wurde festgestellt, dass eine umfassende Betreuung zu mehr vaginalen Geburten und zu
10 weniger Kaiserschnitten führt.

11 Allerdings kann aktuell das empfohlene Betreuungsmodell in vielen Fällen in
12 Krankenhäusern nicht ausgeführt werden. Dieses liegt, unter anderem, dem ständig
13 wachsenden Personalmangel in der Geburtshilfe zugrunde. Woraufhin immer mehr
14 Gebärende zur gleichen Zeit betreut werden müssen. Dementsprechend sind Entbindende
15 auch immer häufiger und länger während der Geburt auf sich allein gestellt. Des
16 Weiteren löst der stetig wachsende Personalmangel zunehmend Versorgungsengpässe in
17 der stationären Hebammenversorgung aus. Insbesondere freiberufliche Hebammen, welche
18 Geburtshilfe anbieten, scheiden immer häufiger aus dem Berufsfeld aus.

19 Der wachsende Personalmangel in der Geburtshilfe wird insbesondere durch die
20 gesetzlich vorgeschriebene Berufshaftpflichtproblematik für Beleghebammen begünstigt.
21 Während die Haftpflichtbeiträge in den letzten Jahren rasant gestiegen sind, zogen
22 die Vergütungen für Geburtsbegleitungen kaum nach. An dieser Stelle ist zu
23 beobachten, dass freiberufliche Hebammen, welche zusätzlich Geburtshilfe anbieten am
24 stärksten von hohen Haftpflichtbeiträgen betroffen sind. Für diese Berufsgruppe
25 werden monatlich Beiträge von bis zu 900€ und mehr fällig. Zwar können freiberufliche
26 Hebammen einen Antrag auf einen Sicherstellungszuschlag stellen. Jedoch kann dieser
27 nur rückwirkend bewilligt werden. Anders formuliert, freiberufliche Hebammen müssen
28 zunächst in Vorleistung gehen. Des Weiteren kann die gesetzlich vereinbarte
29 Mindestmenge in der Geburtshilfe nicht von jeder Hebamme erreicht werden, weswegen
30 nicht jede ein Recht auf den Sicherstellungszuschlag erhält. Überdies hinaus ist
31 anzumerken, dass Privatpatient*innen nicht mit in die Berechnung der Mindestmenge mit
32 einfließen.

33 Die hohen Haftpflichtbeiträge führen zunehmend dazu, dass viele Hebammen ihre eigene
34 Existenz nicht mehr durch ihr generiertes Einkommen sichern können. Im Zuge dessen
35 scheiden immer mehr freiberufliche Hebammen, die Geburtshilfe anbieten, aus ihrem
36 Beruf aus. Gleichzeitig erhöht sich hierdurch für die verbliebenen
37 Geburtshelfer*innen die Arbeitsbelastung, die wiederum zu weiteren Berufsaustritten
38 führt. Aufgrund dieser benannten Faktoren wird der Beruf für potenzielle

Berufseinsteiger*innen stetig unattraktiver. Weswegen die Hebammenversorgung in Deutschland nach aktuellem Stand nicht zukunftsfest ist. Hebammen muss es ermöglicht werden von ihrer erbrachten Arbeit ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können. Damit dieses jedoch erreicht werden kann, bedarf es einer umfassenden Lösung der Berufshaftpflichtproblematik, welche über die bisherigen Ansätze hinausgeht.

Aufgrund dessen fordern wir:

- eine garantierte Gewährleistung des Sicherstellungszuschlags für Hebammen, die Geburtshilfe anbieten
 - Die Entwicklung und Einführung von Lösungsansätzen bzgl. der Hebammenhaftpflichtproblematik
 - Zusätzliche Strategien, um den Beruf attraktiver und zugänglicher für Schüler*innen zu machen.
 - eine Anpassung der Vergütungen für Geburtsbegleitungen an die Inflation
- [\[1\]](#) Die aktive Eröffnungsphase beginnt, wenn der Muttermund 5cm weit geöffnet ist und regelmäßig Wehen zeigen, dass die Geburt weiter voranschreitet

Antrag A05: Living in a material world: die Schattenseiten der Textilindustrie

Sachgebiet: A - Arbeit und Soziales

1 “Kleider machen Leute” - ein Satz, den die meisten Menschen schon mal gehört haben.
2 In unserer Gesellschaft hat Kleidung einen großen Stellenwert - sie bietet Menschen
3 die Möglichkeit, sich auszudrücken und trägt zur individuellen Entfaltung bei. Da
4 Kleidung für viele Menschen von großer Bedeutung ist, haben Unternehmen in der
5 Bekleidungsbranche die Möglichkeit, hohe Gewinne zu erzielen.

6 Die Textilindustrie ist eine der größten Industrien weltweit, die durch ihre
7 tiefgreifende globale Verkettung gekennzeichnet ist. Teil der Textilindustrie ist
8 unter anderem die Bekleidungsindustrie, die sich momentan in einer bedeutenden Phase
9 des Wandels befindet, denn:

10 Anfang der 1980er Jahre wurde zeitgleich mit der globalen Vernetzung der Weltmarkt
11 immer stärker. Es kam zu einer Expansion des Marktes, bei der sich auch die
12 Produktion immer mehr global verlagerte. Während sich die kapitalistische
13 Produktionsweise also immer weiter ausbreitete, wandelte sich auch die
14 Textilindustrie und “Fast Fashion” wurde zum festen Bestandteil der
15 Bekleidungsindustrie.

16 Fast Fashion ist ein Geschäftsmodell, das sich durch die schnelle und billige
17 Produktion von Bekleidung kennzeichnet. Dieses Konzept beruht auf dem Prinzip, dass
18 Konsument*innen Kleidung zu günstigen Preisen kaufen können, um sie dann schnell zu
19 ersetzen, wenn sie aus der Mode gehen. So bringen Bekleidungsgeschäfte wie Zara
20 mittlerweile rund 24 Kollektionen im Jahr raus.

21 Seit der Jahrhundertwende hat sich die Kleidungsproduktion mehr als verdoppelt und
22 das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
23 Verbraucherschutz (BMUV) geht von einem intensiven Wachstum der Textilindustrie aus.
24 Die rasante Produktion führt gleichzeitig zum erhöhten Konsum. Im Schnitt kaufen
25 Verbraucher*innen in Deutschland 60 Kleidungsstücke im Jahr, wovon jedes 5. Stück so
26 gut wie nie getragen wird.

27 Es handelt sich hierbei also um eine Produktion, die darauf ausgelegt ist, immer
28 schneller herzustellen und verschwenderisch zu konsumieren.

29 So sieht jedenfalls die Verbraucher*innenseite, das eine Ende der Produktionskette,
30 aus.

31 Die Produktionskette in der Textilindustrie ist jedoch lang und auf der anderen Seite
32 sitzen meist Arbeiter*innen in Ländern des Globalen Südens, die die Kleidung unter
33 prekären Bedingungen herstellen. Die Unterschiede in der Produktions- und
34 Konsumpraxis zeigen die Probleme unseres gegenwärtigen Systems, das auf
35 Gewinnmaximierung und Ausbeutung basiert. Es wird deutlich, dass die Be- und
36 Entwertung von Kleidung sowie die damit einhergehenden sozialen und ökologischen
37 Folgen eng miteinander verknüpft sind und eine grundlegende Veränderung erforderlich

ist, um eine sozial faire und nachhaltige Textilindustrie zu schaffen.

Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie:

Rund 24 Kollektionen im Jahr und Kleidung zu oftmals sehr niedrigen Preisen kommt nicht einfach aus dem Nichts heraus. In den meisten Produktionsländern werden die Rechte von Arbeitnehmer*innen drastisch systematisch verletzt.

Zu dieser Ausbeutung gehört unter anderem: Es werden nicht existenzsichernde Löhne ausgezahlt, Arbeiter*innen müssen überlange Arbeitszeiten leisten und unter gefährlichen Umständen arbeiten. Schutzkleidung ist, obwohl mit schädlichen Stoffen gearbeitet wird, nicht vorhanden. Die Ausbeutung in der Textilindustrie betrifft vor allem Frauen, die den Großteil der Arbeitskräfte in dieser Branche ausmachen. Sie sind besonders gefährdet, da sie oft in prekären Arbeitsverhältnissen ohne angemessene soziale Absicherung tätig sind. Viele von ihnen verdienen nicht genug, um ihre Grundbedürfnisse zu decken, geschweige denn ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Darüber hinaus fließen bei der Produktion unter anderem Chemikalien ins Abwasser, die letztendlich gesundheitsgefährdend sind, da in den Produktionsländern meist keine Kläranlagen existieren. Diese Verschmutzung hat wiederum weitreichende Konsequenzen für die gesamte Bevölkerung des Landes. Insbesondere Kinder sind von den Folgen betroffen, da sie aufgrund ihres entwicklungsbedingten geringeren Körpergewichts und ihrer empfindlichen Organentwicklung besonders anfällig für Krankheiten sind.

Die Schädigung des Grundwassers durch die textile Produktion betrifft nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiter*innen und ihre Familien, sondern die gesamte Bevölkerung.

Rechte für die Arbeiter*innen sind dabei kaum vorhanden. Die großen Unternehmen bilden währenddessen ein unglaubliches Machtmonopol. Wenn sie wollen, können sie einfach mit der Produktion abwandern, wenn ihnen irgendetwas nicht passt. Sprich, die Arbeiter*innen sind schlichtweg von der Arbeit abhängig und in dieser gefangen.

Die Textilindustrie birgt nicht nur Ausbeutung und prekäre Arbeitsbedingungen, sondern auch die Gefahr von Zwangsarbeit. Arbeiter*innen werden unter unmenschlichen Bedingungen gezwungen, ohne angemessene Bezahlung oder soziale Absicherung zu arbeiten. Dieser Missbrauch verletzt grundlegende Menschenrechte und erfordert dringend unser Engagement für gerechte Arbeitsbedingungen und die Abschaffung von Zwangsarbeit.

Besonders von Zwangsarbeit betroffen sind ethnische Minderheiten. In Teilen Chinas werden beispielsweise Uiguren, eine ethnische muslimische Gruppierung, unter menschenverachtenden Bedingungen in sogenannten Arbeitslagern zur Arbeit gezwungen. Fälle der Zwangsarbeit und der Kinderarbeit sind keine Seltenheit in der Textilindustrie.

Die kapitalistische Logik des Profits und des Wettbewerbs führt dazu, dass die meisten Unternehmen nicht daran interessiert sind, unter welchen Bedingungen die Produkte hergestellt werden. Somit können Lieferketten auch nicht ausreichend

kontrolliert werden.

Das Streben nach niedrigen Produktionskosten und schneller Lieferung verleitet Unternehmen dazu, Aufträge an Zulieferer weiterzugeben, die Zwangsarbeit basierte Praktiken nutzen.

Umweltauswirkungen:

Die Produktion in der Textilindustrie geht mit einem massiven Ressourcenverbrauch einher. Allein beim Anbau von Baumwollpflanzen werden unheimlich viel Düngemittel und Pestizide benutzt, da so die Pflanzen schneller wachsen. Ungefähr 14 % des weltweiten Insektizidmarktes und 5 % des Pestizidmarktes werden im Textilsektor verbraucht.

Bei der Produktion passiert aber noch viel mehr Schädliches: Für die vielen Schritte, wie das Glätten, Bleichen, Färben etc. werden Chemikalien benutzt, die wiederum im Grundwasser landen.

Das Waschen von synthetischen Fasern wie zum Beispiel Polyester oder Elasthan setzt Mikroplastik frei, welches zwangsläufig in die Meere gelangt.

Außerdem werden Mengen an Wasser für die Produktion benötigt. Für 1 Kilo Baumwolle braucht es 11.000 Liter Wasser. Dass die ausbeuterische, industrielle Produktion in der Textilindustrie verheerende Auswirkungen hat, sieht man am Beispiel des Aralsees, welcher einst der viertgrößte See Asiens war. Das Wasser wurde jahrelang für die Bewässerung von Baumwollfeldern genutzt, was dazu führte, dass der See mittlerweile fast vollständig austrocknete.

Ein weiteres Problem ist der Transport der Kleidung, welcher den Ausstoß von CO₂ verursacht. Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass bis 2050 die Textilindustrie für ein Viertel des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sein könnte. Der hohe CO₂-Ausstoß der Textilindustrie hat erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und trägt zum Klimawandel bei.

Außerdem führt die kurze Lebensdauer von Fast Fashion Produkten zu einem immer schnelleren Takt des Konsums und der Entsorgung, was auch ein enormes Abfallaufkommen zur Folge hat.

Die Produktion in der Textilindustrie ist gravierend für die Situation der Arbeiter*innen und die Auswirkungen auf die Umwelt. Politisches Handeln ist demnach wichtig, da die kapitalistische Produktionsweise unaufhaltsam auf Gewinn ausgelegt ist, ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt.

Maßnahmen in Deutschland:

Im April 2013 stürzte die "Rana-Plaza-Fabrik" in Bangladesch ein. Der Einsturz dieser Textilfabrik, der über 1000 Menschen das Leben kostete, rückte die prekären Verhältnisse in der Textilindustrie erstmals in den globalen Fokus. Als Reaktion initiierte ein Jahr später das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das "Bündnis für nachhaltige Textilien". Dabei handelt es sich um eine Multistakeholder-Initiative mit über 100 Mitgliedern, die aus verschiedenen Interessengruppen besteht. Vertreten sind Gruppen aus Bereichen wie Politik,

Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Ziel sei es für bessere Bedingungen in der gesamten Lieferkette zu sorgen. Dabei wurden Maßnahmen ergriffen, um die Vernichtung von gebrauchsfähigen Waren zu verhindern und den Überschuss an Produkten zu minimieren. Zwar kann Deutschland durch Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Textilindustrie beitragen, die entscheidende Ebene ist hierbei jedoch die Europäische Union (EU).

Lieferkettengesetz:

Seit längerer Zeit gibt es von aktivistischer Seite die sogenannte "Initiative Lieferkettengesetz" die für ein neues Lieferkettengesetz auf EU-Ebene kämpft, das den Schutz von Umwelt- und Menschenrechten in der Textilindustrie gewährt.

Am 1. Juni 2023 hat das Europaparlament nun endlich für ein neues Lieferkettengesetz gestimmt, das einen elementaren Schritt für die Textilindustrie bedeutet. Dieses Gesetz soll allgemein für höhere Sicherheitsstandards und bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie sorgen. Das beinhaltet unter anderem die Ausweitung sogenannter Sorgfaltspflichten. Das heißt, Unternehmen müssen regelmäßig ein Risikomanagement durchführen, indem sie Risikoanalysen erstellen, die Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens entlang der gesamten Wertschöpfungskette einrichten und jährlich über die Lage Bericht erstatten. Konkret bedeutet dies, dass Unternehmen die ganze Handelskette überwachen müssen, von den benötigten Ressourcen bis zum Endprodukt. Unternehmen haben die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit von Verstößen gegen Menschen- und Umweltschutzrechte in einem bestimmten Land oder bei einem bestimmten Produkt nach Risiko zu staffeln, was zu weniger bürokratischen Aufwand dienen soll.

Ob die Richtlinie der EU dann wirklich eingehalten wird, sollen dann staatliche Behörden prüfen. In Deutschland ist dafür das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle verantwortlich. Zwar wird das momentan schon angepasst an die aktuelle Richtlinie gemacht, die neue Richtlinie sorgt aber wie schon erwähnt dafür, dass alle Unternehmen kontrolliert werden und nicht nur der direkte Lieferant. Die neue Richtlinie bedeutet, dass die jetzigen Methoden der Unternehmen neu gedacht werden müssen. Durch die Überwachung der gesamten Lieferkette soll die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards gesichert werden. Eine tiefgreifende Emissionsreduktion fehlt aber immer noch.

Außerdem soll die neue Richtlinie dafür sorgen, dass künftig Unternehmen ab 250 Beschäftigten beziehungsweise einem Jahresumsatz von 40 Millionen Euro diese Sorgfaltspflichten einführen müssen. Von kapitalistischer Seite wird vermehrt entgegnet, dass das ja Unternehmen vor einen Haufen Bürokratie stellen würde und es ihnen einen Schaden zufügt. Dass Unternehmen hier einen Aufwand an Bürokratie und die Angst vor weniger Profit durch bessere Arbeitsbedingungen als Gegenargument an den Tag bringen ist zwar nicht überraschend, aber dennoch unangebracht, wenn man den Ernst der Lage bedenkt.

Auf gewerkschaftlicher Seite wird stattdessen gefordert, dass auch kleinere Unternehmen mit in die Sorgfaltspflicht einbezogen werden. Die Kontrolle der

Handelskette solle nicht von einer bestimmten Zahl und Unternehmensform abhängen, da auch kleinere Unternehmen erhebliche Auswirkungen auf Sozialstandards haben können.

Ein weiteres bedeutendes Element der Richtlinie ist, dass Arbeitnehmer:innen ihre Rechte einklagen können, wenn diese nicht eingehalten werden. Was an sich ein guter Schritt ist, aber in der Umsetzung leider nicht so einfach. Theoretisch könnten die Arbeitnehmer*innen ihre Rechte einklagen, praktisch existieren immer noch etliche Hürden für die Betroffenen. Die Möglichkeit vor Gericht zu gehen und dann noch ausreichend Beweise zu bekommen, die sie gegen ein riesiges Unternehmen vorlegen können, ist kaum vorhanden. Eine faire Beweislast wäre hier nötig, die die aktuelle Richtlinie nicht beinhaltet.

Der Entwurf bezieht sich im Kern auf die Verbesserung der Arbeitssituation für Menschen. Daher stellen Gewerkschaften auch die Forderung, Arbeitnehmer*innenvertretungen in die Umsetzung der Sorgfaltspflicht strukturell einzubinden.

Nach dem derzeitigen Kompromissentwurf der Richtlinie sieht so aus, dass bei Unternehmen teilweise die Pflichten erst 2028 endgültig erfüllt werden müssen. Wenn man bedenkt, in welchen Zeiten des Klimawandels wir leben und was für einen erheblichen Umweltschaden die Textilindustrie verursacht, müssen die Pflichten früher greifen.

Das Lieferkettengesetz, das jetzt 10 Jahre nach den Ereignissen in der Rana Plaza-Fabrik endlich in Kraft treten soll, bringt einige gute Veränderungen mit sich. Um eine umfassendere Verbesserung der Umwelt- und Menschenrechte zu garantieren, bedarf es immer noch einigen Anpassungen.

Daher fordern wir:

- Den Einbezug strengerer Verpflichtungen zum Klimaschutz, mit klaren Zielen zur vollständigen Verringerung von Emissionen, die die komplette Wertschöpfungskette umfasst
- Dass alle Unternehmen entsprechend ihrer Risikodisposition in die Sorgfaltspflichten einbezogen werden
- Eine Beweislastumkehr, bei der Unternehmen nachweisen müssen, dass sie die Sorgfaltspflichten eingehalten haben und nicht andersrum
- Den Einbezug von Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen in den Prozess der Sorgfaltspflicht und besonders den von betroffenen Arbeiter*innen in den Prozess der Sorgfaltspflicht und in den Kontrollprozess

Systemkritik:

Aus jungsozialistischer Perspektive ist es wichtig die Textilindustrie in Gänze besonders kritisch zu betrachten.

Die Textilindustrie bildet ein Paradebeispiel für die Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. Dabei steht nur die Profitmaximierung von Unternehmen im Fokus, die die Ausbeutung von Millionen Menschen, vor allem im globalen Süden,

201 billigt. Geprägt ist die ganze Industrie durch rassistische und hierarchische
202 Strukturen. Die Produktion findet meist in Ländern des Globalen Südens statt, in
203 denen Personen zu menschenverachtenden Verhältnissen ausgebeutet werden. Die Arbeit
204 wird dazu meist von Frauen verrichtet. Rassismus und patriarchale Strukturen spielen
205 hier eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in
206 der Textilindustrie.

207 Die Textilindustrie ist somit ein weiterer Industriezweig, der demonstriert wie
208 perfide der Kapitalismus sich international ausdehnt und seine Spuren hinterlässt.

209 Individuen haben nur begrenzte Möglichkeiten dem entgegenzuwirken.

210 Die Wahl zwischen teurerer ethischer Kleidung und billigerer konventioneller Kleidung
211 ist oft keine wirkliche Wahl, wenn die finanziellen Ressourcen begrenzt sind. Daher
212 ist es auch wichtig, den Unterschied zwischen Konsumkritik und Systemkritik
213 anzuerkennen. Es ist zwar weiterhin essentiell, die Zustände in der Textilindustrie
214 kritisch zu betrachten und zu hinterfragen, allerdings liegt die Verantwortung für
215 den Wandel letztendlich nicht bei den Konsument*innen.

216 Um tatsächliche Veränderungen in der Textilindustrie herzustellen, muss das
217 kapitalistische System als Ganzes hinterfragt und transformiert werden. Ein System
218 muss hinterfragt werden, in dem im globalen Norden die wirtschaftlichen Interessen
219 von Unternehmen weiter Priorität haben und die Erde durch ihre Gewinnorientierung
220 zerstören.

221 Daher ist es wichtig, dass wir Jusos nie vergessen, dass sich unsere Kritik an das
222 kapitalistische System als Ganzes richtet und es dessen Abbau benötigt, um eine
223 wirkliche Verbesserung der Situation zu erzielen.

224 Wir positionieren uns daher klar:

- 225 • gegen eine Textilindustrie, die auf den stetigen Konsum ausgelegt ist und das
226 Leid von vielen Menschen und die Verschmutzung der Umwelt mit sich bringt
- 227 • für Investitionen in Bildung über die Folgen von der Priorisierung
228 wirtschaftlicher Interessen, Handelsmodelle, die einen nachhaltiger Konsum
229 ermöglichen und die Auswirkungen der Textilindustrie auf Mensch und Umwelt

Antrag B04: Resolution: Jung, akademisch, prekär - Holen wir uns den Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte

Sachgebiet:

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

- 1 Seit Jahren kämpfen studentisch Beschäftigte bundesweit für einen Tarifvertrag. Ihre
2 Arbeit ist unverzichtbar für Hochschulen, doch in der Regel deutlich schlechter
3 gestellt als andere Beschäftigte in dem Bereich. Zu wenige Urlaubstage, unsichere
4 Vertragsverlängerung und Kettenbefristungen, unzureichender Stundenlohn, unbezahlte
5 Überstunden und keine Vertretung im Personalrat. Die Studie zur sozialen Lage und den
6 Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter an Hochschulen und
7 Forschungseinrichtungen hat die Situation von über 11.000 studentischen Beschäftigten
8 analysiert und gravierende Mängel festgestellt. [\[1\]](#) Wir zeigen uns solidarisch mit der
9 TV-Stud-Kampagne. Zusammen stark für bessere Arbeitsbedingungen!
- 10 Die deutschlandweit ca. 325.000 studentischen Hilfskräfte übernehmen bedeutende
11 Aufgaben an den Lehrstühlen und Instituten, wie Forschung für Professor*innen,
12 Protokollierung, Verwaltungstätigkeiten, Organisation und Leitung von Tutorien, doch
13 ihre Leistungen werden oft kaum gewürdigt. Neben ihrem Studium arbeiten sie, um sich
14 fachbezogen einzubringen, aber vor allem meist auch, um ihr Leben zu finanzieren.
15 Dabei führen die oben aufgeführten prekären Arbeitsbedingungen zu prekären
16 Lebensbedingungen. Nur kurzfristige Sicherheiten und ein Leben oft unterhalb der
17 Armutsgrenze.
- 18 Auch im Sinne der Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Deutschland ist ein
19 Tarifvertrag unabdingbar. Qualitativ hochwertige Wissenschaft erfordert angemessene
20 Forschungs- und Arbeitsbedingungen. Solange studentisch Beschäftigte durch die
21 derzeitigen Rahmenbedingungen in die Prekarität getrieben werden, wird die Hürde für
22 eine Karriere im Wissenschaftsbetrieb für junge Menschen noch höher. Insbesondere für
23 Personen, die nicht auf familiäres Kapital zurückgreifen können, ist eine
24 studentische Beschäftigung ohne tarifvertraglich gesicherte Vergütung und Sicherheit
25 schwer realisierbar, wodurch schon am Beginn potenzieller wissenschaftlicher
26 Karrieren gesellschaftliche Ungleichheiten manifestiert werden.
- 27 Besonders für marginalisierte Studierende stellen die fehlende finanzielle Sicherheit
28 und die asymmetrischen Machtverhältnisse große Hürden für eine Karriere in der
29 Wissenschaft dar. Ein Tarifvertrag und ein Personalrat ermöglicht es marginalisierten
30 Studierenden ihr Studium sicher zu finanzieren und gegen Diskriminierung vorzugehen.
31 Nur so schaffen wir es die Dominanz cis-heterosexueller weißer Männer in unserer
32 Wissenschaft zu überwinden.
- 33 Die schwarz-grüne Landesregierung stellt sich trotz Vereinbarung im gemeinsamen
34 Koalitionsvertrag quer und verhindert so, dass zugesicherte Gespräche zwischen der
35 Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Initiative TV-Stud bzw. GEW / Ver.di
36 geführt werden können.
- 37 Wir stehen hinter den Forderungen der TV-Stud Initiative, solidarisieren uns mit den

38 studentisch Beschäftigten und fordern die Landesregierung auf, endlich den Weg für
39 faire Arbeitsbedingungen freizumachen. Das Bundesland Berlin verfügt seit den 80er
40 Jahren über einen solchen Tarifvertrag, weitere acht Bundesländer haben konkrete
41 Zusagen für Verhandlungen gegeben. **Lasst uns jetzt gemeinsam die größte Tariflücke im**
42 **öffentlichen Dienst schließen!**

43

44 [\[1\]](#) Hopp, Marvin/ Hoffmann, Ann-Kathrin/ Zielke, Aaron/ Leslie, Lukas/ Seeliger,
45 Martin (2023): Jung, akademisch, prekär. Studentische Beschäftigte an Hochschulen und
46 Forschungseinrichtungen: eine Ausnahme vom dualen System regulierter
47 Arbeitsbeziehungen. 2. überarbeitete Fassung. Bremen: iaw.
48 URL: <https://www.iaw.uni-bremen.de/f/b1d9874527.pdf>

Antrag D01: Die Zerstörung von ChatGPT - Eine jungsozialistische Perspektive auf künstliche Intelligenz*

Sachgebiet:

D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

- 1 Künstliche Intelligenz. Das ist dieses Ding von dem spätestens seit dem Chatbot
- 2 ChatGPT so ziemlich alle glauben, dass es unsere Gesellschaft verändern wird.
- 3 Was das genau bedeutet, ob das gut oder schlecht ist, und welche politischen
- 4 Implikationen der Vormarsch von KI hat, darüber sind sich Politiker:innen,
- 5 Unternehmen und andere IT-affine Menschen hingegen nicht einig. Somit ist es also
- 6 höchste Zeit, eine linke Perspektive auf künstliche Intelligenz zu entwickeln. Hierzu
- 7 muss aber erstmal definieren, was künstliche Intelligenz eigentlich ist, und vor
- 8 allem was nicht. Denn es ist auch Teil einer gewinnorientierten
- 9 Vermarktungsstrategie, das Buzzword *KI* überall drauf zuschreiben und Menschen bewusst
- 10 in Unwissenheit zu lassen, was das jetzt eigentlich ist. In Anlehnung an eine
- 11 Definition der EU bezeichnen wir hier mit *künstlicher Intelligenz (KI)* eine Software,
- 12 die mithilfe von statistischen Methoden oder Methoden des maschinellen Lernens,
- 13 Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen hervorbringen kann. Ebendiese sind darauf
- 14 ausgelegt, das Umfeld, in dem sie interagieren, entscheidend zu beeinflussen. So ist
- 15 ChatGPT zum Beispiel dazu in der Lage, uns so komplexe und ausführliche Antworten auf
- 16 ihm gestellte Fragen zu geben, dass wir gewillt sind, diese als wahr anzunehmen und
- 17 so zu behandeln, als hätte sie uns ein Mensch erzählt.
- 18 Die Vermenschlichung, die immer wieder im Zusammenhang mit KI zu finden ist, muss aus
- 19 sozialistischer Perspektive ganz klar als Vermarktungsstrategie entlarvt werden.
- 20 Unternehmen bläuen uns ein, dass künstliche Intelligenzen menschlich sind, damit wir
- 21 uns mit Ihnen und den daraus resultierenden Produkten wohlfühlen. Dabei ist vor allen
- 22 Dingen für Nutzer:innen oft vollkommen unklar, wie ein Produkt mit KI funktioniert
- 23 und welche Risiken es birgt- also eigentlich gar nicht zum Wohlfühlen. Hinzu kommt
- 24 außerdem, dass es aus kapitalistischer Sicht es eine logische Konsequenz ist, dass
- 25 ein Produkt mit KI oder KI generell als etwas verkauft wird, das alles kann und jede
- 26 Sache schneller und effizienter macht. Und das wiederum ist in Zeiten von Lean
- 27 Management und Selbstoptimierung auf jeden Fall gerne gesehen bzw. aus
- 28 jungsozialistischer Perspektive scharf zu kritisieren. Auch deswegen gilt es, den
- 29 Begriff *KI* zu entzaubern und einer Öffentlichkeit die Methoden sachlich nahe zu
- 30 bringen.
- 31 Die kapitalistische Strategie, mit möglichen Einsatzgebieten von KIs zu übertreiben,
- 32 geht sogar so weit, dass von Firmenchefs in offenen Briefen vor Weltuntergängen im
- 33 Zusammenhang mit KIs gewarnt wird. Diese Taktik darf nicht verfangen, denn sie zielt
- 34 darauf ab, dass die KIs als Hochrisiko-Technologie aufgefasst werden, die von den
- 35 Techkonzernen streng behütet werden sollten. Der Weltuntergang durch KI ist weit
- 36 unrealistischer als manche Firmenchefs uns glauben lassen wollen. Und falls es doch
- 37 zu einem Katastrophenszenario im Zusammenhang mit KI kommen sollte, dann ist für uns
- 38 Jusos ohnehin klar, dass große Techfirmen nicht diejenigen sind, die uns davor

beschützen können und sollten. Es braucht gewisse Ressourcen, um eine KI einzusetzen oder selbst zu trainieren. Diese sind aber nicht so hoch, dass Regime oder Organisationen, die KIs zu Schadenszwecken einsetzen möchten, nicht selber eine KI trainieren könnten, sofern sie nicht sowieso an eine bestehende herankommen. Ein Law-and-Order-Versuch, die Verbreitung von KIs für vermeintliche Sicherheit einzuschränken, wäre also zum Scheitern verurteilt. Die Folge wäre lediglich, dass die meisten Einzelpersonen von den kapitalistischen Techkonzernen abhängig wären. Das ist ein erster Aspekt, warum KIs open-source und frei verbreitbar sein müssen. Das ermöglicht es, dass nützliche, abhängigkeitsfreie KI-Werkzeuge entstehen, die einen gesellschaftlichen Mehrwert haben und nicht der Dividende einiger Konzerne dienen.

Gemeinwohl durch Open-Source

Es ist ganz klar eine kapitalistisch getriebene Erzählung, dass KI-Entscheidungen objektiv und unabhängig vom Menschen gemacht werden. Deswegen ist es elementar für den Einsatz von KI, dass Menschen Verantwortung für KI-Entscheidungen übernehmen und verständlich und erklärbar gemacht wird, was wie entschieden wird.

Eine KI ist nur so gut wie die Daten, von denen sie gelernt hat. Und Daten von und über Menschen spiegeln in den derzeitigen Verhältnissen Ungleichheiten wider, die in unserer Gesellschaft vorherrschen. Diese Tatsache stellt ein Grundproblem für die Entwicklung und Verwendung von KI dar. Geht man darauf nicht ein, verschärft eine KI diese Ungleichheiten massiv ohne auf sie aufmerksam zu machen. Jedes kulturelle Gut und damit auch Software spiegelt Ungleichheiten wieder, die in unserer Gesellschaft derzeit existieren. Dass KI diese noch verschärft, ist für uns die größte Herausforderung in der Regulierung und hat große Priorität im Kampf für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft.

Hierbei ist zu beachten, dass Datensätze, auf denen eine KI beruht, in Bezug auf ihre Repräsentativität immer zu hinterfragen sind, denn oftmals sind Datensätze verzerrt und die darauf begründete Technologie ist nicht fair. Korreliert beispielsweise eine bestimmte ethnische Herkunft negativ mit den Daten zum beruflichen Erfolg, könnte an dieser Stelle die KI, Menschen mit dieser ethnischen Herkunft für den Auswahlprozess zur Besetzung einer Stelle aussortieren. Der eigentliche Grund, warum Menschen mit dieser Herkunft weniger beruflichen Erfolg haben, ergibt sich jedoch aus den in der Gesellschaft bereits bestehenden Formen der Diskriminierung, welche in jedem Fall bekämpft werden müssen. Zudem gilt es zu überprüfen, ob eine KI für einen speziellen Anwendungsfall gut geeignet ist, denn oftmals kann die Software nur eine spezifische Sache gut. Im Sinne eines intersektionalen Feminismus ist eine Regulierung von KI also notwendig. Die Analyse und das Benennen von Verzerrungen durch bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten oder durch eine mangelnde Datenlage kann als die konsequente Fortsetzung antidiskriminierender Arbeit in das Digitale verstanden werden.

Damit ist für uns folgendes klar:

- KI kann und sollte (auf absehbare Zeit) menschliche Entscheidungsfindungen nicht ersetzen. Das bedeutet insbesondere, dass Menschen Verantwortung für die

Funktionalität der KI und die Belastbarkeit ihrer Entscheidungen haben.

- Maschinen urteilen nicht objektiver als Menschen.
- Um sicherzustellen, dass künstliche Intelligenz überhaupt auf ihre Fairness und ihre genaue Funktion überprüft werden kann, ist es elementar, dass jede KI open-source ist. Open-source bedeutet in Bezug auf KI nicht nur, dass der Code, öffentlich gemacht wird, sondern auch, dass die Datensätze, aus denen die KI gelernt hat offen gelegt werden müssen. Nur so kann sicher gestellt werden, dass KIs dem Gemeinwohl dienen und sich ein öffentlicher kritischer Diskurs über die Fairness und die Entscheidungsgewalt der KI entwickeln kann.

Humanzentrierte Transformation in Betrieben vorantreiben Auf dem Arbeitsmarkt ist die digitale Transformation schon seit Jahren kein Zukunftsthema mehr, sondern obliegt einer Herausforderung die jetzt stattfindet.

Während der Diskurs in der Gesellschaft über KI mit ChatGPT einen neuen Aufschwung gefunden hat, befinden sich viele Betriebe und Unternehmen bereits schon länger in der Anfangsphase der Nutzung. Doch gerade durch die momentanen Veränderungen wird nochmal verdeutlicht, dass Arbeitsprozesse sich verändern werden und dabei nahezu alle Bereiche betroffen sind. Daher wird eine Auseinandersetzung mit den Themenfelder unausweichlich sein. Während KI eine Technik mit hoher Komplexität beschreibt, steht diesem ein kaum vorhandenes Weiterbildungsangebot gegenüber und führt häufig zu fehlendem Wissen. Diese Unwissenheit wird begleitet von widersprüchlichen Prognosen und somit zu großen Unsicherheiten über Zukunftsperspektiven. Daher ist es wichtig zu verdeutlichen, dass das Wohlbefinden von Arbeitnehmer*innen immer im Vordergrund stehen muss. Denn Leitbild der Entwicklung sollte nicht die technikzentrierte Automatisierung sondern eine humanzentrierte Nutzung der KI sein. Menschliche Tätigkeiten gehört es zu Unterstützen, nicht komplett zu ersetzen.

Hierbei ist es wichtig, den politischen Diskurs mit den Arbeitnehmer*innenvertretungen vom deutschen Gewerkschaftsbund zu führen, damit geschaut werden kann, wie hier Politik unterstützen kann um optimale Bedingungen für die Arbeitnehmer*innen zu schaffen. Hierbei muss auch beachtet werden, dass die KI-Einführung einen hohen Personalaufwand bedeutet. Um diesem gerecht zu werden, werden Fachkräfte benötigt, daher braucht es eine gezielte Strategie um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Eine zielführende Unterstützung von Arbeitsprozessen mit KI ermöglicht den Betrieben und Unternehmen viele Chancen. Um somit die Standortattraktivität zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern, werden jetzt Regulierungen benötigt und keine Verbote die im Nachhinein erlassen werden. Damit es also zu einer Nutzung von KI-Software auf dem Arbeitsmarkt kommt, muss eine KI-Norm zur Zertifizierung der Anwendbarkeit entwickelt werden. Die Norm stellt sicher, dass die KI Qualitätsstandards erfüllt. Ein elementarer Aspekt der Norm sind heuristische Erklärungen der Methoden für die Anwendungen; solche müssen von den Entwickler*innen mitgeliefert werden. Wichtig ist, dass die Zertifizierung anwendungsspezifisch ist, denn die Regulierung richtet sich nach der Anwendung. Eine KI in einem industriellen Produktionsprozess muss anderen Regeln unterliegen als eine, die automatisiert

Entscheidungen über Menschen trifft, wie im Falle von Kreditvergabe oder Auswahl- und Leistungsdiagnostik in Arbeitsverhältnissen. Außerdem wird eine Aufklärungspflicht in Bezug auf digitale Technologien benötigt, um die Transparenz zu sichern. Statistische Kriterien zum Beispiel zur Repräsentativität des Datensatzes müssen definiert werden und es benötigt Schnittstellen für unabhängige Tests.

Daher fordern wir:

- Zum Verständnis von KI und zur Abschätzung von den Folgen der Verwendung von KI ist ein gewisser Einblick in die Methode sowie ein grundsätzliches Vertrauen in diese notwendig. Um der steigende Kompetenzerfordernis entgegenzuwirken, benötigt es gezielte Weiterbildungsmöglichkeiten.
- Stetig das Gespräch mit Gewerkschaften über KI zu führen um sicherzustellen, dass die Transformation im Sinne der Arbeitnehmer*innen passiert.
- Transparenz, sollte KI Anwendung bei der Personalauswahl und -entwicklung finden. Arbeitnehmer*innenvertretungen müssen bei der Einführung der Systeme beteiligt sein und Kontrollbefugnisse in der Anwendung erhalten. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Einbeziehung unabhängiger Sachverständiger möglich ist. Weiterhin muss eine solche KI regelmäßig überprüft werden und dabei muss das Ziel der Chancengleichheit gewahrt werden.
- Dem Fachkräftemangel in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, denn für eine optimale Einführung von KI in Unternehmen und Betrieben, wird ein hoher Personalaufwand benötigt.
- Die Entwicklung einer anwendungsspezifischen KI-Norm zur Zertifizierung der Anwendbarkeit der KI.

Den Wandel in der Bildung begleiten

Mit der Veröffentlichung von ChatGPT im Juni 2020, wurde eine KI bereitgestellt, auf die nicht nur jede*r Zugriff hat, sondern auch einfach zu bedienen ist. Somit ist es jeder*m mit Zugriff zum Internet möglich, sich einfache Schreibaufträge aller Art ausführen zu lassen. Demzufolge ist es konsequent, dass ChatGPT insbesondere im Bildungsbereich eine beträchtliche Beliebtheit bei Schüler*innen und Studierenden erlangt hat. Das wird zur Folge haben, dass sämtliche Methoden, die darauf ausgerichtet sind, reines Faktenwissen abzufragen in Zukunft von kontextbasierte Aufgaben abgelöst werden müssen. Daher ist die Politik gefragt, die Bildungseinrichtungen bei diesem Wandel zu begleiten. Das bedeutet, dass ein Bewusstsein für KI geschaffen wird und Lehrende für das Thema sensibilisiert und Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Reine Verbote lehnen wir ab. Denn sofern Transformer KI wie ChatGPT als Quelle angegeben werden, kann es sogar als ein Werkzeug in Schulen und Universitäten dienen. Gleichzeitig ist es auch hier wichtig zu lehren und zu zeigen, dass KI Softwares auch Schwächen aufweisen. Es ist unabdingbar, sich mit den Risiken auseinander zu setzen und zu lernen, dass es Grenzen gibt. Eine Reflektierte Nutzung von KI im Bildungsbereich wird diesen stärken, nicht schwächen.

164 Daher fordern wir:

- 165 • Die Schulen und Universitäten bei dem Prozess zu begleiten, dass sich durch den
- 166 Einsatz von KI der Bildungsbereich ändern wird. Dazu zählt es auch, genug
- 167 Weiterbildungsangebote für Lehrende zu schaffen.
- 168 • Kein generelles Verbot von KI in Bildungseinrichtungen.
- 169 • Bewusstsein für die Schwächen von KI-Software zu schaffen und Grenzen
- 170 aufzuzeigen.
- 171 * ChatGPT war bei der Erstellung des Titels nicht hilfreich.

Antrag D03: Kulturpolitik für alle

Sachgebiet:

D - Digitalisierung, Netzpolitik und Kultur

Wir verstehen den Zugang zur Kultur als maßgeblichen und unübersehbaren Teil von sozialer Teilhabe. Denn die Auseinandersetzung mit Kultur sorgt für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dabei ist Kultur vielfältig und bietet die Möglichkeit zur Identitätsstiftung. Sie fördert dabei den Gemeinschaftssinn und lässt uns Gesellschaft erleben. Deshalb sehen wir es als verpflichtend an, dafür zu sorgen, dass die Erfahrung von Kultur für jede*n Einzelne*n ermöglicht wird. Das ist aktuell nicht möglich, sodass der Landeskulturbericht NRW aus 2022 anerkennt: „Nicht alle Gruppen der Bevölkerung haben gleichermaßen Zugang zu Kunst und Kultur.“ Wie viele Institutionen ist auch die deutsche Kulturlandschaft von strukturellen Missständen durchzogen, die den Zugang zur Kultur für marginalisierte Gruppen enorm erschweren und von Klassismus geprägt sind. Unsere gesellschaftliche Vielfalt wird weder in den Programmen noch im Personal oder Publikum ausreichend abgebildet. Zu viele Kultureinrichtungen entsprechen damit in ihrer Diversität nicht der Realität. Dadurch entsteht eine zu große Hürde für viele verschiedene gesellschaftliche Gruppen, den Besuch von Kultureinrichtungen überhaupt in Betracht zu ziehen. Hinzu kommt, dass die gesamte Kulturszene in den zurückliegenden Jahren unter verschiedenen Krisen besonders gelitten hat. Nicht nur die Betriebe, die Künstler*innen und das Personal selbst, sondern auch das Publikum war davon betroffen. So mussten vor allem kleine Kulturbetriebe schließen oder waren auf finanzielle Unterstützung von außerhalb angewiesen. Die Teilhabe an Kultur ist somit noch weiter zurückgegangen. Vor diesem Hintergrund gilt es die kulturellen Angebote auf Stadt und Land zu sichern und dabei den Zugang zur Kultur zu erleichtern.

Eine faire Förderung

Das beginnt bei der Förderpolitik. Die meisten Kultureinrichtungen werden öffentlich betrieben oder mit Fördermitteln finanziert. Um eine breite Abbildung von Kultur zu ermöglichen ist das eine sinnvolle Praxis. Doch die Förderungslandschaft in der Kulturpolitik muss überarbeitet werden. Die Art und Weise der Kulturförderung und Subventionierung zeugt von einer diskriminierenden Praxis. Je mehr Kulturinstitutionen sogenannter Hochkultur entsprechen, also die Ästhetiken und Normen des Bildungsbürgertums widerspiegeln, desto mehr staatliche Förderung erhalten sie tendenziell. Einrichtungen, die mit „populärer Kultur“, Vermittlung oder Sozialer Arbeit in Verbindung gebracht werden, haben es hingegen schwerer, eine Förderung zu erhalten. So wird die freie Szene im besten Fall nur von Projekt zu Projekt gefördert. Doch gerade diese Kultureinrichtungen sind auf langfristige Förderungen angewiesen. Deshalb braucht es ein Umdenken in der Förderpolitik, welches für eine diversere, breite und langfristige Förderung sorgen muss. Das gilt in selber Form, nicht nur für die Förderung der Institutionen, sondern auch für die Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden.

Hürden der kulturellen Teilhabe überwinden

Die Besucherzahlen von Theatern und Opernhäusern gehen seit den 1990ern stark zurück. Gerade die junge Generation verliert an Interesse. Dafür gibt es zwei ausschlaggebende Gründe. Zum einen stellen die Programme nicht länger die gesellschaftliche Realität dar. Sie sind geprägt von einer weißen, eurozentristischen Sicht, die zu wenig Raum für kulturelle Vielfalt lässt. Deshalb gilt es, die gesellschaftliche Vielfalt auch in den Kulturprogrammen umzusetzen. Eine breitere Aufstellung des Programms würde eine breitere Teilhabe ermöglichen und perspektivisch auch die Besucherzahlen wieder hochgehen lassen. Der zweite Grund für die schwindenden Besucherzahlen ist die klassistische Hürde, die viele klassische Kulturbetriebe, wie Museen, Theater- oder Konzertsäle haben. Besonders einkommensschwache Personen werden durch zu hohe Eintrittspreise ausgeschlossen. Vor allem Museen können aber einen Beitrag zur Erinnerungskultur leisten. Museen und Archive bestimmen unser Verständnis der Vergangenheit, weshalb sie in keinem Fall einer älteren und sozioökonomisch privilegierten Klasse überlassen werden dürfen. Dies beginnt mit den Zugangsbarrieren, weshalb wir nach Berliner Vorbild einen monatlichen Museumssonntag fordern, an dem der Eintritt für alle frei ist. Die Landesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass der Zugang zu Kultur nicht vom Geldbeutel abhängt, dafür ist er zu wichtig für unsere Demokratie. Marlene Manoff trifft es auf den Punkt: „There is no political power without control of the archive, if not memory. Effective democratization can always be measured by this essential criterion: the participation in and access to the archive, its constitution, and its interpretation“. Unbezahlte Praktika und unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind Gründe dafür, warum der berufliche Einstieg in die Kulturszene abhängig von der sozioökonomischen Herkunft ist. Dadurch potenzieren sich Strukturen, die von klassistischer Diskriminierung zeugen und die sich auch auf das anzusprechende Publikum auswirken. Diskriminierungen aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher Klassenangehörigkeit werden dabei immer mit weiteren Unterdrückungsformen kombiniert – wie etwa mit Sexismus, der Verachtung des ländlichen Lebensraums, patriarchaler Familienpolitik, Ableismus oder Rassismus. Bessere Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben, die Vergünstigung des Ticketangebots sowie die Einführung von Antidiskriminierungszentren und Awareness-Konzepten in großen Kultureinrichtungen könnten die klassistischen Strukturen aufbrechen und mehr Teilhabe an Kultur ermöglichen.

Diverse Kulturangebote stärken

Eine kulturelle Erfahrung geht jedoch weit über den Besuch im Museum, Theater- oder Konzertsaal hinaus. In Deutschland ist aber ein Hochkulturverständnis vorhanden, welches sich durch Abgrenzung und Abwertung definiert. Wie oben bereits beschrieben drückt sich das vor allem in der Förderpolitik aus. So sind Veranstaltungen in soziokulturellen Zentren in den letzten Jahren stark zurückgegangen, weil es an finanziellen Mitteln fehlte. Auch die Clubkultur leidet unter dem Stigma keine Hochkultur zu sein. Es gilt diese aber weiter zu erhalten.

Kultur beginnt in der Jugend

Gerade Kinder und Jugendliche haben in den zurückliegenden Jahren viel einstecken müssen. Die soziale Isolation traf sie besonders hart. Das ist nur einer von vielen Anlässen den Zugang zur Kultur auch für Kinder und Jugendliche weiter auszubauen. Der Kulturpass für 18-Jährige ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, den es auszuweiten gilt.

Kulturförderung im ländlichen Raum

Kulturelle Angebote, ob Clubs, Konzerte oder Theater, gehören zur Daseinsvorsorge. Stadt, Land und Bund verpflichten sich, für eine gerechte kulturelle Teilhabe Sorge zu tragen. Dabei darf es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleiben. Denn derzeit ist eine besorgniserregende Entwicklung bemerkbar: Das Clubsterben. Ein Blick in die Szeneviertel großer Städte genügt als Beweis, eine Clubschließung folgt der nächsten und das trotz steigender Bevölkerungszahlen, also trotz potenziell größerer Nachfrage. Schaut man auf die ländlichen Gebiete, sieht es düster aus. Discokugel, Scheinwerfer und Nebelleuchte sind schon seit etlichen Jahren abgewandert. Dort sprechen wir nicht mehr über den Erhalt von Nachtclubs – denn die sind überhaupt nicht mehr existent. Dieser Entwicklung gilt es uns, als starke Stimme junger Menschen entgegenzuwirken. Klar ist: Wir dürfen kulturelle Angebote nicht Marktmechanismen und Profitlogik unterwerfen, das schadet dem Anliegen und fördert nur einseitig. Deshalb ist es wichtig, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Wir fordern ein gutes Leben für alle, dazu gehört die Möglichkeit der Teilhabe am kulturellen Leben.

Das Land Nordrhein-Westfalen stellt zahlreiche Förderprogramme im Bereich Kunst und Kultur. Diese Förderungen richten sich einerseits an Künstler*innen sowie an Kulturorganisationen. Die Förderprogramme reichen von Literatur, Tanz und Theater über Musik bis hin zur spezifischen Förderung von Kulturregionen. Das Land NRW fördert jedoch bisher nicht das spezifische Nachtleben in den Städten. Besonders der ländliche Raum und die jungen Menschen in diesen Regionen leiden unter einem eklatant schwachen Angebot an Veranstaltungen, Bars sowie Clubs in den Abend- und Nachtstunden. Zudem leidet auch die Kneipenkultur seit Jahren – das allesamt führt dazu, dass Städte besonders für junge Menschen als weniger lebenswert wahrgenommen werden.

Um dem entgegenzuwirken, müssen Kommunen in NRW heute selbstständig Fonds und Förderprogramme aufstellen. Die nötigen finanziellen Mittel fehlen aber oft genau dort, wo ohnehin zu wenig Angebote existieren. Wir dürfen unsere Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Das kulturelle Leben gehört ein wesentlich größerer Stellenwert zugeschrieben, dass muss sich in den Zahlen und bereitgestellten Mitteln widerspiegeln.

Kultur muss erreichbar bleiben

Dabei geht es vor allem um die Erreichbarkeit auf dem Land. Selbstverständlich sollte der erste Schritt eine bessere ÖPNV Verbindung sein. Für einen schnellen Übergang schlagen wir vor, das Nightmover-Modell flächendeckend in NRW umzusetzen. Erfolgreich läuft dieses Modell, einer Taxi-Bezuschussung an Wochenenden und Feiertagen, bereits

124 im Kreis Kleve. In Brandenburg gibt es auch im Sinne der Verkehrssicherheit ein 50/50
 125 Modell, das jungen Menschen zwischen 16-25 Jahren unkompliziert 50% der Fahrtkosten
 126 abnimmt. Damit ist der Zugang für belastete Geldbeutel erleichtert, sowie ein
 127 weiteres Argument gegen das Fahren unter Alkoholeinfluss geschaffen. Aber auch in den
 128 Städten sorgt eine zentrierte Errichtung von Kulturbetrieben dafür, dass gerade
 129 finanziell abhängige oder Beschäftigte in Vollzeit Schwierigkeiten haben diese zu
 130 erreichen. Deshalb müssen die Kulturbetriebe, um tatsächliche soziale Teilhabe zu
 131 ermöglichen, auch dezentral und in Wohngebieten angeboten werden.

132 Wir fordern deshalb:

- 133 • Eine faire Förderpolitik, die nicht nur weiße sogenannte Hochkultur fördert und
 134 eine finanziell stabile Perspektive für Kunst- und Kulturschaffende bietet. Die
 135 Kulturförderungsprogramme sollen langfristig angesetzt sein und Diversität
 136 stärken.
- 137 • Klassistische Strukturen innerhalb bestehender Kulturbetriebe müssen bekämpft
 138 werden. Akut durch die Einführung von Antidiskriminierungsstellen und
 139 Awarenessprojekten.
- 140 • Eine bessere Entlohnung für Beschäftigte im Kulturbetrieb.
- 141 • Die Erhaltung von Clubkultur und gezielte Förderung dieser.
- 142 • Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Kommunen (vorwiegend im ländlichen
 143 Raum), um entsprechende Fördertöpfe aufstellen zu können. Die Vergabe der
 144 Fördermittel erfolgt anhand entsprechender Richtlinien gezielt durch die
 145 Kommunen.
- 146 • Direkte Förderung bestimmter kultureller Angebote (Nachclubs, Bars,
 147 Veranstaltungen) durch das Land NRW.
- 148 • Hinweis: Bei einer direkten Förderung sollen gesonderte Fördertöpfe eingerichtet
 149 werden, für Veranstaltungen, die auf Vielfalt, Gleichstellung, Inklusion,
 150 Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ihr Augenmerk legen.
- 151 • Anerkennung und Schutz von autonomen und interkulturellen Kulturangeboten
- 152 • Eine Perspektive, damit kulturelle Angebote von allen gesellschaftlichen Teilen
 153 erreicht werden können. Dazu gehört eine gute Anbindung an ÖPNV in ländlichen
 154 Regionen sowie die flächendeckende Einführung des Night-Mover Modells und
 155 Schaffung von Kulturbetrieben auch außerhalb des Stadtzentrums.
- 156 • Eine Förderung von Jugendkultur

Antrag E01: Internationalistische Klimagerechtigkeit muss antikapitalistisch, antikolonial und feministisch sein!

Sachgebiet:

E - Europa und Internationales

- 1 “Die Klimakrise steht auf unserer Türschwelle.” Die Aussage stimmt definitiv,
2 zumindest aus der Sicht der Verantwortlichen, Deutschlands und der EU. Im Globalen
3 Süden dagegen tobt die Klimakrise in einem viel größeren Ausmaß. Scheinbar müssen
4 aber die Auswirkungen auch in Europa drastischer werden, damit die Hauptverursacher
5 das Problem als relevant genug ansehen. Die Notwendigkeit der internationalistischen,
6 feministischen und antikapitalistischen Klimagerechtigkeit möchten wir mit diesem
7 Antrag deutlich machen.
- 8 Um das Konzept der Klimagerechtigkeit verstehen zu können, ist es wichtig, sich mit
9 den weiten Begriffen „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ auseinanderzusetzen.
10 Der Globale Norden besteht aus wohlhabend lebenden Industrieländern, die größtenteils
11 auf der Nordhalbkugel liegen. Diese Staaten emittieren am meisten Treibhausgase,
12 gerade im Vergleich zu Staaten im Globalen Süden, die aufgrund der geringeren
13 Industrie und des geringeren Verbrauchs klimaschädlicher Produkte weniger
14 Treibhausgasemissionen produzieren.
- 15 Mit „Klimagerechtigkeit“ sollen die Verantwortungsträger*innen im Globalen Norden
16 dafür sorgen, dass alle Staaten fair die Verantwortung für CO2 Ausstoß tragen. Das
17 bedeutet, dass die reichen Staaten mehr Verantwortung als ärmere Staaten, die
18 meistens im globalen Süden liegen, tragen müssen. Der globale Norden ist für 92% der
19 CO2-Emissionen, die seit 1850 entstanden sind, verantwortlich.
- 20 Diese Ungerechtigkeit hat große Auswirkungen auf Menschen im globalen Süden, die
21 weltweit am meisten unter Dürren, Wasserknappheit, Temperaturextreme und anderen
22 Folgen leiden. Die Auswirkungen führen zur Unbewohnbarkeit von Gebieten, starker
23 Verarmung, Destabilisierung von Gesellschaften und Volkswirtschaften, sowie zur
24 Verschlechterung von gesundheitlicher und ernährungstechnischer Versorgung. Damit
25 drängt die Klimakatastrophe Menschen zur Flucht von ihrer Heimat und muss als
26 Fluchtgrund anerkannt werden. Menschen müssen wegen des Klimawandels ihre Heimat
27 verlassen.
- 28 Laut einer Oxfam-Studie aus dem Jahr 2020 emittierten die reichsten 10% der
29 Weltbevölkerung (630 Millionen Menschen) zwischen 1990 und 2015 insgesamt 52% der
30 globalen CO2-Emissionen. Im selben Zeitraum emittierten die ärmsten 50% der
31 Weltbevölkerung (3,1 Milliarden Menschen) nur 7% der globalen CO2-Emissionen. Die
32 Studie zeigt uns, wie dringend eine Klimagerechtigkeit ist.
- 33 **Was hat Kolonialismus mit der Klimakrise zu tun?**
- 34 Mit dem Kolonialismus, der 1492 begann, ging die Ausbeutung von Tieren, Pflanzen
35 sowie gesamten Ökosystemen im Globalen Süden einher. Mit Betreten dortiger Staaten
36 erklärten europäische Kolonialmächte diese zu ihrem Eigentum, entrechteten und

versklavten Menschen und setzten diese zur Ausbeutung der gefundenen Bodenschätze ein.

Bald waren Produkte aus den Kolonien besonders gefragt in Europa. Für mehr Böden zum Anbau benötigter Pflanzenarten raubten die Kolonialmächte Land und rodeten Wälder. Um die Pflanzen zu ernten und weiterzuverarbeiten, wurden neben kolonialisierten auch verschleppte Menschen versklavt. Dies und die Enteignung von Land diente unter anderem der Errichtung von Plantagen.

So wie *weiße* Menschen sich kolonialisierten Menschen, wozu unter anderem auch *weiß* Gelesene fallen können, gegenüber als überlegen darstellten, stellten sie sich auch der Natur gegenüber als überlegen dar und werteten sie ab. Von ihr bzw. allen Lebensformen, die sie als nicht-menschlich ansahen, grenzten sie sich ab. Mit einem kolonialen Naturverständnis rechtfertigten europäische Kolonisator*innen die Ausbeutung und Zerstörung der Natur. Darüber hinaus wurde „Natur“ kapitalistisch bewertet, weswegen heutzutage von Natur als „natürliche Ressource“ die Rede ist. In den Kolonien sahen die Kolonialmächte eine unversiegbare Quelle für Fortschritt, Wachstum und einem gewissen Lebensstil in Europa. Entsprechend stand Natur für unendliche Verfügbarkeit und Konsum. Dieses koloniale Naturverständnis wird heute noch weitergeführt und bleibt Grundlage für Raubbau bzw. Extraktivismus sowie Umweltzerstörung.

Da dieses Verständnis nur für *weiße* Menschen bestimmt war und Parallelen zur rassistischen Ideologie im Kolonialismus aufweist, soll Rassismus rechtfertigen, dass weiße Menschen die Lebensgrundlagen von BIPOC (Blac, Indigenous and People of Colour) zerstören. So veränderten sie die Klimabedingungen global so sehr, dass die Biosphäre eine existenzielle Bedrohung ausmacht – vor allem im Globalen Süden.

Der Klimawandel wurden nicht von allen Menschen gleichermaßen verursacht. Seine Ursache liegt im kolonialen Denken *weißer* Menschen in Europa. Als Ergebnis von 500 Jahren kolonialer Praktiken betrifft die Klimakrise weltweit besonders Nicht-männliche und BIPOC aus dem Prekariat.

Zusammenhang Kolonialismus, Kapitalismus, Patriarchat & Klimakrise

Die Kolonialmächte versuchten, bestehende Kulturen und Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, definierten sich selbst als "höherwertig" - daraus entstand die Rassifizierung, also die Abwertung all derer, die nicht *weiß* waren. Man selbst gab sich die Attribute modern, zivilisiert, entwickelt, und verteilte auf der anderen Seite Bezeichnungen wie unzivilisiert, wild, rückständig. Aber auch das Emotionale, das Weibliche, das Natürliche wurde negativ konnotiert. Man konstruierte das "Andere" (auch "Othering" genannt), um die eigene Überlegenheit zu demonstrieren. Othering wurde gegenüber marginalisierten Gruppen, BIPOC, FINTA (Frauen, Intergeschlechtlich, Nichtbinäre, Trans und Agender), Queers, Nicht-Christ*innen und Menschen mit Behinderungen betrieben. Und dieses System besteht bis heute.

Die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffenen Staaten und Gemeinschaften sind oft jene, die bereits unter den Folgen des Kolonialismus und des

kapitalistischen Systems gelitten haben. Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Klimakrise verstärken bestehende Ungerechtigkeiten und führen zu einer Verschärfung der globalen Ungleichheit.

Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus, Kapitalismus, Patriarchat und der Klimakrise anzuerkennen und zu adressieren. Eine transformative Klimapolitik muss historische Kontexte berücksichtigen und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

Antikolonialer Widerstand

In der westlichen, *weißen* Geschichtsschreibung werden kolonialisierte Menschen praktisch durch die Bank als Opfer gezeichnet. Ausgespart wird, dass es von ihrer Seite auch immer Widerstand gab und gibt, so z.B. durch Yaa Asantewaa, die das Königreich der Ashanti auf dem heutigen Staatsgebiet Ghanas gegen britische Kolonialisierungsversuche mehrfach erfolgreich verteidigte. Ein weiteres Beispiel ist Manuela Beltrán, die sich im Jahr 1781 im heutigen Kolumbien gegen die spanische Kolonialmacht auflehnte, indem sie eine Revolte anzettelte, die in der "Revolución Comunera" mündete.

Auch im Kampf gegen die Klimakrise werden Widerstandsstrukturen und -bewegungen von BIPOC kaum erzählt, dabei ist ihr Anteil essentiellen Charakters. Eine Gründungsszene der Umweltgerechtigkeit fand 1982 in North Carolina, USA statt, als der Bundesstaat sich das mehrheitlich durch BIPOC und armutsbetroffene Menschen geprägten Warren County aussuchte, um eine Giftmülldeponie für mit PCB verseuchter Erde zu schaffen. PCB (auch Chlordiphenyl) ist eine giftige und krebserregende Chlorverbindung. Es folgten Protestmärsche, wochenlange Blockaden und hunderte Festnahmen. Ebenso kämpften indigene Völker in verschiedensten Teilen der Erde gegen die Ausbeutung und Zerstörung ihrer Heimatgebiete.

Die oft missachteten Kämpfe und heftigsten Folgen für BIPOC müssen maßgebend für die intersektionale Bekämpfung der Klimakatastrophe sein. Sie zeigen auch, dass (Neo-)Kolonialismus, Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat keine voneinander getrennte, sondern sich gegenseitig bedingende und stützende Systeme sind.

Menschen sind von der Klimakrise unterschiedlich stark betroffen: Dieses Bewusstsein ist essentiell, wenn es darum geht, auf die Klimakrise und ihre Folgen zu reagieren. Im globalen Norden haben die Menschen noch ganz andere Chancen der Klimakrise zu entgehen, als im globalen Süden. Eine FINTA ist anders betroffen als ein cis Mann. Hier dürfen patriarchale Strukturen nicht dafür sorgen, dass diese Perspektive verloren geht. Ebenso sind armutsbetroffene Menschen schneller durch die Klimakrise gefährdet als wohlhabendere Menschen.

Koloniale Kontinuitäten:

Unter dem Einfluss der historischen Kontinuitäten sind bestimmte Praktiken und Projekte entstanden, die den Klimawandel und seine Auswirkungen verstärken und zugleich lokale Gemeinschaften im Globalen Süden benachteiligen. Diese kolonialen Kontinuitäten erfordern dringend unsere Aufmerksamkeit und eine kritische Bewertung.

Die Kontinuität kolonialer Strukturen, Denkmuster und wirtschaftlicher Zusammenhänge wird anhand einiger Beispiele deutlich.

Auswirkungen von Aufforstungsprojekten:

Einige Aufforstungsprojekte haben bedauerlicherweise zur Folge, dass lokale Gemeinschaften den Zugang zu den Wäldern verlieren. Im Extremfall werden Gemeinden sogar zwangsumgesiedelt, um Platz für solche Projekte zu schaffen. Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung, die nicht nur die traditionelle Lebensgrundlage der betroffenen Menschen bedroht, sondern auch ihre Stimmen und Rechte marginalisiert.

Co2-Kompensationsprojekte und deren Effektivität:

Es ist anzumerken, dass CO2-Kompensationsprojekte in Staaten des Globalen Südens mit erhöhter Effizienz und zu geringeren Kosten durchgeführt werden können. In solchen Projekten erwerben Institutionen, Unternehmen oder Privatpersonen sogenannte Emissionsminderungsgutschriften oder Zertifikate, um ihren eigenen Treibhausgasausstoß auszugleichen - und um Konzerninteressen zu sichern. Die dabei generierten Einnahmen werden für Klimaschutzprojekte verwendet. Jedoch muss beachtet werden, dass diese Projekte manchmal nicht ausreichend überprüft werden und zu weiteren Ungerechtigkeiten führen können.

CO2-Kompensationsprojekte im Globalen Süden, die häufig mit dem Zweck des Greenwashings großer Global Player des globalen Nordens durchgeführt werden, zeigen nicht nur die Gefahr kolonialer Kontinuitäten in unserer Wirtschaftsweise, sondern verstärken diese zusätzlich. Der Globale Norden versucht so, seine Verantwortung für Klimaschutz und die Aufarbeitung seiner Kolonialverbrechen für sich selbst nutzenmaximierend zu missbrauchen.

Ein erheblicher Teil des weltweit abgebauten Kobalts stammt aus dem Kongo, wo im Profitinteresse vieler global Player des Globalen Nordens die Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte oft vernachlässigt wird. Die ungesicherten Minen und der Einsatz von unsicheren Arbeitsbedingungen stellen eine Gefahr für die Arbeiter*innen dar. Darüber hinaus ist der Gewinnungsprozess von Kobalt giftig und birgt große Risiken für die lokale Bevölkerung und die Umwelt, allen voran für die Kinder, die in Kobaltminen unter unwürdigen Bedingungen und Verhältnissen moderner Sklaverei ausgebeutet werden.

Nickel als Rohstoff aus Russland:

Ein beträchtlicher Anteil des weltweit verwendeten Nickels stammt aus Russland. Es ist wichtig zu bedenken, dass die Beschaffung von Rohstoffen in Abhängigkeit von bestimmten Ländern zu Ungleichheiten führen kann. Eine Diversifizierung der Nickelquellen und eine Überprüfung der Arbeitsbedingungen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass keine Ausbeutung oder weitere Ungerechtigkeiten entstehen.

Der Wohlstand des Globalen Nordens geht wieder einmal zu lasten des Globalen Südens; und ist historisch gewachsen. Der Globale Norden versucht mittlerweile händeringend, sein Gewissen zu reinigen: Während die Länder des Globalen Nordens weiterhin an einem Wachstumszwang festhalten und die Begrenztheit der Ressourcen auf unserem Planeten

160 nur vorgeben, anzuerkennen, betreiben sie Greenwashing auf Kosten des Globalen
161 Südens.

162 Wenn von "unserem Wohlstand" gesprochen wird, ist der europäische bzw. der deutsche
163 Wohlstand gemeint. Dieser Wohlstand und die ungebrochene Wachstumssucht ist mit ein
164 Grund für Kolonialismus, Klimakrise und die globale Ungerechtigkeit und untrennbar
165 damit verbunden. Internationalistische Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass wir
166 innerhalb Deutschlands die Voraussetzungen für dessen Umsetzung schaffen und die
167 Verantwortung für ökonomische und ökologische Gerechtigkeit tragen und Reichtum, der
168 Hauptverursacher der Klimakrise ist, endlich wirksam begegnen. Wir können uns
169 ökonomischen Reichtum schlicht nicht mehr leisten, umso mehr sind wir auf
170 ökologischen Reichtum angewiesen.

171 **Deshalb fordern wir:**

- 172 • Klimagerechtigkeit muss antikolonialistisch, feministisch, antikapitalistisch
173 sein! Die historische Verantwortung der Industriestaaten für einen Großteil der
174 Treibhausgas-Emissionen muss solidarisch und von kolonialen Kontinuitäten
175 befreit in kooperative und nachhaltige Partnerschaften umgesetzt werden, in
176 denen Entwicklungs-, Schwellen-, und Industriestaaten Anstrengungen vereinen,
177 den Herausforderungen des Klimawandels mit Berücksichtigung sozialer
178 Verpflichtungen zu begegnen.
- 179 • Förderung Förderung und Implementation von Alternativen zum kapitalistischen
180 Wachstumszwang auf regionaler und lokaler Ebene!
- 181 • Stärkere Kontrolle und Verpflichtung globaloperierender Unternehmen und
182 Konzernstrukturen hinsichtlich sozialer und ökologischer Standards durch
183 Sanktionsmechanismen und finanzpolitischer Steuerungsinstrumente (Strafabgaben
184 für Verstöße gegen Sozial- und Umweltvorgaben)!
- 185 • Verpflichtung von privaten Hauptemittenten (Unternehmen) zu klimagerechter
186 Transformation und Einführung globaler Mindeststandards an Arbeitsbedingungen.
187 Ferner muss eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens
188 vorangetrieben werden, durch stärkere Einbeziehung der Belegschaften in
189 Entscheidungsprozesse und sukzessive Vergesellschaftung von Großunternehmen mit
190 Monopol- bzw. Oligopolstellung.
- 191 • Entwicklungszusammenarbeit gerecht, antikolonial und solidarisch strukturieren!
- 192 • Entwicklungszusammenarbeit bedeutet Zusammenarbeit auf Augenhöhe - Expertise und
193 Bedürfnisse des Globalen Südens ernst nehmen!
- 194 • Stärkung der lokalen Bevölkerung und insbesondere vulnerablen und
195 marginalisierten Gruppen im Umgang mit klimabedingten Bedrohungen und
196 politischer Beteiligung!
- 197 • Epistemische Gewalt und Eurozentrismus in der Wissenschaft bekämpfen - für
198 wissenschaftlichen Austausch auf Augenhöhe!
- 199 • Verpflichtung des Globalen Nordens im globalen Katastrophenschutz!

- Asyl aufgrund des Klimawandels als Menschenrecht!
- Schluss mit kolonialen Kontinuitäten - Reparationszahlungen und Restitution an den Globalen Süden jetzt!
- Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen, um echte Klimagerechtigkeit zu verwirklichen!

Quellen

- <https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/Kolonialismus-und-Klimakrise-Ueber-500-Jahre-Widerstand-11.pdf>
- <https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-globalgeschichte/>
- https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-37222-4_32-1#Sec3
- <https://de.euronews.com/my-europe/2022/06/01/folgen-der-klimakrise-globaler-suden-fordert-reparationen-von-globalem-norden>
- <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark>
- [Klimagerechtigkeit \(nachhaltig-in-graz.at\)](https://www.klimagerechtigkeit.at/nachhaltig-in-graz)
- <https://reset.org/der-globale-norden-ist-fuer-92-prozent-der-co2-emissionen-weltweit-verantwortlich-und-koennte-d/>
- <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2542519620301960>

Antrag E02: Solidarität ohne Grenzen: Die EU und der Sudan-Konflikt

Sachgebiet:

E - Europa und Internationales

1 Aktuell kämpfen im Sudan das Militär, angeführt vom aktuellen Machthaber Abdel Fattah
2 al-Burhan und die RSF (Rapid Support Forces) unter der Führung von Mohammed Hamdan
3 Daglo gegeneinander. Das ist ein harter Rückschlag für die Demokratiebewegung.
4 Seit 2018 kämpfen Menschen in dem nordafrikanischen Land für Demokratie und
5 Menschenrechte. Auslöser war zunächst die immense Steigerung der Brotpreise. Obwohl
6 der Sudan viele Rohstoffe, wie zum Beispiel Gold und Öl exportiert, kommt davon wenig
7 bei der Bevölkerung an. Die Hälfte der Menschen lebt von Landwirtschaft, die meisten
8 am absoluten Existenzminimum. Durch den Sudan fließt der Nil, jedoch nimmt seit
9 Jahren die Trockenheit im Land zu. Auslöser dafür ist unter anderem der Klimawandel,
10 weshalb die Trockenheit und damit verbundene Dürren in den nächsten Jahrzehnten
11 massiv zunehmen werden.
12 Im Dezember 2018 kam es in der Stadt Atbara zu den ersten Protesten, die schnell zu
13 Massenprotesten wurden. Die Stärke der Protestbewegung machte dabei die starke
14 gewerkschaftliche Tradition des Landes deutlich. Dabei standen besonders Frauen an
15 der Spitze der Protestbewegung. Jene Frauen ließen sich durch die Militärs nicht
16 einschüchtern, obwohl diese sogar sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe einsetzten.
17 Anfang 2019 kam es zu einem friedlichen Sit-in vor dem Militär-Hauptgebäude in der
18 Hauptstadt Khartum, bis schließlich Militär und RSF gemeinsam den Diktator Umar Hasan
19 Ahmad al-Baschir absetzten. Dies geschah jedoch nicht aus Überzeugung, sondern weil
20 die Proteste zu groß waren, um sie militärisch zu bekämpfen. Allerdings führten zur
21 selben Zeit Militär und RSF Hinrichtungen und Massaker gegen die Opposition durch,
22 bis schließlich im August 2019 eine Übergangsregierung gebildet wurde, die den Weg
23 hin zur Demokratie ebnen sollte. 2021 putschte sich das Militär erneut an die Macht,
24 seitdem sind wieder dieselben korrupten und skrupellosen Generäle an der Macht, die
25 Menschenrechte und Demokratie mit Füßen treten wie vor der friedlichen Revolution.
26 Für das Militär und die Miliz RSF stellt sich seit 2019 die Frage, wer wie viel Macht
27 erhalten wird. Die RSF wurde unter Diktator Umar Hasan Ahmad al-Baschir stark
28 gefördert. Die RSF, mit Unterstützung der Regierung, war mutmaßlich am Genozid
29 verschiedener Volksgruppen in Darfur (Region im Westen des Sudans) beteiligt. Zur
30 selben Zeit unterstützte die Europäische Union die Militärdiktatur, um Geflüchtete
31 auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die RSF die
32 Gelder erhalten hat, da sie ab 2015 für den Grenzschutz im Sudan verantwortlich war.
33 Im April 2023 ist der Konflikt zwischen Militär und RSF eskaliert. In Khartum setzt
34 das Militär Kampfflugzeuge gegen die RSF ein. Die Kämpfe haben zum Zusammenbruch der
35 Ordnung im Land geführt. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist schlecht, Menschen
36 holen ihr Trinkwasser aus dem Nil und medizinische Versorgung ist kaum vorhanden.
37 Seit April sind hunderte Menschen ums Leben gekommen und tausende wurden verletzt.
38 Über 700.000 Menschen sind bereits auf der Flucht. Sie fliehen innerhalb des Sudans,
39 in die Nachbarländer, aber auch nach Europa. Die Möglichkeit zur Flucht haben die,

40 die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Es fehlt an sicheren Korridoren,
41 durch die Menschen fliehen können und über die die Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln
42 und Medizin versorgt werden kann. Außerdem fehlen eine sichere Fluchtrouten nach
43 Europa. Die Menschen werden gezwungen, in Schlauchbooten übers Mittelmeer nach Europa
44 zu fliehen.

45 Es ist ein Armutszeugnis für die Europäische Union als Friedensnobelpreisträgerin,
46 dass sie zum Einen nicht mal ausschließen kann, an der Eskalation des Konflikts
47 beteiligt zu sein, und dass sie zum Anderen immer noch nicht einmal willens ist, den
48 Menschen bei ihrer Flucht zu helfen. Im Gegenteil arbeitet sie weiterhin mit der
49 sogenannten "libyschen Küstenwache" zusammen, um Menschen im Mittelmeer auf ihrem Weg
50 nach Europa zu hindern. Dazu kommt die aktuelle Reform des europäischen Asylrechts im
51 "Gemeinsamen europäischen Asylsystem" (GEAs), dem auch Deutschland zugestimmt hat. Es
52 kann nicht gewährleistet werden, dass alle Menschen, die aus dem Sudan fliehen, in
53 der EU Schutz finden. Das ist eine Schande.

54 Die Menschen im Sudan kämpfen seit Jahren für Demokratie und Menschenrechte. Wir
55 dürfen sie in ihrem Kampf nicht mehr länger im Stich lassen.

56 Daher fordern wir:

- 57 • Die Afrikanische Union, Europäische Union und die Vereinten Nationen werden
58 aufgefordert, eine Initiative für humanitäre Hilfskorridore ergreifen, damit
59 Menschen sicher fliehen, Verwundete abtransportiert werden können. Außerdem muss
60 es sichere Wege geben Tote zu bergen, um die Seuchengefahr zu minimieren. Die
61 Versorgung mit
62 humanitären Gütern (Lebensmittel, Trinkwasser, Medikamente) muss
63 aufrechterhalten werden, oder wieder aufgenommen werden.
- 64 • weiterhin einen Einsatz für eine solidarische und antikoloniale Klimapolitik, da
65 der Globale Norden für einen Großteil der CO2-Emissionen verantwortlich ist
- 66 • Untersuchung und Reform der europäischen und deutschen
67 Entwicklungszusammenarbeit, speziell der Kooperation mit migrationsrelevanten
68 Institutionen, um zukünftig zu verhindern, dass potenzielle oder tatsächliche
69 Gewaltakteure, wie die RSF und deren Schwestermilizen, durch finanzielle
70 Zuwendungen profitieren. Eine Mitverantwortung der Europäischen Union an der
71 Eskalation im Sudan ist dadurch gegeben, dass die EU im Rahmen des „Hilfsfonds
72 für Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und
73 Binnenmigration in Afrika“ bis 2019 an der Unterstützung der RSF, deren
74 Vorgängermiliz für Kriegsverbrechen in Darfur verantwortlich ist, beteiligt war.
75 Die allgemeine Gefahr einer Eskalation zwischen regulären Streitkräften und
76 geförderten Sicherheitskräften muss daher zukünftig in der Risikoanalyse
77 berücksichtigt und abgewogen werden.
- 78 • eine Neuauflage des GEAS, die flüchtenden Menschen ihr Recht auf Asyl sichert.
79 Wir fordern offene Grenzen und die Einhaltung der Menschen- und Grundrechte in
80 der EU und weltweit.

Antrag F01: Alles Krise? - Feministische Antworten auf die Krisen unserer Zeit

Sachgebiet:

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Überall Krise, überall Patriarchat?! – in Zeiten multipler Krisen und der Dauerkrise
2 Kapitalismus enttarnt sich das Patriarchat jedes Mal aufs Neue: prekäre Beschäftigung
3 von FINTA, geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten, die Care-
4 Krise und globale Krisen wie die Klimakatastrophe zeigen klar, dass das Patriarchat
5 immer wieder Wege findet, all jene zu unterdrücken, die nicht in patriarchale
6 Rollenbilder passen, beziehungsweise, die klein gehalten werden müssen, um
7 Machthegemonien aufrecht zu erhalten. Unsere feministische Analyse identifiziert
8 dabei Frauen, Inter, Nicht-binäre, trans und Agender Personen als jene Unterdrückten
9 im Patriarchat. Je nach Kontext sind diese Gruppen zwar sehr unterschiedlich
10 betroffen, sie eint jedoch der Ausschluss aus patriarchalen Hegemonien - ganz im
11 Gegensatz zu Cis-Männern. Es braucht also intersektionale feministische Antworten auf
12 diese Krisen sowie konsequente Solidarität, um unserem Kampf gegen das Patriarchat
13 zum Erfolg zu verhelfen.

14 **Geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten**

15 Inhaltswarning: Gewalt

16 Das Erstarken von autoritären Mächten erschüttert unsere Welt schon seit Jahren: Das
17 Mullah-Regime im Iran, die Diktatur der Taliban in Afghanistan, Lukaschenkos
18 unrechtmäßiger Machterhalt in Belarus, der Angriffskrieg auf die Ukraine oder auch
19 der Krieg im Sudan. Die Anzahl an Kriegen und Krisen steigt immer weiter. In diesen
20 Konflikten kommt es strukturell immer wieder zu geschlechtsspezifischer Gewalt und so
21 wird bspw. sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Waffe genutzt, um Macht
22 zu demonstrieren. Auch genderqueere Personen wie INTA fallen allzu oft dieser Gewalt
23 zum Opfer. Differenziert werden müssen aber die Motive der unterschiedlichen Formen
24 geschlechtsspezifischer Gewalt. Frauen und Mädchen erfahren sexualisierte Gewalt in
25 Krisen- und Kriegsgebieten, weil die Täter sie als Besitz eines ihnen feindlich
26 gegenüberstehenden Mannes verstehen und sie so objektifizieren und sexualisierte
27 Gewalt nutzen um sprichwörtliche Gebietskämpfe zu verkörperlichen. INTA-Personen
28 wiederum fallen meist geschlechtsspezifischer Gewalt zum Opfer, da ihre bloße
29 Existenz als ein Angriff auf patriarchale Hierarchien gewertet wird.

30 In Afghanistan verlieren Frauen seit August 2021 immer weiter an Rechten, INTA waren
31 bereits vor der Machtergreifung der Taliban schweren Repressionen ausgesetzt, müssen
32 nun jedoch einer völlig neuen Gewaltspirale Stand halten, da im Weltbild der Taliban
33 kein Platz für Queerness und Geschlechtsidentitäten jenseits der Binarität ist. So
34 wurden sie aus dem öffentlichen Leben verbannt, dürfen keine Bildungseinrichtungen
35 besuchen oder am Arbeitsmarkt teilhaben. Ebenso sind FINTA erheblich in ihrer
36 Bewegungsfreiheit eingeschränkt und müssen bei Protest gegen ihre Unterdrückung mit

Verfolgung, Folter und Inhaftierung rechnen. Auch die gesundheitliche Versorgung von FINTA scheint auf längere Sicht nicht gesichert: Etwa durch das Studienverbot fehlt es an Gynäkolog*innen und Hebammen, um sichere Geburten zu begleiten. So scheint es nicht verwunderlich, dass etwa Afghanistan eine der höchsten Müttersterblichkeiten weltweit verzeichnet.

Im Iran zeigt sich ein weiterer Unterdrückungsmechanismus: Seit mehreren Monaten werden regelmäßig junge Schüler*innen in der Schule vergiftet. Diese Vergiftungen treten fast ausschließlich an Mädchenschulen auf und betreffen mittlerweile tausende junge FINTA im Iran, die oft nach den Giftanschlägen im Krankenhaus behandelt werden müssen. Zeitgleich werden im Iran Frauen weiter massivst unterdrückt und systematisch entrechtet: kein Tanzen oder Singen in der Öffentlichkeit, eine Verschleierungspflicht und kein Anspruch auf das Sorgerecht der eigenen Kinder. Vor Gericht gilt die Aussage eines Mannes so viel wie die Aussagen von zwei Frauen. Die feministische Revolution seit dem Mord an Jina Mahsa Amini im September 2022 kämpft gegen diese Unterdrückung, doch das Mullah-Regime antwortet seit Monaten gewalttätig unter anderem mit der Hinrichtung von Aktivist*innen sowie der Vergewaltigung von inhaftierten Freiheitskämpfer*innen.

Auch in der Ukraine berichten seit dem Angriffskrieg Putins immer mehr FINTA von sexualisierter Gewalt. Allein 156 Fälle wurden zur Anzeige gebracht – die Dunkelziffer, so auch die Schätzung der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, wird viel höher sein. Marta Havryshko, eine ukrainische Wissenschaftlerin, die schon jahrelang über sexualisierte Gewalt in Kriegen forscht, spricht von einer „Epidemie sexualisierter Gewalt“ in der Ukraine seit dem 24.02.2022.

In Belarus kämpfen FINTA an vorderster Front gegen das unterdrückerische autoritäre Lukaschenko-Regime

All diese Beispiele sind nur ein kleiner Teil der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen FINTA in Kriegs- und Krisengebieten - das wahre Ausmaß der Unterdrückung ist weder bekannt noch wirklich vorstellbar. All diese Unterdrückungsmechanismen zeigen aber eines deutlich: Gewalt an FINTA ist eine Waffe. Eine Waffe, die Machthierarchien reproduziert und die Betroffenen demütigen soll und ihnen ihre Existenz und Autonomie abspricht. So wenden in der Ukraine Soldaten sexualisierte Gewalt an, um die Kontrolle über eroberte Gebiete zu behalten. Das Vergiften von jungen FINTA in Schulen begreifen viele als Bestrafung gegen die Freiheitskämpfer*innen: Junge Schüler*innen werden also als Mittel zum Zweck genutzt. Genauso suggerieren diese Anschläge, dass langfristig junge Frauen nicht in Bildungseinrichtungen gehören - die Realität und das Leben von queeren Personen wird komplett negiert.

Die Lebensumstände für FINTA in Kriegs- und Krisengebieten sind prekär, lebensgefährdend und unfrei – so zeigt das Patriarchat wieder einmal, dass FINTA in diesem System nicht herrschen, sondern, dass über sie geherrscht wird, über sie entschieden wird und sie zum Objekt gemacht werden. Diese Analyse ist zentral, um gegen Gewalt gegen FINTA als Waffe vorzugehen. Es braucht gesamtgesellschaftlich ein Verständnis und es wird Zeit für eine linke, progressive feministische Außenpolitik,

79 die diese Realitäten anerkennt und systemkritisch agiert. Unsere Solidarität muss
80 langfristig sein und darf nicht abnehmen - es ist unsere Aufgabe als Feminist*innen
81 nicht wegzuschauen, sich zu informieren und laut zu sein gegen Gewalt und für alle
82 Betroffenen in Kriegs- und Krisengebieten.

83 Um gegen diese gewaltvolle und prekäre Situation vorzugehen, fordern wir:

- 84 • eine konsequente feministische Außenpolitik, die sich an den drei Rs und dem D
85 (Rechte, Ressourcen, Repräsentation und Diversität) orientiert und anerkennt,
86 dass es in einem kapitalistischen System immer das Patriarchat geben wird. Es
87 muss wirkliche Sanktionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt geben, sichere
88 Fluchtrouten und unbürokratische Aufnahmeverfahren für Betroffene. Handel mit
89 autoritären Regimen, die aktiv geschlechtsspezifische Gewalt als Waffe nutzen,
90 muss kriteriengeleitet eingeschränkt werden.
- 91 • die rechtliche Anerkennung von geschlechtsspezifischer sexualisierter Gewalt als
92 Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- 93 • Anlaufstellen für Betroffene, die Hilfe durch psychologische Betreuung und
94 rechtliche Beratung bieten, sowie die Finanzierung dieser Anlaufstellen im Sinne
95 einer feministischen Außenpolitik.
- 96 • Zugang zu kostenlosen Verhütungs- und Abtreibemitteln sowie
97 Menstruationsartikeln - auch in Geflüchtetenunterkünften und -ankünften in EU-
98 Staaten sowie das Recht auf unbürokratische und kostenfreie psychologische und
99 ärztliche Versorgung im Falle von sexualisierter Gewalt. Etwa das System der
100 Anonymen Spurensicherung (ASS) kann hierbei als Vorbild dienen, um Betroffenen
101 die Möglichkeit einer Meldung und Dokumentation von Spuren einer Gewalttat zu
102 ermöglichen, selbst wenn sie sich zum Zeitpunkt der Tat (noch) nicht in der Lage
103 sehen, eine strafrechtliche Verfolgung anzustreben.
- 104 • Wege der langfristigen Solidarität bspw. durch das regelmäßige Einladen von
105 Aktivist*innen und das Schaffen von Begegnungsräumen.
- 106 • Endlich die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hinblick auf Frauenhausplätze,
107 sowie die Finanzierung von Weiterbildungen für das Personal in diesen
108 Einrichtungen für Geflüchtete, die sexualisierte Gewalt während der Flucht
109 beziehungsweise während des Asylprozesses in Deutschland erleben. Dazu gehört
110 auch die Finanzierung von Dolmetscher*innen durch öffentliche Gelder als Teil
111 der Daseinsvorsorge.
- 112 • Informations- und Unterstützungsressourcen besonders für allein flüchtende FINTA
113 mit und ohne Kind(ern), welche ein hohes Risiko haben, während ihrer Flucht
114 beziehungsweise kurz nach ihrer Ankunft in Deutschland der Zwangsprostitution
115 zum Opfer zu fallen. Außerdem die finanzielle Unterstützung aufsuchender
116 Sozialarbeit im Prostitutionsgewerbe, um Zwangsprostitution, wo sie auftritt,
117 schneller zu erkennen und den Betroffenen schneller Hilfe leisten zu können.

118 **Unbezahlte Care-Arbeit als Teil patriarchaler Unterdrückung**

119 Im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit spricht man in der sozialistischen und

marxistischen Theorie davon, dass Arbeiter*innen doppelt frei sind: Erstens frei von Kapitalbesitz und zweitens frei von Leibeigenschaft - das bedeutet sie können ihre Arbeitskraft selbst verkaufen. Teil unserer feministischen Analyse muss sein, diese Analyse um patriarchale Machthierarchien zu ergänzen. So sind vor allem Frauen in heterosexuellen Partnerschaften eben nicht frei in ihrer Entscheidung ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da rechtliche und gesellschaftliche Normen sie aus der Erwerbsarbeit halten, damit sie sich voll und ganz der unbezahlten Sorgearbeit widmen. Besonders dieser Punkt verdeutlicht: Ein Sozialismusverständnis, das den Arbeitsbegriff nur als Erwerbsarbeit versteht, kann nie das unsere sein. Unsere antikapitalistische Analyse ist stattdessen: Wir alle sind im Laufe unseres Lebens sowohl auf professionelle (und bezahlte) wie auch unbezahlte Sorgearbeit angewiesen. Diese zumeist von Frauen verrichtete Arbeit ermöglicht erst die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft, sprich: Patriarchale Unterdrückung ist kein Nebenwiderspruch, sondern strukturell stabile Herrschaftsstruktur. Unser Kampf gegen das Patriarchat ist deshalb nicht durch unseren sozialistischen Kampf erledigt, sondern bedarf eigener Angriffspunkte.

Während der Coronapandemie spitzte sich die Situation sowohl im Bereich der bezahlten als auch der unbezahlten Care-Arbeit zu. Während innerhalb der professionellen Care-Arbeit Überlastung mehr als deutlich wurde, sah die Situation auch bei der unbezahlten Care-Arbeit nicht besser aus. In den Familien blieben zwar auch viele Väter (zwangsweise) während den Lockdowns zuhause, mehr Sorgearbeit verrichteten sie dadurch jedoch strukturell nicht. Tatsächlich verdoppelte sich laut dem DIW sogar die Zahl der heterosexuellen Partnerschaften mit Kind(ern), in denen die Frau die Sorgearbeit de facto allein verrichtet von 8% auf 16%. Doch nachdem die Erinnerung an die Lockdowns der Coronapandemie aus vielen Gedächtnissen verschwunden zu sein scheint, ist die Ungleichverteilung von Care-Arbeit geblieben. Und während vor allem dann gleichstellungspolitische Debatten politisch wie gesellschaftlich geführt werden, wenn es um die reichsten 10% geht - wie etwa bei der Elterngelddebatte - müssen wir diejenigen sein, die die materialistische Analyse der Care-Krise auf den Plan rufen. Denn: Das Ungleichverhältnis bei der unbezahlten Care-Arbeit führt strukturell zu Armut und Prekarisierung unter Frauen. Deshalb geht es ganz grundlegend darum, mehr Frauen in die Vollerwerbsarbeit zu bringen, damit ist das Problem jedoch noch nicht erledigt. Denn eine doppelte Belastung durch Erwerbs- und Care-Arbeit entlastet eben nicht, wenn letztere nicht gerechter verteilt wird. Deshalb geht es darum mehr Männer in die Pflicht zu nehmen und vor allem auch eine antirassistische Perspektive einzunehmen: Denn solange Care-Arbeit strukturell von weißen auf migrantisierte Frauen umverteilt wird, sind wieder einmal Cis-Männer die Profiteure der patriarchalen Ausbeutung, während zusätzlich ein Ungleichgewicht zwischen weißen und migrantisierten Frauen bestärkt wird.

Im Angesicht der Care-Krise fordern wir für eine bessere Verteilung unbezahlter Care-Arbeit deshalb:

- Die Novellierung des Elterngeldes hin zu einem 7+7 Modell, welches die genomme

Elternzeit zwischen den Partner*innen gleich aufteilt.

- die endgültige Abschaffung des Ehegattensplittings. Mit den im Koalitionsvertrag verabredeten kosmetischen Änderungen geben wir uns nicht zufrieden!
- Die Einführung der 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, denn erste Studien aus Großbritannien beweisen: Frauen profitieren von diesem Arbeitszeitmodell überdurchschnittlich. Auch kann eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zum Verständnis von Arbeit und Lebensgestaltung durch die Einführung der 4-Tage-Woche gelingen.
- Die rechtliche Einschränkung von Minijobs, die noch zu häufig dazu beitragen, Frauen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fernzuhalten und so zur Lohnlücke und dem Gender Care Gap beitragen. Das bedeutet konkret: Minijobs als atypische Beschäftigung etwa während des Studiums oder um das Taschengeld aufzubessern, können ein großer Mehrwert für Arbeitnehmer*innen sein. Um jedoch die Frau zuhause zu halten, während der Mann als Alleinernährer auftritt, sind Minijobs ein entscheidender Faktor für das geschlechtsspezifische Armutsrisiko von Frauen.
- Um dem Phänomen der Global Care Chains entgegenzuwirken, unterstützen wir den Ausbau von Betreuungsangeboten, finanziert durch ein Solidarmodell, sowie eine europäische Initiative für armutsfeste Mindestlöhne.

Arbeit, Familie und Leben. Soziale Benachteiligung und Ungleichheit aufgrund des Geschlechts in Zeiten der multiplen Krisen

Laut dem Weltwirtschaftsforum gehören die steigende soziale Ungleichheit und die Klimakrise zu den größten Gefahren für die Weltgemeinschaft. Besonders von Armut betroffene Menschen können in Zeiten der multiplen Krisen keine Ressourcen aufbauen, um die Folgen dieser Krisen wie steigende Strom- und Gaspreise, Schäden durch Überschwemmungen, Wegfall von Arbeitsplätzen usw. abzufedern. Sie sind den Folgen dieser Krisen, die das kapitalistische System hervorbringt, ausgeliefert.

Von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung sind unterschiedliche Menschen in verschiedener Weise betroffen. Dies hängt unter anderem mit der Lebens- und Familiensituation, der Klassenzugehörigkeit und Klassenherkunft, dem gelebten Geschlecht oder der zugeschriebenen ethnischen Herkunft oder Rassifizierung, dem Bildungsgrad, der Migrationsgeschichte oder mit Behinderungen und/oder Erkrankungen zusammen. Statistisch gesehen sind soziale Benachteiligung, Armut sowie soziale Ausgrenzung geschlechtsspezifisch bestimmt. Im steigenden Alter nimmt dieses Ungleichgewicht der Geschlechter sogar noch zu. Dabei liegt das Armutsrisiko von Frauen im Alter spürbar über dem des gesamtgesellschaftlichen Durchschnitts. Auch leiden queere Menschen besonders häufig unter Altersarmut und Krankheit. Dies hat unter anderem etwas damit zu tun, dass auch heute noch queere Menschen Angst haben müssen, sich am Arbeitsplatz zu outen und/oder durch den sogenannten „Minderheitenstress“ früher zu erkranken. Die Erfahrung von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt hat bei allen von struktureller Diskriminierung betroffenen

203 Menschen Auswirkungen auf das Leben, die Arbeit und die Rente.
204 Aus vergeschlechtlichten Rollenzuschreibungen und den damit verbundenen Nachteilen für
205 Frauen - allen voran der Verdrängung vom Arbeitsmarkt - ergibt sich so z.B., dass
206 Frauen statistisch gesehen mit einem höheren Armutsrisiko leben müssen.
207 Auch das Bild der „traditionellen Familie“ trägt dazu bei. Es entstand zu Beginn der
208 Neuzeit und prägt und stabilisiert „männliche“ und „weibliche“ Rollenbilder. Das
209 konservative Idealbild einer lebenslangen heterosexuellen Ehe in einer Versorgungs-
210 und Wirtschaftsgemeinschaft, in der sich die Partner*innen ergänzen, teilt Aufgaben
211 und Tätigkeiten in einer zweigeschlechtlichen Vorstellung den Menschen zu. Dem Mann
212 kommt hierbei die Rolle des „Ernährers“ und der Frau die Rolle als „Hausfrau und
213 Mutter“ zu. In diesem konservativen, heute noch verbreiteten Bild der „traditionellen
214 Familie“ werden beide Partner*innen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten begrenzt.
215 Heute gibt es noch immer rechtliche Regelungen, die mit diesem Bild der Ehe verbunden
216 sind. So können z.B. im Falle einer Trennung oder Scheidung entstandene Nachteile -
217 etwa durch das Ehegattensplitting - durch die Übernahme von unbezahlter Care-Arbeit
218 in der beruflichen Entwicklung nicht aufgeholt werden.
219 Das patriarchal geprägte Normbild der „traditionellen Familie“ scheint bei Erfüllung
220 meist zu guter staatlicher Familienförderung zu führen, wohingegen „Abweichungen“
221 negative gesellschaftliche Folgen haben. So haben Alleinerziehende ein
222 außerordentlich hohes Armutsrisiko und sind zu 88% Frauen. Ungefähr 40% der
223 Alleinerziehenden müssen Grundsicherung beziehen. Im Vergleich zu anderen
224 Bevölkerungsgruppen haben zusammenlebende Eltern mit nicht mehr als zwei Kindern ein
225 geringeres Armutsrisiko. Hier scheint „Familienförderung“ zu funktionieren.
226 Trennungen können hingegen schnell zu sozialen Nachteilen führen. Menschen, die in
227 anderen Familienformen leben, erhalten weniger finanzielle Förderung und haben ein
228 höheres Armutsrisiko.
229 Seit Jahren ist ein bestehendes politisches Thema die Vereinbarkeit von Familie und
230 Beruf, dennoch ist eine Folge der Corona-Krise ein neues Bestärken konservativer
231 Geschlechterrollen und Aufgabenverteilungen. Obwohl ein Familienmodell, bei dem die
232 partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit nicht erfolgt, für viele
233 junge Paare nicht mehr attraktiv zu sein scheint, können knapp ein Drittel der
234 erwerbstätigen Mütter kein Einkommen erzielen, mit dem sie sich materiell absichern
235 können. Des Weiteren nehmen die meisten Männer noch immer keine oder nur eine sehr
236 kurze Elternzeit. Hier setzen auch die Elterngeldregelungen Anreize, patriarchal
237 geprägten Aufgabenverteilungen nachzugehen. In Fällen, in denen der männliche Partner
238 mehr verdient, erscheint es für diesen nicht so attraktiv, eine Elternzeit zu nehmen,
239 da die finanziellen Verluste größer wären als bei der Elternzeit der Partnerin.
240 Diese Fälle, in denen der männliche Partner mehr verdient, sind keine Einzelfälle und
241 haben etwas mit den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern zu tun. Der
242 unbereinigte Gender Pay Gap ist seit 2002 konstant und liegt im gesamtdeutschen
243 Durchschnitt bei 18%. Diese Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen ergeben sich
244 unter anderem daraus, dass Frauen häufiger unbezahlten Tätigkeiten innerhalb der

245 Familie nachgehen und so weniger Zeit in ihre Karriere investieren können oder öfter
246 in Teilzeitjobs arbeiten, bei denen keine weiteren Aufstiegschancen bestehen. Der
247 Lohnunterschied bei den direkt vergleichbaren Tätigkeiten, also der sog. bereinigte
248 Gender Pay Gap, liegt laut dem statistischen Bundesamt bei sechs Prozent. Laut dem
249 Institut der deutschen Wirtschaft liegt dies daran, dass Frauen häufiger Brüche in
250 ihrer Erwerbsbiografie haben und in schlecht bezahlten Berufen arbeiten.

251 Bereits die Wahl des Berufes und der Ausbildung werden von Vorstellungen und Rollen
252 im Bezug zum Geschlecht geprägt. In der heutigen Zeit sind die sogenannten MINT-
253 Berufe mit den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft “männlich” und die
254 sogenannten SAGE-Berufe mit den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege,
255 Erziehung und Bildung eher “weiblich” dominiert. Hieran schließt sich eine
256 schlechtere Bezahlung der frauendominierten Berufe an. Gemäß der kapitalistischen
257 Verwertungslogik wird noch immer ein Unterschied gemacht in der Bewertung der
258 Nützlichkeit sozialer Berufe und ‘traditionellen’ Arbeitsverhältnissen, die direkt
259 die Kapitalakkumulation beeinflussen. Bereits in der Ausbildung sind diese schulisch
260 ohne Gehalt oder sogar mit Gebühren verbunden. So können Ansprüche auf die
261 Altersvorsorge schlechter aufgebaut werden. Dies kann in Kombination mit
262 Teilzeitarbeit und Familiengründung zur Altersarmut führen. In „weiblich“
263 zugeschriebenen Berufen erfahren die Arbeitenden häufig eine fehlende finanzielle
264 Wertschätzung, geringere Tarifbindungen und Aufstiegschancen. Diese fehlende
265 finanzielle Wertschätzung ist ein Ergebnis gesellschaftlicher Abwertung und
266 Unterdrückung.

267 Aufgrund dieser geschlechtsbezogenen, in bestimmten Lebenssituationen und Lebenslagen
268 auftretenden sozialen Ungleichheiten und Benachteiligungen, fordern wir:

- 269 • Eine breite gesamtgesellschaftliche und politische Aufarbeitung von Fragen
270 geschlechter- und klassenbezogener Diskriminierung und dessen Auswirkungen in
271 Zeiten der Krisen.
- 272 • Eine Berücksichtigung der Familien- und Pflegearbeit in der Sozialversicherung
273 und im Sozialrecht. Hier vor allen Dingen die Abschaffung von rechtlichen
274 Regelungen, die patriarchale Rollenbilder und Aufgabenverteilungen belohnen und
275 eine Ersetzung durch Regelungen, die vor allem die Bekämpfung von Armut und die
276 Emanzipation der Frau in den Fokus rücken.
- 277 • Die Schließung der Datenlücke in Bezug auf strukturelle Armut bei INTA.
- 278 • Eine staatliche politische Familienförderung, die nicht das konservative Bild
279 der “klassischen Kernfamilie” als Idealbild vertritt, sondern unterschiedliche
280 Formen des Familienlebens berücksichtigt, fördert und den Schutz von
281 alleinerziehenden FINTA vor allem in Krisenzeiten in den Blick nimmt.
- 282 • Die Anerkennung und Überwindung der prekären Situation alleinerziehender FINTA
283 als zentraler Punkt in der Familienpolitik, etwa mit Anpassungen beim
284 Elterngeldsatz für Alleinerziehende und Familienzuschlägen bei
285 Beamtenverhältnissen.

- Die Überprüfung der Leistungen der Existenzsicherung auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Die Anhebung des Bürger*innengeldes und die Erhöhung des Mindestlohnes auf einen armutsfesten Satz, der gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe und einen Aufbau von Ressourcen zur Absicherung der Folgen von Krisen ermöglicht.
- Eine armutsfeste Mindestrente, die vor Altersarmut als Folge von geschlechtsspezifischer Benachteiligung im Erwerbsalter schützt.
- Im antikapitalistischen feministischen Arbeitskampf verstehen wir die Gewerkschaften als unsere wichtigsten Partner*innen. Wir fordern die Stärkung der Gewerkschaften etwa durch ein Tariftreuegesetz (auch auf Landesebene), denn in tarifgebundenen Berufen ist der Gender Pay Gap niedriger und das Lohnniveau insgesamt höher.

Antifeminismus und Faschismus gehen Hand in Hand - Für einen feministischen Antifaschismus

Rechte und Faschist*innen sind international wie auch in Deutschland auf dem Vormarsch. Im thüringischen Sonneberg wurde der erste AfD-Landrat gewählt, die Europawahlen stehen vor der Tür und rechte Parteien wännen sich schon im Erfolgsrausch. Als antifaschistischer Verband muss uns dies besorgen, wissen wir doch, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Klassismus und Sexismus, aber auch Ableismus Hand in Hand mit dem Faschismus gehen. Frauen, queere Personen, BIPOC, arme Menschen und Menschen mit Behinderung dienen den Faschist*innen als Projektionsfläche. So wird im Namen der weißen Frau Stimmung gegen Geflüchtete gemacht, im Namen der bürgerlichen Kleinfamilie gegen queere Personen gehetzt und obendrein eine Sozial- und Gesundheitspolitik propagiert, die alles andere als feministisch und progressiv ist. Und deshalb dürfen uns Errungenschaften wie etwa die Streichung des Paragraf 219a auch nicht trügen: Rechte und Faschist*innen arbeiten bereits am Rollback und wollen grundlegend an die von uns erkämpften Rechte!

Rechte Parteien nutzen dabei insbesondere Online-Medien, um ihre Reichweite zu vergrößern und vor allem bei jungen Menschen Anklang zu finden. Diese Strategie verstärkt den Nährboden für faschistische Tendenzen sowohl in Bildungseinrichtungen als auch in der Gesellschaft insgesamt und verfestigt patriarchale und diskriminierende Strukturen. Neben Parteien gibt es vermehrt auch männliche Influencer, die durch Online-Content junge Männer ansprechen und aktiv misogynie, meist kombiniert mit queerfeindlichen Aussagen tätigen. Darunter fallen auch sogenannte Incels, die es sich zur Aufgabe machen frauenfeindliche Ansichten zu verbreiten. Zwar wird sich oftmals über diese Menschen lustig gemacht, ihre Taten dürfen jedoch ganz und gar nicht verharmlost werden. Es wird ein misogynies Frauenbild gepaart mit Queerfeindlichkeit, besonders Transfeindlichkeit und anderen Diskriminierungsformen erstellt. Nicht Cis-Männer werden enorm objektifiziert und Gewalt gegen sie wird legitimiert. Die Reichweite dieser Männer und ihre Wirkung auf andere, besonders Kinder und Jugendliche, muss als ernsthaftes Problem begriffen werden. Parteien wie die NoAFD sind an vorderster Spitze mit dabei, solche Narrative

328 mitzutragen.

329 So stehen Parteien wie die AfD für die Verdrängung der Frau vom Arbeitsmarkt, denn
330 sie erkennen in ihr nur die Hausfrau und Mutter. Sie stehen für einen Abbau des
331 Sozialstaates, um etwa Wohnungslose und Geflüchtete gegeneinander auszuspielen und
332 sie beschwören queerfeindliche Mythen wie die Frühsexualisierung und würden am
333 liebsten Aufklärungsunterricht aus Schulen verbannen, Abtreibungen illegalisieren
334 sowie Verhütung tabuisieren. Krankheitsversorgung bei sexuell übertragbaren
335 Krankheiten sehen sie nicht als Teil der Daseinsvorsorge. Diese Liste könnte lange
336 weitergeführt werden und wäre trotzdem nur die Spitze des Eisberges, denn die
337 menschenfeindliche Haltung endet nicht bei politischen Programmpunkten, sondern
338 schlägt immer wieder in Gewalt um. Um diese Gefahr richtig zu erkennen, reicht es
339 jedoch nicht, nur jene in den Blick zu nehmen, die selbst körperliche Gewalt ausüben.
340 Vielmehr muss uns umtreiben, wenn Vertreter*innen etablierter Parteien, wie etwa der
341 CDU/CSU, die Grenze des Sagbaren immer weiter verschieben und sich willentlich dem
342 Kulturkampf der AfD anschließen. Für uns bleibt Antifaschismus deshalb Handarbeit und
343 feministischer Auftrag.

344 Antifaschismus und Feminismus müssen Hand in Hand gehen, um die gemeinsamen Kämpfe
345 gegen Patriarchat und Faschismus zu bestreiten. Die antifaschistische Szene wird von
346 Männern dominiert. Der eigene Sexismus innerhalb antifaschistischer Bewegungen wird
347 selten reflektiert. Das muss ein Ende haben. Die antifaschistische Bewegung darf
348 nicht zur Bühne der Selbstdarstellung von Männern werden, sondern sollte Bühne des
349 politischen Kampfs gegen den Faschismus sein. Wir brauchen einen feministischen
350 Antifaschismus.

351 Im Angesicht des Erstarkens rechter Kräfte wollen wir deshalb:

- 352 • Mehr Förderung von queeren, migrantischen und postmigrantischen Projekten, v.a.
353 auf kommunaler Ebene, welche Beratung und Teilhabe bieten. Besonders aus dem
354 Anrecht auf Teilhabe leiten wir abermals die Notwendigkeit des
355 Altschuldenschnitts für die Kommunen ab, um soziale Projekte endlich besser
356 fördern zu können.
- 357 • Die feministische Offensive in der Reproduktions- und Verhütungsdebatte statt
358 des Kuszens vor rechten Diskursen. Das bedeutet konkret die konsequente
359 Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie von Krankenkassen vollständig
360 übernommene Verhütungsmittel (unabhängig vom Alter).
- 361 • Eine umfassende und wirksame Regulierung sozialer Medien, die darauf abzielt,
362 die Verbreitung menschenfeindlicher und rechter Hetze einzudämmen und zu
363 bekämpfen. Diese Regulierung sollte in enger Zusammenarbeit mit Expert*innen und
364 zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet werden, um die Integrität
365 digitaler Plattformen zu gewährleisten und die Verantwortung der
366 Plattformbetreiber*innen bei der Moderation und Entfernung von Hassbotschaften
367 zu stärken.
- 368 • Die konsequente Verteidigung der Brandmauer gegen rechts: Das bedeutet nicht nur

den Kampf gegen mit AfD und Konsorten, sondern auch der laute Protest, wenn etwa die CDU/CSU meint mit Faschist*innen zu liebäugeln.

Globale Krisen und koloniale Kontinuitäten in einer patriarchal geprägten

Weltgemeinschaft

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie, über die Folgen des russischen Angriffskrieges bis zu den Folgen der Klimakrise: Wir leben in einer Zeit der Krise. Der Kapitalismus ist Erzeuger von Krisen, Unterdrückung und sozialer Ungleichheit und zeigt sich nicht in der Lage die Grundbedürfnisse aller Menschen nach Essen, Wohnen, Heizen, Mobilität, Sicherheit und Teilhabe zu sichern. Eng mit dem Kapitalismus und den globalen Krisen verbunden sind die historischen Folgen des Kolonialismus. Hierbei ist die Ausbeutung von Arbeitskraft ein zentraler Bestandteil des kapitalistischen Systems, sei es historisch in den Kolonien durch Sklavenhandel und Zwangsarbeit oder aber in der heutigen kapitalistischen Welt durch Sklavenhandel, Zwangsarbeit und durch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Des Weiteren prägen die Folgen des Kolonialismus unsere heutige Welt und tragen zu aktuellen Krisen bei. So zeigt sich nicht nur zwischen den unterschiedlichen Einkommensgruppen der Industrienationen, sondern im Verhältnis des globalen Nordens zum globalen Süden, dass die gesellschaftlichen Gruppen der Weltgemeinschaft, deren Beitrag zum Klimawandel am geringsten ist, die stärkste Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels z.B. durch Überschwemmungen, Hitzewellen, Starkwetterereignisse, Dürreperioden usw. erfahren und erfahren werden. Diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Betroffenheit und Verursachung des Klimawandels kann als eine Folge des Kolonialismus gesehen werden. Weitere koloniale Kontinuitäten stellen die Ressourcenausbeutung in Ländern des globalen Südens, kulturelle Unterdrückung und Diskriminierung, die politische Einflussnahme, die zu korrupten Regierungen, politischer Instabilität und autoritären Regime führte und die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der Weltgemeinschaft zwischen den Ländern dar. Die Länder, die von kolonialer Ausbeutung heute noch wirtschaftlich profitieren und die Länder, die hiervon betroffen sind, die dadurch entstehende Armut und aufkommenden Konflikte sowie Kriege im globalen Süden sind das, was wir unter kolonialen Kontinuitäten begreifen.

Im Bereich der wirtschaftlichen Ungleichheit hat die koloniale Ausbeutung zu einer ungerechten Verteilung von Ressourcen und zu wirtschaftlicher Abhängigkeit geführt. Weiterhin leben wir in einer ungleichen globalen Wirtschaftsordnung, in der koloniale Mächte der Länder des globalen Nordens eine dominante wirtschaftliche Position einnehmen. Diese soziale und wirtschaftliche Ungleichheit führt zur Entstehung und Verstärkung globaler Krisen wie Armut, Ausbeutung, der Klimakrise und trägt zu Fluchtursachen bei. Aufgrund dessen, dass wir in einer patriarchal geprägten Welt leben, sind so vor allem FINTA von Gewalt, Ausbeutung und Armut bedroht, aufgrund der Wirkung kolonialer und rassistischer Strukturen sind BIPOC eine weitere vulnerable Gruppe dieser Gewalt, Ausbeutung und Armut. Im Sinne eines intersektionalen Analyserahmens vermögen wir die gegenseitige Verschränkung dieser strukturellen Diskriminierungen zu erfassen und wissen: Im Dreiklang von Race, Class und Gender

- 411 wirken Rassismus, kapitalistische Zwänge und Patriarchat ineinander.
- 412 Eine gerechte und feministische Weltordnung, in der alle Menschen unabhängig ihres
413 Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Behinderung, ihrer Rassifizierung, ihrer
414 Klassenzugehörigkeit und ihrer Sexualität in Frieden gleichberechtigt leben können,
415 erfordert einen strukturellen Wandel, der die historisch gewachsenen Ungleichheiten
416 bekämpft sowie eine solidarische auf Augenhöhe stattfindende Zusammenarbeit zwischen
417 dem globalen Norden und dem globalen Süden fördert. Es erfordert die
418 Verantwortungsübernahme von Regierungen, multinationalen Unternehmen, der
419 Zivilgesellschaft, den internationalen Institutionen und den gesellschaftlichen
420 Personengruppen, die heute noch vor allem im globalen Norden von
421 Ausbeutungsstrukturen, vom Kapitalismus und von den kolonialen Kontinuitäten
422 profitieren.
- 423 Vor diesem Hintergrund fordern wir:
- 424 • Die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Diskriminierung in der
425 Weltgemeinschaft. Dies kann u.a. die Stärkung der Rechte der Frau,
426 marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen und indigenen Gemeinschaften, die
427 Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt, die Förderung gleichberechtigter
428 politischer Teilhabe und die Schaffung des Zugangs zu Bildungs- und
429 Gesundheitsinstitutionen sowie den Versuch, die Grundbedürfnisse aller Menschen
430 politisch zu sichern, umfassen.
 - 431 • Die Strukturen der globalen Wirtschaft zu hinterfragen und eine gerechtere
432 Verteilung der Ressourcen und des Wohlstands politisch zu erzielen. Dies kann
433 unter anderem durch die Förderung lokaler Produktionen und Wertschöpfungsketten,
434 die weltweite Bekämpfung von Ausbeutung und Ungleichheit in globalen
435 Lieferketten, den Schutz und die Rechte indigener Völker usw. erreicht werden.
 - 436 • Eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, indem feministische
437 Entwicklungszusammenarbeit massiv ausgebaut wird, feministische Außenpolitik ein
438 fester Bestandteil deutscher Außenpolitik wird und faire Handelsbedingungen
439 geschaffen werden mit dem Ziel die wirtschaftliche Abhängigkeit von Kolonien zu
440 verringern.
 - 441 • Die Anerkennung der Verantwortlichkeit der Klimakrise von den profitierenden
442 gesellschaftlichen Gruppen des kapitalistischen Systems im globalen Norden wie
443 z.B. Superreiche sowie international handelnde Unternehmen. Wir fordern, die
444 ärmsten Länder in den Anpassungen an den Klimawandel zu unterstützen und eine
445 Reduktion der Treibhausgasemissionen bei den gesellschaftlichen Gruppen der
446 Weltgemeinschaft im globalen Norden zu erzielen. Umverteilungspolitik betreiben
447 wir Jusos nicht nur in Vermögensfragen, sondern eben auch in Verantwortung!
 - 448 • Die Anerkennung der Geschichte des Kolonialismus und seine Folgen im heutigen
449 kapitalistischen System. Dies umfasst eine Aufarbeitung der kolonialen
450 Vergangenheit und eine öffentliche Bewusstseinsbildung über koloniale
451 Ungerechtigkeiten und kapitalistische patriarchale Strukturen der Ausbeutung.

Antrag F02: We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere! Zur Situation queerer Rechte weltweit

Sachgebiet:

F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Wir befinden uns in der Mitte eines Kulturkampfes!
2 Was zunächst polemisch klingen mag, ist die bittere Realität, wenn man sich die
3 Zustände vor Augen führt, welche inzwischen allgegenwärtig sind. Befeuert von
4 Rechtsextremen und radikalen Konservativen erleben wir einen globalen Rollback was
5 Rechte für Queers angeht. In 67 Ländern auf der Welt werden Lesben und Schwule
6 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung kriminalisiert und in 12 davon sogar teilweise
7 zur Todesstrafe verurteilt. Die strafrechtliche Verfolgung betrifft in den meisten
8 Fällen auch transidente sowie andere nicht cis-geschlechtliche Personen. In
9 Deutschland stieg die Anzahl der Straftaten gegen queere Personen zuletzt dramatisch
10 an, in den USA werden Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität immer häufiger
11 durch Gesetze diskriminiert und Teile Europas befinden sich queerpolitisch auf dem
12 Weg zurück ins 20. Jahrhundert. Vorgeschobene Gründe hierfür sind häufig der Schutz
13 der "traditionellen Familie" oder von Kindern. Hierbei geht es nur um
14 menschenfeindliche Stimmungsmache, welche darauf abzielt in einer immer stärker
15 polarisierten Welt Wähler*innenstimmen zu ergattern.
16 Die progressiven Kräfte in der Gesellschaft haben sich zu lange auf den Fortschritten
17 der letzten Jahrzehnte ausgeruht. Der Kampf ist nicht vorbei und es ist an der Zeit,
18 dass wir ihn wieder aufnehmen.

19 Deutsche Zustände

20 Oft tendieren wir dazu, eklatante Queerfeindlichkeit als etwas darzustellen, was die
21 "westliche Welt" im Grunde genommen nicht mehr betrifft. Der Blick wird in die Ferne
22 gerichtet und Gewalt sowie Ausgrenzung von Queers in Ländern wie Russland verurteilt.
23 Selbstredend ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft eine klare Haltung gegen
24 Queerfeindlichkeit in aller Welt haben, aber das schließt eben auch Deutschland mit
25 ein.
26 Seit Jahren steigt die Zahl der Straftaten gegen Menschen wegen ihrer sexuellen
27 Orientierung, oder Geschlechtsidentität. Die Menschenrechtsbeauftragte der
28 Bundesregierung, Luise Amtsberg, spricht von mehr als 1400 Taten im Jahr 2022, die in
29 den Bereich der Hasskriminalität fallen. Dabei ist selbstverständlich nur von
30 registrierten Taten die Rede. Dies legt nahe, dass die Dunkelziffer wesentlich höher
31 ist. Von diesen registrierten Straftaten fallen laut Bundesregierung etwas mehr als
32 1000 in das Feld "sexuelle Orientierung" und 417 in den Bereich "Geschlechtsbezogene
33 Diversität". Das sind in beiden Fällen mehr Zwischenfälle als im Vorjahr. Besonders
34 erschreckend ist hier aber die Zahl der Gewaltdelikte. Hier sind es im Bereich
35 "sexuelle Orientierung" 227 registrierte Gewalttaten und für den Bereich der
36 "Geschlechtsbezogenen Diversität" 82. Statistisch gesehen werden demnach ungefähr
37 vier queere Personen pro Tag Opfer einer Straftat. Dies ist ein nicht hinzunehmender

38 Zustand!

39 Angeheizt wird dieses Klima sicherlich auch von Parteien wie CDU, CSU und AfD, welche
40 sich längst auf dem Weg eines rechten Kulturkampfes nach Vorbild der USA befinden. So
41 hat die CSU beispielsweise keine Probleme damit, sich mit dem queerfeindlichen
42 Gouverneur des US-Bundesstaates Florida, Ron DeSantis, zu treffen und sich darüber
43 hinaus noch für den eigenen Wahlkampf inspirieren zu lassen. So nahm die CSU eine
44 "Drag Story Hour", also ein Event bei dem Drag Kings und Queens Kindern vorlesen, ins
45 Visier. Die Vorwürfe: Indoktrinierung und Frühsexualisierung von Kleinkindern. Die
46 AfD möchte aus diesen Gründen Events dieser Art verbieten lassen und der
47 stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler)
48 fantasiert davon, das Jugendamt einzuschalten, wenn Eltern mit ihren Kindern diese
49 Art von Veranstaltung besuchen. Es kann zweifelsohne davon ausgegangen werden, dass
50 die Art von Stimmungsmache weiterhin dazu beiträgt, ein gesellschaftliches Klima
51 gegen sexuelle, sowie geschlechtliche Selbstbestimmung weiter anzuheizen.

52 Als Jungsozialist*innen können wir nicht länger dabei zusehen, wie sich Teile unserer
53 Gesellschaft immer weiter radikalisieren und Gewalt, sowie Hass schüren.

54 Deshalb fordern wir:

- 55 • mehr Kooperation zwischen Jusos und queeren Organisationen
- 56 • queere Themen bei den Jusos wieder stärker zu bespielen
- 57 • queere Inhalte verpflichtend in Sexualerziehung und
58 Gesellschaftswissenschaftliche Fächer in der Schule aufzunehmen, um Akzeptanz zu
59 fördern
- 60 • einen Aktionsplan der Bundesregierung wie mit der steigenden Queerfeindlichkeit
61 zukünftig umgegangen wird
- 62 • dass Drag Performances weiterhin uneingeschränkt durch die Kunstfreiheit
63 geschützt sind
- 64 • die sexuelle und geschlechtliche Identität durch einen Zusatz zu Artikel 3 im
65 Grundgesetz zu schützen

66 **Europa auf dem Weg zurück ins Mittelalter**

67 Diskriminierende und prekärer werdende Zustände sind auf europäischer Ebene nicht nur
68 ein deutscher Zustand. In den vergangenen Jahren verschärfte sich in diversen EU-
69 Ländern die Situation für queere Menschen.

70 Ein Beispiel hierfür ist die postfaschistische Regierung der italienischen
71 Ministerpräsidentin Georgia Meloni. So fiel beispielsweise die Familienministerin
72 Eugenia Roccella im Frühjahr auf, weil sie Adoptions- und Elternrecht von
73 homosexuellen Paaren in Frage stellte. Darüber hinaus bezeichnete Federico Mollicone,
74 Präsident der Kulturkommission im italienischen Parlament, Leihmutterschaft als ein
75 "schweres Verbrechen", welches mit Pädophilie zu vergleichen sei. Die Folge daraus
76 ist, dass im italienischen Parlament nun auch die EU-Verordnung zur
77 grenzüberschreitenden Anerkennung von Elternschaft abgelehnt wurde. Damit stellt sich

78 Italien in eine Linie mit Staaten wie Polen und Ungarn.

79 In Polen herrscht ein Klima der Diskriminierung von queeren Menschen. So wurden im
80 Jahr 2019 beispielsweise "LGBTQ+-Ideologie-freie" Zonen im ganzen Land errichtet,
81 deren Ziel es war, den vermeintlichen moralischen Verfall zu stoppen. Auf
82 internationalen Druck, der sich zum Beispiel in der Streichung wichtiger EU-Gelder
83 äußerte, wurden diese Zonen wieder aufgehoben. Das heißt jedoch nicht, dass queere
84 Menschen in Polen nun aufatmen können. Die PiS-Regierung, sowie die katholische
85 Kirche in Polen greifen nach wie vor Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität,
86 oder Homosexualität an. Der polnische Präsident Andrzej Duda sagte zum Beispiel vor
87 ein paar Jahren noch, dass LGBT keine Menschen seien, sondern eine Ideologie. Im Jahr
88 2022 wurde in diesem Sinne ein Gesetz verabschiedet, welches die Möglichkeiten über
89 LGBTQ+ Themen in der Schule zu sprechen stark einschränkt.

90 Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Ungarn. Hier wurde zuletzt ein Gesetz
91 verabschiedet, welches es möglich macht, gleichgeschlechtliche Paare mit Kind zu
92 denunzieren. Seit 2019 ist in der Verfassung Ungarns festgehalten, dass eine Ehe nur
93 zwischen Mann und Frau möglich ist und dementsprechend nur "Vater" und "Mutter"
94 Eltern sein können. Das neue Gesetz ermöglicht es, vermeintliche Abweichungen des
95 konservativen Familienbildes zu melden. Menschenrechtsorganisationen sind alarmiert.
96 Manche befürchten, dass Kinder ihren gleichgeschlechtlichen Eltern entrissen werden
97 könnten.

98 Was diese Vorfälle gemeinsam haben, ist die Diskriminierung von LGBTQ+-Personen, der
99 der Schutz der „traditionellen“, „heterosexuellen“ Familie vorgeschoben wird. Wir
100 stellen uns entschieden dagegen!

101 Deshalb fordern wir:

- 102 • eine EU-Strategie die Akzeptanz queeren Lebens zu steigern
- 103 • finanzielle Sanktionierung von EU-Staaten welche aktiv die Rechte von queeren
104 Personen einschränken
- 105 • dass die EU weiterhin auf der Verordnung zur Einführung eines EU-
106 Elternschaftszertifikates beharrt und Staaten sanktioniert die sich diesem
107 entziehen wollen
- 108 • einen angemessenen Umgang seitens der Bundesregierung mit Rechtspopulist*innen

109 **Don't say Gay: Radikalisierter Konservatismus in den USA**

110 Dass sich die USA menschenrechtlich in vielen republikanischen Staaten auf dem
111 absteigenden Ast bewegen, ist keine Neuigkeit. Beliebte Zielscheibe der Republikaner
112 sind zurzeit besonders queere Menschen, allen voran transidente Personen. Vorreiter
113 dieser Entwicklung ist der Gouverneur Ron DeSantis, der gerade nicht nur Florida
114 regiert, sondern auch als aussichtsreicher republikanischer Präsidentschaftskandidat
115 gilt. Im März 2022 trat in Florida ein Gesetz in Kraft welches von seinen
116 Kritiker*innen als "Don't Say Gay"-Bill bezeichnet wird. In dem Gesetz ist
117 festgehalten, dass in Grundschulen nicht mehr über sexuelle Orientierung und
118 Geschlechtsidentität gesprochen werden darf, wenn es nicht "alters- und

entwicklungsgerecht" ist. Das bedeutet, dass diese Themen nicht mehr in den Lehrplänen vorkommen dürfen. Wieder sprechen die Konservativen davon, Kinder vor "Indoktrination" schützen zu wollen. Diese fadenscheinige Legitimation für queerfeindliches agieren zieht sich auch durch andere republikanische Vorhaben. Schon im Juni 2021 setzte DeSantis ein Gesetz durch, das trans Mädchen verbietet, im Schulsport für Mädchen teilzunehmen. Ähnliche Gesetze gibt es in Alabama, Arkansas, Tennessee, Mississippi, oder Missouri. Ebenfalls unter dem Deckmantel des Kindeswohls versteckt ist der "Drag Ban", welcher, in verschiedenen Formen, bereits in 14 republikanisch regierten Bundesstaaten in Kraft, oder geplant ist. Dieser sieht vor, dass Auftritte, welche nicht "kindgerecht" sind, nicht öffentlich stattfinden dürfen. In dieser Definition dürfen sowohl Drag Queens, als auch Kings nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten, da ihre Art der Kunst als nicht kindgerecht gebrandmarkt wird. Menschenrechtsaktivist*innen sowie Drag-Künstler*innen befürchten, dass das Gesetz missbraucht wird, um öffentlichen queeren Aktivismus zu silencen, weil nicht definiert ist, was nun als weibliche oder männliche Imitation gilt.

Der aktuellste Fall von Rechtseinschränkungen für queere Menschen in den USA ist ein Supreme Court Urteil welches Geschäftsinhaber*innen erlaubt Kund*innen nicht zu bedienen, wenn ihre Sexualität nicht mit der eigenen religiösen Überzeugung einhergeht. Kritiker*innen dieses neuen Urteils befürchten, dass dies ein weiterer Schritt auf dem Weg des Supreme Courts sein könnte, demnächst die Gleichgeschlechtliche Ehe wieder abzuschaffen.

Als Jusos verurteilen wir diese Entwicklungen aufs Schärfste!

Deswegen fordern wir:

- den Schutz queeren Lebens in allen Bundesstaaten der USA
- Solidarität mit den Betroffenen
- Unterstützung von queeren Organisationen vor Ort, die sich für sexuelle Selbstbestimmung einsetzen

Die Situation Queerer Menschen in Uganda

In Uganda wurde im Mai dieses Jahres ein strenges Anti-LGBTQIA+-Gesetz verabschiedet, das insbesondere die Rechte von Homosexuellen stark einschränkt.

Nach Bestimmungen aus der britischen Kolonialzeit konnten „homosexuelle Handlungen“ bisher bereits mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden.

Das neue Gesetz sieht die Todesstrafe für „schwere Homosexualität“ vor; also für Geschlechtsverkehr mit Behinderten, Minderjährigen oder über 75-jährigen sowie für Missbrauch. Hier ist zu problematisieren, dass einvernehmlicher Geschlechtsverkehr mit den genannten Gruppen unter denselben Straftatbestand wie Missbrauch fällt. Mehrere Verurteilungen aufgrund homosexueller Handlungen führen ebenfalls zur Todesstrafe.

Schon „versuchte“ homosexuelle Handlungen können zehn Jahre Haft zur Folge haben, in Fällen schwerer Homosexualität drohen 14 Jahre. Bestrafte erhalten ein Verbot der

Arbeit mit Minderjährigen. Minderjährige selbst erwartet bei Homosexualität bis zu drei Jahre Haft. Wer schwere homosexuelle Handlungen nicht behördlich meldet, wird ebenfalls bestraft. Gerichte können homosexuelle verurteilte Personen zu einer „Rehabilitierung“ bei Sozialdiensten verpflichten; ähnlich einer Konversionstherapie. Darüber hinaus darf Homosexualität nicht „beworben“ werden – ansonsten drohen zehn Jahre Haft oder ein zehnjähriges Verbot der betreffenden Organisation. Queerer Aktivismus, Aids-Prävention und sonstige Unterstützungsmöglichkeiten sind de facto nicht mehr möglich. Gleichmaßen wird bestraft, wenn eine Räumlichkeit für sogenannte homosexuelle Handlungen vermietet oder an einer gleichgeschlechtlichen Hochzeit teilgenommen wird.

Wir schließen uns den Forderungen der Queeren NGO „Let’s Walk Uganda“ an; zusammengefasst in einem offenen Brief, der sich an die Bundesregierung richtet:

- Schnell und unbürokratisch humanitäre Visa für LGBTQIA+, Menschenrechtsverteidiger*innen und Personen unter großem Risiko ermöglichen!
- Finanzielle und politische Unterstützung von LGBTQIA+-Organisationen in Uganda beim Erhalt sicherer Räume!
- Fluchtkorridore in nahegelegene sichere Staaten schaffen!
- Sanktionen gegenüber der ugandischen Regierung und ggf. Beendigung staatlicher Zusammenarbeit!

Queere Menschen kämpfen seit jeher um ihren Platz in der Gesellschaft, öffentliche Akzeptanz, Sicherheit und Freiheit. Fortschritt heißt nicht, den Kampf aufzugeben. Wir setzen uns weiterhin für eine kollektive Befreiung queeren Lebens auf der ganzen Welt ein. Diesen Kampf gestalten wir zusammen als Jusos!

Quellen

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-menschenrechte-lgbtq-948550>

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lgbtq-queer-gewalt-deutschland-straftaten-100.html>

https://www.queer.de/detail.php?article_id=45126

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-drag-lesung-stadtbibliothek-csu-1.5849185>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-homosexuelle-eltern-meloni-diskriminierung-1.5773037>

https://www.queer.de/detail.php?article_id=41355

<https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/322622/kommentar-der-homophobe-tsunami-in-polen/>

<https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lgbtiq/polen-verabschiedet-lgbt-propaganda-verbot/>

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarische-regierung-verteidigt-neues->

198 [lgbtq-feindliches-gesetz-18836995.html](https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983)

199 [https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-](https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983)

200 [gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983](https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983)

201 <https://time.com/6260421/tennessee-limiting-drag-shows-status-of-anti-drag-bills-u-s/>

202 [https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-](https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-colorado/index.html)

203 [colorado/index.html](https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-colorado/index.html)

204 https://www.queer.de/detail.php?article_id=45751

205 [https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-](https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda)

206 [situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda](https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda)

Antrag G01: Gute Besserung an das Gesundheitssystem! - für eine solidarische und faire “Revolution” im Gesundheitswesen

Sachgebiet:

G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 Die halbherzige “Gesundheitsrevolution” der Bundesregierung

2 Seit 2004 rechnen die Kliniken auf Basis sogenannter diagnosebezogener Fallpauschalen
3 ab. Basierend auf der Diagnose, dem Schweregrad der Erkrankung sowie der erbrachten
4 Leistungen (Operationen und Prozeduren) werden Patient*innen in Fälle eingeteilt.
5 Manche Behandlungen bringen den Kliniken mehr Geld ein als andere. Das wirkt sich
6 negativ auf die Behandlungsqualität aus. Es kommt vermehrt zur gefährlichen
7 Übertherapie sowie Unterversorgung von Patienten*innen. Außerdem hat der Kostendruck
8 zu einer dramatischen Unterbesetzung in der stationären Krankenpflege beigetragen.
9 Weil Klinikmanager*innen an die Pauschalen gebunden sind und sie, wenn möglich, nicht
10 überschreiten wollen, sparen sie häufig bei der Belegschaft, dem größten Posten in
11 der Kalkulation. Das Fallpauschalen-System bestraft also eine gute Personalbesetzung
12 mit Verlusten und belohnt eine Unterbesetzung mit Gewinnen.

13 Inzwischen gibt es nahezu einen Konsens, dass eine grundlegende Reform des Systems
14 nötig ist. Kürzlich haben sich Bund und Länder auf Eckpunkte der geplanten
15 Krankenhausreform geeinigt. Im Kern geht es darum das Vergütungssystem zu verändern.
16 Statt den bisher üblichen Fallpauschalen sollen die Kliniken künftig einen großen
17 Anteil der Vergütung für das Vorhalten von Personal, Technik, Notaufnahmen und
18 anderen Leistungsangeboten bekommen. Grundlage der Finanzierung durch die
19 Krankenkassen sollen genauer definierte Leistungsgruppen (Level) der Kliniken sein.
20 Diese Level sollen einheitliche Qualitätsvorgaben etwa bei der Ausstattung, bei
21 Personal und Behandlungserfahrungen absichern. Das bedeutet, dass eine Einordnung des
22 Kliniknetzes in Stufen erfolgen soll - von der wohnortnahen Grundversorgung über eine
23 zweite Stufe mit weiteren Angeboten bis zu Maximalversorgern wie
24 Universitätskliniken.

25 Aus der Profession Pflege kommt scharfe Kritik an den Plänen. Aspekte der
26 pflegerischen Versorgung sind bislang in der Krankenhausreform nicht berücksichtigt
27 worden. Die Pflege erscheint wie bereits im Fallpauschalen-System lediglich als
28 Kostenfaktor. Auch die Ausbildungskapazitäten drohen in zahlreichen Krankenhäusern
29 wegzubrechen, denn in den untersten Versorgungsleveln der Krankenhäuser gehört das
30 Angebot von Pflegeausbildungsplätzen, laut Plan, nicht dazu. Das ist fatal, da es
31 aufgrund des allseits bekannten Pflegenotstands dringend nötig wäre, so viele
32 Ausbildungsplätze wie möglich zu schaffen. Außerdem wäre die Krankenhausreform eine
33 gute Gelegenheit gewesen, die Ausbildung von Pflegenden zu verbessern, damit
34 Abbruchquoten von 30% endlich der Vergangenheit angehören.

35 Pflegeausbildung und Pflegestudium - effektives Lernen und Lehren ermöglichen

36 Das Pflegeberufegesetz (PflBG)[\[1\]](#), das überwiegend zum 1. Januar 2020 in Kraft trat,
37 sorgte für die Zusammenfassung der ehemals drei Ausbildungswege der Altenpflege, der

Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einem einheitlichen Ausbildungsberuf. Dieses Modell der sog. **Generalistischen Pflegeausbildung** soll den Pflegeprozess in den verschiedenen Bereichen in den Mittelpunkt stellen und den Berufseinsteiger*innen umfangreiche Einblicke in die verschiedenen Pflegebereiche bieten. Zudem sollen Kompetenzen zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen und in allen Versorgungsbereichen, also in Krankenhäusern, stationären Pflegeeinrichtungen und in der ambulanten Pflege, vermittelt werden. Azubis dürfen nunmehr als Pflegefachpersonen über den Pflegeprozess entscheiden und diese Aufgabe nicht delegieren.[\[2\]](#) In diesem Zuge musste die Ausbildung komplett neu organisiert werden.

Azubis oder Studierende in der Pflege sind schon früh intensiv in den Arbeitsalltag auf den Stationen eingebunden, denen sie zugewiesen sind. Das PflBG sieht mehr Anleitung vor als vor der Reform: Auszubildende müssen in jedem Einsatz mindestens 10 Prozent ihrer Einsatzzeit von Praxisanleiter*innen begleitet werden.[\[3\]](#) Wenn Betriebe diese Vorgabe nicht erfüllen, dürfen sie grundsätzlich nicht mehr ausbilden.[\[4\]](#) Während dies grundsätzlich frühe Praxisnähe und Arbeit mit den Patient*innen sicherstellt, kommt intensives Lernen oftmals zu kurz. Die Praxisanleiter*innen haben oft nur sporadisch freie Kapazitäten, um Dinge in Ruhe zu erklären. Sie befinden sich im Spagat zwischen ihrer Station und der Anleitung der Azubis.[\[5\]](#) Die Folge ist, dass die Pflegeanwärter*innen schon sehr früh im Studiums- und Ausbildungsverlauf auf sich allein gestellt sind und schnell eine große Verantwortung tragen. Das trägt dazu bei, dass sich viele junge Menschen beim Berufseinstieg unsicher fühlen und Angst haben, etwas falsch zu machen.

Eine zukunftsfähige und attraktive Ausbildung bzw. ein Studium in der Pflege muss es jungen Menschen ermöglichen, ohne immensen Leistungsdruck das Handwerkszeug (sowohl medizinisch-fachlich als auch im sozialen Umgang mit den Betreuten und ihren Angehörigen) erlernen und erproben zu können. Wir Jusos fordern neben der Freistellung von Praxisanleiter*innen aus ihrem regulären Dienst für die Zeit der Anleitungen einen vollen Lohnausgleich. Die Weiterbildung zur Praxisanleitung kommt momentan noch nicht mit einer automatisch höheren Vergütung einher. Das muss sich dringend ändern, um Praxisanleiter*innen und damit auch Azubis und Studierende in der Pflege zu entlasten.

Voraussetzung für ein effektives Lernen ist ferner eine angemessene Gruppengröße für Praxisanleitungen. Werden mehr als drei Azubis oder Studierende gleichzeitig instruiert, besteht die Gefahr, dass kein Raum mehr für Fragen oder praktische Übungen bleibt, der grundsätzlich allen Azubis und Studierenden zukommen soll.

Im Medizinstudium gibt es an vielen Universitäten bzw. Unikliniken das Modell des „Skills Labs“. [\[6\]](#) Diese Einrichtungen sind gerade zu dem Zweck geschaffen worden, ein stressfreies und damit attraktives Lernumfeld zu schaffen, um sich praktische Fähigkeiten anzueignen. Ein solches Modell sollte es auch in der Pflege geben. Gegebenenfalls könnte man Medizinstudierende und Azubis/Studierende in der Pflege in interprofessionellen Teams gemeinsam unterrichten und so einen Austausch von

Erfahrungen, Wissen und Expertise ermöglichen. Davon könnten alle Beteiligten profitieren. Einen ähnlichen Austausch könnte es zwischen Fortgeschrittenen und Neueinsteiger*innen im Pflegestudium bzw. der Pflegeausbildung geben. So können Azubis und Studierende im 3. Ausbildungsjahr als Mentor*innen fungieren und mit Neueinsteiger*innen ihre Erfahrungen und ihr Wissen teilen. Die generalistische Pflegeausbildung bietet dafür eine ideale Plattform, da hier zum Beispiel die Bereiche Alten- und Krankenpflege mehr als je zuvor miteinander verknüpft sind. Die Rahmenbedingungen für die Pflegeausbildung und das Pflegestudium sind bundesweit einheitlich, sie müssen jedoch auch vom Bund kontrolliert werden. Wenn Kliniken die Standards nicht erfüllen, muss es dringend Instrumente geben, mit denen Druck auf die Arbeitgeber*innen ausgeübt werden kann, damit diese den Ausbildungserfolg der Azubis und Studierenden unter angemessenen Arbeitsbedingungen gewährleisten. Ausbildungsstationen, besonders die in Kliniken, bekommen hohe Vergütungen dafür, dass sie Pfleger*innen ausbilden.^[7] Bei Nichteinhaltung der Standards sollten Gelder gekürzt oder nicht ausgezahlt werden. So können sich Arbeitgeber*innen ihrer immensen Verantwortung für die Zukunft der Pflege in Deutschland nicht mehr entziehen.

Pflegefachmann/Pflegefachfrau - warum eigentlich?

Mit der Generalisierung der Pflegeausbildung wurde aus der Altenpfleger*in bzw. der Gesundheits- und Krankenpfleger*in nun auch ein neuer einheitlicher Berufstitel geschaffen. Doch warum müssen sich Azubis zwischen den Titeln *Pflegefachfrau* bzw. *Pflegefachmann* entscheiden und können am Ende der Berufsausbildung nicht die Bezeichnung *Pflegefachperson* führen?

Eine Überarbeitung bzw. Erweiterung der offiziellen Berufstitel um eine nicht-binäre Variante ist überfällig und eine entsprechende Anpassung des § 1 Pflegeberufegesetz sollte in unseren Augen selbstverständlich sein.

Verbesserung externer Pflichteinsätze innerhalb der Ausbildung

Ein zentraler Teil der neuen generalisierten Pflegeausbildung besteht darin, dass Auszubildende neben den Pflichteinsätzen in ihren Ausbildungsbetrieben auch in anderen Versorgungsbereichen eingesetzt werden. Dies geschieht zurzeit im Rahmen sogenannter externer Pflichteinsätze. Dabei ist es beinahe Alltag, dass externe Einrichtungen sowohl gegen Arbeitszeitregelungen, und Überstundenvergütungen als auch Mindest-Praxisanleitungszeiten verstoßen, da sie sich nicht in direkter Verantwortung für die übernommenen Auszubildenden sehen. Immer öfter berichten Azubis, dass sie in der Zeit der externen Pflichteinsätze wenig bis gar keinen Wissenszuwachs beobachten konnten und sich vielmehr als billige, unregulierte Arbeitskräfte fühlten.

Demzufolge fordern wir, externe Einsätze endlich strenger zu regulieren und zu überwachen, sodass zukünftig konkrete wirtschaftliche Sanktionen gegen solche Einrichtungen verhängt werden können, welche es versäumen, ihren externen Auszubildenden mindestens 10% ihrer gesamten externen Einsatzdauer als Praxisanleitungszeit mit einem oder einer fachlich weitergebildeten Praxisanleiter*in zur Verfügung zu stellen. Ein gleicher Sanktionsmechanismus soll auch dann greifen,

121 wenn Arbeitszeitregelungen nicht eingehalten oder der Ausbildungsfortschritt durch
122 Unterschreitung von Mindestbesetzungen gefährdet werden. Zur Umsetzung regen wir die
123 Einrichtung einer ausreichend ausgestatteten, autonomen Kontrollinstanz an.
124 Darüber hinaus fordern wir eine Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in
125 externen Einsätzen und eine Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler
126 Auszubildenden. Die Einsatzzeit sollte nicht mehr nur eine scheinbar willkürlich
127 festgesetzte Zahl sein, sondern anhand von überprüfbaren Ausbildungszielen festgelegt
128 werden.

129 **Echte Entlastungen schaffen, statt Belastungen zu erhöhen**

130 In der Pflegeausbildung herrscht eine massive Abbruchsquote. Gründe für
131 Ausbildungsabbrüche sind oftmals hohe Belastung, Überforderung, mangelnde
132 Wertschätzung, fehlende Anleitung oder auch mangelnde Zukunftsperspektiven. Bei
133 Überstundenkonten, die so hoch sind, dass sie schlichtweg nicht abbaubar sind und
134 Dienstplänen, welche teilweise 12 Tage Arbeit am Stück vorsehen, ist es nicht
135 verwunderlich, dass sich viele Pflegefachpersonen direkt nach dem Abschluss der
136 Ausbildung dazu entscheiden, ihre Stelle auf eine Teilzeitstelle zu reduzieren, um
137 den hohen Anforderungen ihres Berufes, bei gegenwärtig geringer Vergütung, gerecht zu
138 werden.

139 Wir können es uns gesamtgesellschaftlich schlichtweg nicht leisten, zukünftige
140 Generationen von Pflegekräften bereits in der Ausbildung zu verheizen, ohne ihnen
141 eine Zukunftsperspektive zu bieten. Deshalb müssen zwingend sowohl die Arbeits- und
142 Rahmenbedingungen innerhalb der Pflegeausbildung, aber auch die spätere
143 Berufsausübung verbessert werden. Hierzu bedarf es eines umfassenden
144 Entlastungskonzeptes. Wir Jusos fordern daher die Einrichtung einer Kommission aus
145 Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein Entlastungsgesetz in Anlehnung an den
146 bereits für Unikliniken in NRW verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu entwerfen.

147 Das Gesundheitssystem sieht sich aktuell vieler struktureller Mangelbedingungen
148 ausgesetzt, oftmals auf Kosten der Arbeitnehmer*innen. Mitarbeiter*innen fehlen immer
149 öfter, weil sie selbst aufgrund der immensen Belastung im Berufsalltag zu
150 Patient*innen werden. Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention dürfen nicht
151 länger leere Floskeln auf Krankenhaus-Websites sein, sondern müssen unumgänglich
152 gesetzlich für Mitarbeiter*innen des Gesundheitssystems verankert werden. Dabei
153 reichen Kurse für rückenschonendes Arbeiten längst nicht aus. Insbesondere braucht es
154 einen Fokus auf die psychischen Belastungssituationen im Berufsalltag, um sowohl
155 Burnout als auch Cool-Out effektiv zu begegnen.

156 **Internationalisierung**

157 Ein weiteres Motiv hinter dem Pflegeberufegesetz war die Angleichung des Pflegeberufs
158 an internationale Standards. Das ist in unseren Augen lobenswert, denn das Gesetz
159 trägt so dazu bei, dass Fachkräfte in Zukunft nach der Ausbildung flexibler ihren
160 Arbeitsort wählen können.

161 Ähnliches gilt für die Akademisierung der Pflege. Akademisierung der Pflege ist in

vielen europäischen Ländern Standard, aber Ausbildung hat in Deutschland immer noch einen hohen Stellenwert. Dementsprechend ist es wichtig die Pflegeausbildung auf ein höheres wissenschaftliches Niveau zu heben, ohne dabei einen akademischen Weg zur einzigen Option zu machen. Deshalb fordern wir neben dem Pflegestudium eine ebenbürtige Pflegeausbildung.

Im Rahmen der universitären Ausbildung gibt es dabei aber auch einige Verbesserungsmöglichkeiten. Beispielsweise könnte der Wissensaustausch zwischen den Ländern verbessert werden. Studien sollten überwiegend auf Englisch veröffentlicht werden, damit die Ergebnisse für die Studierenden aller Universitäten einfach zugänglich sind. Außerdem sollte es an den Hochschulen Kurse geben, in denen das medizinische Grundvokabular in verschiedensten Fremdsprachen gelehrt wird, damit Studierende Auslandsaufenthalte in ausländischen Kliniken absolvieren können. Im Rahmen von Auslandsaufenthalten könnten Studierende Einblicke in andere Gesundheitssysteme gewinnen und die gesammelten Erkenntnisse zurück in ihre Universitäten und Kliniken tragen.

Daher fordern wir:

- Das PflBG hat den Umfang von Praxisanleitungen erhöht. Für ein effektives Lernen müssen Praxisanleiter*innen aber von ihrem regulären Dienst freigestellt und angemessen vergütet werden.
- Zu große Lerngruppen gefährden den Lernfortschritt. Es bedarf daher einer Reduktion der Gruppen in den Praxisanleitungen auf drei oder vier Azubis bzw. Studierende.
- Die Einrichtung von sog. "Skills Labs", also stressfreien Lerneinrichtungen, in denen praktische Fertigkeiten in Ruhe ausprobiert werden können.
- Die Stärkung des interprofessionellen Austauschs zwischen Medizinstudierenden und Studierenden der Pflegewissenschaften.
- Eine Art Mentoring-Programm zwischen Fortgeschrittenen und Neueinsteigern in Studium und Ausbildung.
- Kontrolle der bundesweit einheitlichen Standards des PflBG durch einen (finanziellen) Sanktionsmechanismus bei Unterschreitung der gesetzlichen Anforderungen. Dazu braucht es eine unabhängige Kontrollinstanz, die die Ausbildungsbetriebe und die Einrichtungen der externen Pflichteinsätze auf die Einhaltung der gesetzlichen Ausbildungsbedingungen überprüft.
- Die Einführung des genderneutralen Berufstitels der *Pflegefachperson*.
- Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in externen Einsätzen und eine Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler Auszubildenden. Die Einsatzzeit sollte anhand von nachprüfbaren Ausbildungszielen festgesetzt werden.
- Einrichtung einer Kommission aus Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein Entlastungsgesetz in Anlehnung an den bereits für Unikliniken in NRW verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu entwerfen.

- 202 • Psychischen Belastungssituationen durch Entlastungsregelungen und Hilfsangebote
203 besser begegnen, um z.B. Burnout-Erkrankungen vorzubeugen.
- 204 • Kurse an Hochschulen, in denen das medizinische Grundvokabular in
205 verschiedensten Fremdsprachen gelehrt wird, damit Studierende
206 Auslandsaufenthalte in ausländischen Kliniken absolvieren können.
- 207 • Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen im Bereich der
208 Pflegewissenschaften auf Englisch.
- 209
- 210 [1] Gesetz über die Pflegeberufe vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2581).
- 211 [2] Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
212 Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 25.
- 213 [3] Vgl. § 6 Abs. 3 S. 3 PflBG.
- 214 [4] Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
215 Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 28.
- 216 [5] Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
217 Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 35.
- 218 [6] So zum Beispiel an der Medizinischen Hochschule Brandenburg,
219 <https://www.mhb-fontane.de/de/skills-lab>.
- 220 [7] Vgl. umfangreiche Finanzierungsregelungen in §§ 26 ff. PflBG. Insbesondere zu
221 nennen ist dabei das Ausbildungsbudget für Träger der praktischen Ausbildung und die
222 Pflegeschulen zur Finanzierung der Ausbildungskosten gem. § 29 I 1 PflBG.

Antrag G02: Wissenschaftsfeindliche Tradition beenden – Homöopathie den Kampf ansagen!

Sachgebiet:

G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 Die deutsche Gesundheitsversorgung soll eine der besten der Welt sein. Um dieses Ziel
2 zu erreichen, können wir unwissenschaftliche Traditionen und Theorien nicht weiter
3 fördern und legitimieren. Das Handeln und Behandeln soll wissenschaftlich fundiert
4 sein. Dazu fordern wir:

- 5 • Ein Ende der Zulassung von Homöopathika nach dem Arzneimittelgesetz inklusive
6 Aufhebung der Apothekenpflicht, um das Gleichsetzen von Arzneimitteln und
7 Homöopathika zu beenden
- 8 • Vermarktung von Homöopathika ausschließlich nach dem Lebensmittel- oder
9 Kosmetikrecht mit Zutatenverzeichnis
- 10 • Verbot der Heilpraktiker*innen nach österreichischem Vorbild, d.h. Verbot des
11 Ausführens der Heilkunde ohne ärztliche oder entsprechende therapeutische
12 Ausbildung; dies soll ausdrücklich nicht etwaige Erweiterungen von Befugnissen
13 der pflegerischen und therapeutischen Berufe ausschließen

14
15
16
17

18 Heilpraktiker*innen und Homöopathie-Industrie nutzen oft die Notlage und Ängste von
19 Patient*innen in einem vor dem Kollaps stehenden und durchrationalisieren
20 Gesundheitssystem schamlos aus. Sie versprechen “sanfte” und “alternative” Heilung
21 und eine “Betrachtung des ganzen Menschen”, ohne dies liefern zu können. Der deutsche
22 Staat unterstützt dieses zu verurteilende Geschäftsprinzip durch den Anschein der
23 Seriosität, der durch eine staatliche Überprüfung oder eine Zulassung nach dem
24 Arzneimittelgesetz und eine daraus resultierende Apothekenpflicht verliehen wird.

25 Die Wirkung von Homöopathie lässt sich wissenschaftlich nicht nachweisen. Trotzdem
26 gibt es für die Behandlungen Zuschüsse von den Krankenkassen in jährlicher
27 Millionenhöhe. Geld welches für jegliche andere medizinische Behandlung dringender
28 benötigt wird. Die Kostenübernahme von eigentlich Seriösen Versicherungen trägt zur
29 Legitimierung der Praktiken bei.

30 Die eine Heilpraktik gibt es nicht. Der Begriff umfasst eine Vielzahl
31 unterschiedlicher Verfahren, Praktiken und Theorien, wie zum Beispiel Chiropraktik,
32 Osteopathie, Bioenergetik oder auch Homöopathie. Alle gemeinsam haben sie, dass sie
33 entweder in Gänze oder zu großen Teilen frei von jeglicher wissenschaftlicher Evidenz
34 sind. Wer in Deutschland als Heilpraktiker*in arbeiten möchte, muss keine geregelte
35 Ausbildung absolviert haben. Man muss lediglich das 25. Lebensjahr vollendet haben
36 und eine mündlich-schriftliche Überprüfung durch die Gesundheitsämter bestehen. Diese
37 Überprüfung hat allerdings nicht das Ziel, tatsächliche Kenntnisse der Heilkunde und

Krankheitslehre zu überprüfen, sondern dient primär der Gefahrenabwehr. Die gesamte Überprüfung dauert etwa zwei Stunden. Dennoch übersteigen ihre Befugnisse die der pflegerischen und vieler therapeutischer Berufe, obwohl sie eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung durchlaufen haben.

Die Homöopathie genießt in Deutschland eine Sonderrolle. Sie ist gesellschaftlich in weiten Kreisen etabliert, obwohl auch sie keine Beweise für ihre Wirksamkeit vorbringen kann. Hier hat der Satz "Homöopathie wirkt nicht über den Placeboeffekt hinaus" erfreulicherweise große Popularität erreicht. Dennoch unterliegen sie in Deutschland dem Arzneimittelgesetz. Anders als andere Arzneimittel müssen Homöopathika für ihre Zulassung allerdings keinen Wirksamkeitsnachweis erbringen, sondern lediglich dem fachspezifischen Binnenkonsens entsprechen. Darüber hinaus enthalten aufgrund des Verfahrens der Potenzierung viele Homöopathika nicht einmal nachweisbare Mengen der namensgebenden Substanzen. Die Homöopathie kann also komplett selbst entscheiden, was ein Arzneimittel ist.

Laut dem Bund Deutscher Heilpraktiker e.V. beläuft sich der Jahresumsatz der Heilpraktiker*innen auf etwa eine Milliarde Euro, Homöopathika erzielen einen Jahresumsatz von etwa einer halben Milliarde Euro. Dies alles ist aber nicht nur teuer, sondern auch gefährlich. Zu oft sind in den letzten Jahren Fälle durch die Presse gegangen, bei denen Menschen vermeidbar durch die Behandlung Heilpraktiker*innen geschädigt wurden oder Patient*innen ohne adäquate Therapie starben. Diese staatlich gebilligte Abzocke von Versicherern und Patient*innen und ihre unnötige Gefährdung muss ein Ende finden.

Antrag G04: Progressive Sportpolitik: Wie Sportpolitik neu gedacht werden muss!

Sachgebiet:

G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 **Warum Sport wichtig ist:**

2 Wie alle Bereiche hat auch der Bereich Sport während der Corona-Pandemie der letzten
3 Jahre stark gelitten. Nicht nur, dass viele Sportvereine auf breiter Basis einen
4 Mitgliederschwund von mehreren Prozentpunkten zu verzeichnen hatten. Auch die
5 finanzielle Lage der Sportvereine wurde auf eine harte Probe gestellt. Unter den
6 staatlichen Restriktionen war es Sportvereinen nicht immer möglich, ihr bisheriges
7 Angebot normal fortsetzen zu können. Die Pandemie hat allen dabei viel abverlangt.

8 In 2023 gibt es jedoch einen Lichtblick: Mit Überwinden der Corona-Pandemie steigen
9 erfreulicherweise wieder die Mitgliederzahlen in den verschiedenen Sportbereichen und
10 die Sportvereine nehmen ihre Arbeit wieder auf.

11 Allerdings stellt die Corona-Pandemie nicht das einzige Problem dar, mit dem
12 Sportvereine in der nahen Vergangenheit konfrontiert waren. Die Finanzierung ist
13 meist nicht ausreichend, die Anzahl der Ehrenamtler*innen sinkt und insbesondere
14 Nischensportarten finden meist wenig Betrachtung sowohl im öffentlichen als auch im
15 politischen Diskurs.

16 Doch dabei ist die Funktion von Sport so wichtig, neben den offensichtlichen
17 positiven Auswirkungen auf die Gesundheit, die in allen Lebensbereichen, egal ob im
18 Kindes-, Erwachsenen oder Seniorenalter, einen Einfluss hat. Sport bringt die
19 Möglichkeit mit zu verbinden, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Hintergrund. Es
20 gibt die Chance, einen diskriminierungsfreien Raum zu schaffen, Menschen zu
21 sensibilisieren, Awareness zu schaffen und Akzeptanz in den Vordergrund zu stellen.
22 Allerdings möchten wir auch nicht verkennen, dass Vereine und ihre Strukturen gewisse
23 Hierarchien und Machtstrukturen mitbringen. Insbesondere diese sind kritisch zu
24 betrachten.

25 Daher braucht der Sportbereich neue progressive Ideen, um die positiven Möglichkeiten
26 zu nutzen und Verbundenheit und Gerechtigkeit zu schaffen.

27 **Was aktuelle schiefläuft und was wir verbessern wollen:**

28 *Mehr Geld für den Sport:*

29 Die Finanzierung von Sport ist mangelhaft. Viele Sporthallen sind sanierungs- &
30 renovierungsbedürftig. Allerdings gibt es bei den Sportstätten Unterschiede:
31 Einerseits die städtischen Sportstätten, beispielsweise Turnhallen, die von den
32 jeweiligen Kommunen finanziert werden. Andererseits die vereinseigenen Sportstätten,
33 die i.d.R. von den finanziellen Möglichkeiten der Sportvereine oder befristeten
34 Förderungsprogrammen abhängen.

35 Bezüglich der städtischen Sporteinrichtungen liegt hier ein ähnliches Problem vor,
36 wie bei den Schulen bzw. der generellen städtischen Infrastruktur. Ist eine Kommune

finanziell schlecht aufgestellt, zum Beispiel wenn sie sich in einer Haushaltssperre befindet, wie es beispielsweise in vielen Städten des Ruhrgebiets der Fall ist, haben die örtlichen Entscheidungsgremien kaum Möglichkeiten Mittel zur Verfügung zu stellen. Anhand dieses Beispiels wird erneut deutlich, wie wichtig eine Entschuldung der Kommunen durch den Bund ist.

Die vereinseigenen Sporteinrichtungen befinden sich in unterschiedlichen Zuständen. Grund dafür sind die unterschiedlichen finanziellen Gegebenheiten eines Sportvereins, die i.d.R. von Mitgliederzahl und damit den Mitgliedsbeiträgen abhängen. Das Thema Sponsoring beispielsweise durch Unternehmen spielt in den meisten Vereinen entweder keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Dies hat zur Folge, dass insbesondere finanziell schlechter aufgestellte Vereine auf Förderprogramme angewiesen sind. Ein Beispiel für ein Förderprogramm des Landes NRW aus dem Jahr 2019 ist das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ oder „Soforthilfe Sport 2023“. Bereits die Titel dieser Programme machen das Problem deutlich: die Befristung. Die Förderprogramme sind auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt, was insbesondere Investitionen, die Folgefinanzierungen brauchen, schwierig macht. Daher fordern wir: unbefristete Förderprogramme. Denn nur dadurch werden langfristige Planungen überhaupt möglich. Die Ausstattung der Sportvereine sollte nicht ständig von einem jährlichen Budgetwechsel abhängen. Mit langfristigen Finanzierungsprogrammen würde auch Nischensportarten die Möglichkeit gegeben, sich besser zu etablieren.

Neben den Förderungen der Sportvereine ist es aber ebenso wichtig, die individuellen finanziellen Gegebenheiten von Menschen im Auge zu behalten. Denn nicht alle können es sich leisten die Beiträge eines Sportvereins zu bezahlen. Dies macht insbesondere den Einstieg schwierig und führt dazu dass einige Sportarten größtenteils von Menschen mit entsprechenden finanziellen Möglichkeiten und somit entsprechenden Privilegien ausgeführt werden. Sport darf dabei nicht zum Luxus werden! Daher fordern wir als Sofortmaßnahme: Das erste Jahr im Sportverein muss beitragsfrei sein. Damit dies aber nicht auf Kosten der Vereine geht, müssen die Beitragssätze vom Staat finanziert werden. Es bestehen bereits einzelne Unterstützungsprogramme, allerdings müssen diese vereinfacht und stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten, sodass mehr Menschen sie nutzen können. Denn für uns ist klar: Sport darf keine Frage vom Geldbeutel sein!

Ehrenamt stärken:

Unabhängig von den finanziellen Gegebenheiten leben die Sportvereine vor allem von Menschen, die sich in diesen engagieren. Viele Menschen sind in ihrem täglichen Leben vor allem in Sportvereinen organisiert und engagieren sich dort ehrenamtlich. Diese ehrenamtliche Aufgabe ist mit großem Fleiß und zeitlichem Aufwand verbunden, weshalb insbesondere diese Beachtung erfahren müssen. Die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen muss mehr Wertschätzung erfahren.

Allerdings gehört auch zur Wahrheit dazu, dass viele, insbesondere kleine Sportvereine Personalprobleme haben. Insbesondere im Jugendbereich fehlt es oft an Nachwuchs, was teilweise auch Ergebnis der demografischen Entwicklung ist. Durch

79 fehlende Übungsleitende muss die Taktung von Trainings verringert werden oder gewisse
80 Angebote fallen komplett weg. Dieser Entwicklung müssen wir uns entgegenstellen und
81 das Ehrenamt attraktiver gestalten.

82 Auch um Ehrenamtler*innen besser miteinzubeziehen, ist eine aktive Zusammenarbeit mit
83 dem Landessportbund (LSB) und insbesondere der Sportjugend NRW wichtig. Trotz der
84 Tatsache das der LSB überparteilich organisiert ist, ist es wichtig, die Bedürfnisse
85 von Sportler*innen und Ehrenamtler*innen zu betrachten und in aktiven Austausch zu
86 treten.

87 **Grundwerte im Sport stärken:**

88 *Akzeptanz stärken*

89 Sport und auch das Vereinsleben bietet die Möglichkeit Akzeptanz in jeglichen
90 Lebensabschnitten zu stärken. Insbesondere im Kinder- & Jugendbereich sollte hier ein
91 besonderer Fokus liegen. Bei gemeinsamer sportlicher Aktivität spielen äußere
92 Merkmale meist keine Rolle. Diese Gegebenheiten gilt es zu nutzen. Sowohl während des
93 Sportes selbst als auch im allgemeinen Vereinsleben müssen Diskriminierungsformen wie
94 Sexismus, Rassismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit, Klassismus etc. thematisiert und
95 ihnen entgegengewirkt werden. Hier ist es besonders wichtig
96 Diskriminierungssensibilität zu fördern.

97 Dazu müssen deutschlandweit einheitliche Regelungen für Vereine geschaffen werden, um
98 die Partizipation von INTA Personen zu gewährleisten

99 Dies gilt auch insbesondere für die Vereinsstrukturen. Hier muss es das Ziel sein
100 Diversität zu fördern und insbesondere marginalisierte Gruppen vermehrt zu
101 unterstützen. Um dies zu ändern ist es ebenso wichtig sportliche Angebote, als auch
102 Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche sowie alle Mitglieder des Sportvereins zu
103 schaffen. Insbesondere sportspezifische Seminare beispielsweise zu Inklusion oder
104 Antirassismus im Sport muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

105 **Feminismus im Sport:**

106 Zwar gewinnt der Frauensport in letzter Zeit immer mehr an Aufmerksamkeit und an
107 Prestige, die Debatte um Geschlechtergleichstellung im Sport ist aber längst nicht
108 abgeschlossen.

109 Besonders in Sportarten wie im Fußball merkt man immer wieder, wie Mädchen- und
110 Frauenmannschaften anders behandelt werden als Jungs- und Männermannschaften.
111 So werden in vielen Vereinen die Frauenmannschaften hinter die der Männer gestellt,
112 müssen zu undankbaren Zeiten trainieren, bekommen weniger Platz zum trainieren oder
113 sterben aus, da sich nicht mehr genug Spieler*innen finden. Diese Umgangsweise
114 festigt veraltete Strukturen, die bestimmte Sportarten nur für ein Geschlecht
115 vorsehen. Keine Sportart ist für ein bestimmtes Geschlecht gemacht. Daher ist es
116 wichtig, dass vor allem Geschlechter, die in Sportvereinen unterrepräsentiert sind,
117 die nötige Förderung erhalten und Geschlechtergleichstellung auch im Sport gelebt
118 wird. Das sieht vor, dass stereotypische Denkweisen abgelegt werden und keine
119 geschlechtliche Bevorzugung bei der Ausübung des Sportes stattfindet.

Awareness schaffen

Ergänzend zur allgemeinen Sensibilisierung gegen jegliche Diskriminierungsformen ist es besonders wichtig Awareness zu schaffen. Denn auch Vereine sind meist hierarchisch organisiert und somit nicht frei von möglichem übergriffigem und diskriminierendem Verhalten. Vereine inklusive ihrer sportlichen Angebote müssen es zum Ziel haben safer spaces zu werden und allen Menschen Teilhabe an ihren Angeboten zu gewährleisten.

Neben diesen grundsätzlichen Aspekten zur Förderung von Awareness, müssen einige Bereiche gesondert betrachtet werden. Auch während der jeweiligen Sportangebote besteht ein Machtverhältnis zwischen Teilnehmenden und Trainer*in. Daher müssen insbesondere die Trainer*innen ihrer Verantwortung gerecht werden und mögliches übergriffiges Verhalten von anderen Trainer*innen gegenüber Teilnehmenden melden. Aus dem Grund ist es richtig, dass das Landeskinderschutz NRW vorsieht, dass Vereine, die Angebote für Kinder und Jugendliche vorhalten, ein entsprechendes Schutzkonzept erstellen müssen. Damit eine möglichst große Sicherheit für die Kinder und Jugendlichen hergestellt werden kann, braucht es größere Förderungen für Weiterbildungsmaßnahmen und Sensibilisierungs- und Präventionsangeboten. Um diese Sensibilisierung zu erhöhen und auch Teilnehmende zu schulen, ist ein Ausbau von Programmen gegen sexualisierte Gewalt zwingend notwendig. Auch wenn bereits einige Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, wie die regelmäßige Verpflichtung der Trainer*innen ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, müssen diese Maßnahmen durch Aufklärungsarbeit und damit einhergehende erhöhte Sensibilität im gesamten Sport ergänzt werden. Zusätzlich sind weitere präventive Maßnahmen denkbar. Daher ist es besonders wichtig, dass diese ebenfalls entsprechend gefördert werden.

Sportpolitik neu denken:

All diese Ideen sollen Anstöße sein, wie Sportpolitik neu gedacht werden kann. Wir müssen es schaffen, neben den klassischen Sportarten auch Nischensportarten und den Breitensport nicht zu vergessen. Eine langfristige dauerhafte Finanzierung unterstützt die Vereine, verstärkte Unterstützung der Ehrenamtler*innen, sowie mehr Programme gegen Diskriminierung und für mehr Awareness fördern den Sport langfristig. Dies geschieht jedoch nur mit guter finanzieller Ausstattung und einer modernen, auf die Zukunft ausgerichteten Sportpolitik. Insbesondere in Bezug auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen muss Sport zum Brücken bauen genutzt werden, denn Sport ist für alle da!

Antrag G05: Ich sehe was, was du nicht siehst

Sachgebiet:

G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

- 1 46,8 Millionen Personen in Deutschland tragen eine Brille. Die meisten davon müssen
2 für ihre Sehhilfe selbst aufkommen, da die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für
3 Sehhilfen bei Erwachsenen nur unter strengen Voraussetzungen übernehmen. Diese
4 Tatsache stellt in vielen Fällen eine finanzielle Belastung dar. Davon sind
5 insbesondere einkommensschwache Familien, Studierende, Auszubildende, Arbeitssuchende
6 und Rentner*innen betroffen. Wir sollten uns daher nicht damit abfinden, dass der
7 Zugang zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung vom individuellen Einkommen
8 abhängt.
- 9 Bis 2003 wurden die Kosten für gesundheitlich notwendige Sehhilfen von den
10 gesetzlichen Krankenkassen in voller Höhe übernommen. Danach wurde die Gesetzgebung
11 geändert, sodass Sehhilfen jetzt nur noch unter strengen Voraussetzungen bezahlt
12 werden.
- 13 Die Änderung basiert dabei nicht auf gesundheitlichen Erkenntnissen, sondern auf der
14 Tatsache, dass die Versicherungen das Geld für die Kostenerstattungen einsparen
15 wollen.
- 16 Dabei sind Sehhilfen gesundheitlich notwendige Hilfsmittel. Menschen mit einer
17 Sehschwäche können darauf nicht verzichten und Krankenkassen sollten dafür zur
18 Verantwortung gezogen werden.
- 19 Gesetzliche Krankenkassen übernehmen die Kosten für Brillen bei Erwachsenen nur, wenn
20 die Sehschärfe nach der Korrektur maximal 30 % beträgt, ein Refraktionsfehler von
21 mindestens sechs Dioptrien bei Kurz- oder Weitsichtigkeit (Myopie und Hyperopie) oder
22 von mindestens vier Dioptrien bei einer Hornhautverkrümmung (Astigmatismus)
23 nachgewiesen wird.
- 24 Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Alltag entstehen allerdings schon bei
25 geringerer Sehschwäche. Eine Sehhilfe wird von Ärzt*innen und Optiker*innen bereits
26 ab einem Refraktionsfehler von 0,25 Dioptrien verordnet. Daher sollten auch die
27 Krankenkassen bereits ab diesen geringen Werten die Kosten für eine Sehhilfe
28 übernehmen.
- 29 Dazu kommt, dass im Fall einer Kostenerstattung nur Festbeträge für Brillengläser
30 gezahlt werden. Die tatsächlichen Kosten übersteigen diese Sätze aber in den meisten
31 Fällen und der über die Festbeträge hinausgehende Betrag muss selbst gezahlt werden.
32 Diese Handhabung führt dazu, dass Personen, die eine Erstattung erhalten, dennoch
33 einen hohen Eigenanteil leisten müssen.
- 34 Bei den Mehrkosten handelt es sich hauptsächlich um die Entspiegelung und die Härtung
35 von Brillengläsern. Beide Maßnahmen sind aus gesundheitlichen Gesichtspunkten
36 unbedingt notwendig. Es handelt sich also nicht um Schönheitsmaßnahmen, sondern um
37 eine grundlegende medizinische Versorgung. Daher müssen auch diese Leistungen von den
38 gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden. Die Regelung betrifft dabei nicht nur

Erwachsene, sondern auch Kinder unter 18 Jahren, da die Festbeträge auch bei der Kostenerstattung von Sehhilfen bei Kindern Anwendung finden.

Außerdem werden Brillengestelle bei Erwachsenen grundsätzlich nicht übernommen. Beitragszahler*innen müssen also auch diese Kosten in voller Höhe tragen, obwohl die Aufwendungen bei einer Sehschwäche unvermeidbar sind.

Ein deutlicher Unterschied zeigt sich bei der Thematik zwischen den privaten und den gesetzlichen Krankenversicherungen. Die privaten Krankenkassen erstatten in den meisten Fällen die Kosten für eine Sehhilfe bei Erwachsenen in voller Höhe, während die gesetzlichen Versicherungen häufig gar keine Kosten übernehmen. Auf diese Weise wird die Ungleichheit zwischen privater und gesetzlicher Versicherung weiter verstärkt.

Eine weitere Problematik ergibt sich bei der Verordnung von Schulsportbrillen. Dies ist bisher nur für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren möglich. Die Teilnahme am Sportunterricht für Personen, die 18 Jahre und älter sind, sollte jedoch weiterhin auch mit Sehhilfen möglich sein. Daher sollten Schulsportbrillen auch für Personen, die bereits 18 Jahre alt, aber noch schulpflichtig sind, in den Kassenleistungen enthalten sein.

Für uns sind Sehhilfen ein Grundrecht, da sie zur grundlegenden medizinischen Versorgung gehören. Jede Person in Deutschland muss ohne finanzielle Hürden das Recht auf eine Sehhilfe haben.

Daher fordern wir:

- Eine Änderung des §33 im fünften Sozialgesetzbuch und der Hilfsmittelrichtlinien, sodass die Kosten für verordnete Brillengläser für Erwachsene unabhängig von der Stärke und Sehbeeinträchtigung von den gesetzlichen Krankenkassen in voller Höhe übernommen werden
- Übernahme der Kosten für ein Brillengestell alle fünf Jahre unabhängig vom Alter
- Wegfall der Festbeträge für Brillengläser, sodass auch komplexere, entspiegelte und gehärtete Gläser bezahlt werden
- Übernahme der Kosten für eine Sportbrille

Antrag I01: Dem Rückschritt entgegen – neue Wege zu einer jungsozialistischen Asyl- und Migrationspolitik in Bund, Ländern und Kommunen wagen

Sachgebiet: I - Innenpolitik, Migration und Justiz

Die angestrebte Reformierung im Kontext des sogenannten „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) stellt nicht nur eine immense Aushöhlung des rechtlichen Flüchtlingsschutzes dar, sondern ist in seiner Auslegung auch ein Befähigungsmotor für das Leid und Sterben an den europäischen Außengrenzen. Die sogenannten Außengrenzen an der Festung Europa und die damit verbundene „Grenzsicherung“ sind bereits seit Beginn rechtlicher Verschärfungen Anhaltspunkt für systematische und institutionalisierte Menschenrechtsverletzungen. Weitere Verschärfungen – wie eben im Rahmen der Reformierungsaspekte ausgelegt – werden dazu führen, dass es eine weitere Zementierung dieses repressiven Status quos gibt.

Die faktische Abschaffung des Asylrechts hat eine lange Tradition! Immer wieder gab es sowohl im Kontext der EU als auch auf der nationalen Ebene Bestrebungen, das Asylrecht so auszuhöhlen, dass Schutzsuchende mit massiven rechtlichen Hürden konfrontiert sind. Beispielhaft ist hier vor allem der forcierte Asylkompromiss aus dem Jahr 1993 zu benennen, im Rahmen dessen das „deutsche Grundrecht auf Asyl“ einer Wirkungslosigkeit unterlag, die sich durch massive Einschränkungen – wie beispielsweise der Drittstaatenregelung – äußerte. Die Reformierung des GEAS stellt nun also einen erneuten „Asylkompromiss“ dar, der auf Kosten des Flüchtlingsschutzes erfolgt und der politisch mitgetragen wird. Dieses politische Mittragen kollidiert in Gänze mit unserer Vorstellung einer humanen und progressiven Asyl- und Migrationspolitik, die Schutzsuchende nicht klassifiziert, kriminalisiert und dehumanisiert.

Wir beobachten außerdem, dass geplante Asylverschärfungen immer mit dem Narrativ der Entlastung einhergehen. Dies wurde argumentativ – aus nationaler Perspektive – vor allem mit Blick auf die prekäre Lage in den Kommunen gemacht. Diese Narrativziehung dient dem Ausweichen einer echten Problemlösungsfindung und zementiert darüber hinaus rassistische und rechte Positionierungen, aus denen resultierend ein Klima der Ausgrenzung, Verachtung und Gewalt gegenüber Schutzsuchenden entspringt. Als Jungsozialist*innen müssen wir dieser Narrativziehung konsequent entgegenstehen und einer dezidierten Auseinandersetzung mit vorhandenen Problemkontexten nachgehen, die darin münden soll, das Recht auf Asyl zu stärken und Schutzsuchenden echte Bleibe- und Teilhabeperspektiven zu bieten. Gerade mit Blick auf den Bund, die Länder und die Kommunen bilden folgende Aspekte einen enormen Handlungsbedarf.

Verteilungsmechanismen neudenken – solidarische Verteilung ermöglichen!

Gerade in der Frage nach existierenden Verteilungsmechanismen ist der Königsteiner Schlüssel ein zu erwähnendes Instrument. Durch ihn erfolgt anhand unterschiedlicher Faktoren, wie zum Beispiel der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes, die

Steuereinnahmen oder die Fläche des Bundeslandes, die Verteilung Schutzsuchender.

Allerdings ergeben sich durch seine Anwendung auch unterschiedliche Probleme, die ein Ungleichgewicht zwischen den Bundesländern – im Kontext der Aufnahmekapazitäten – hervorhebt und eine ausreichende solidarische Verteilung zwischen den Bundesländern verhindert. Ebenso bezieht der Verteilungsmechanismus über den Königsteiner Schlüssel keinen dezidierten Blick auf Unterbringungsaspekte mit ein und verfehlt mit dieser nicht inkludierten Sichtweise die Unterbringungskapazitäten in den jeweiligen Bundesländern und Kommunen. Eine Sicherstellung dieser Perspektive ist essenziell und wird vor allem immer dann deutlich, wenn es darum geht, aus Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten, inhumane Schnelllösungen in Form von „Containerlagern“ oder der langfristigen Unterbringung von Schutzsuchenden in Turnhallen auszurichten.

Auch individuelle Belange Schutzsuchender finden im Rahmen dieses Verteilungsschlüssels keine Berücksichtigung. Für diese fehlende individuelle Perspektive – die durchaus aus integrativer und teilhabspezifischer Sichtweise relevant wäre – fehlt beispielsweise der Blick auf personenbezogene soziale Bindungen Schutzsuchender oder aber auch Präferenzen der Standortmerkmale im Ankunftsort.

Der Königsteiner Schlüssel sollte aus diesen benannten Gründen eine kritische Auseinandersetzung im Kontext der Verteilung von Schutzsuchenden durchlaufen und neu justiert werden.

Wir fordern daher:

- Eine kritische Auseinandersetzung mit der Verteilung Schutzsuchender anhand des Königsteiner Schlüssels
- Eine maßgebliche solidarische und demokratische Verteilung Schutzsuchender in die jeweiligen Bundesländer und Kommunen, die die Bedürfnisse, Kapazitäten und Ressourcen von Ländern und Kommunen in den Blick nimmt
- Eine verstärkte Auseinandersetzung mit Matching-Verfahren, die die individuellen Bedürfnisse Schutzsuchender im Rahmen der Verteilung mit einbezieht
- Schulungen und Sensibilisierung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften, um den Schutz von besonders schutzbedürftigen Gruppen zu gewährleisten und Diskriminierung zu verhindern.

Finanzen neu aufstellen – für eine auskömmliche Finanzierung!

Gerade in der Frage um gerechte Verteilungsmechanismen hat eine auskömmliche Finanzierung durch den Bund enorme Relevanz. Während 2022 der Bund noch ca. 4,5 Milliarden Euro für die Entlastung von Kommunen und Ländern bereitstellte, sind im laufenden Jahr lediglich ca. 400 Mio. Euro vorgesehen gewesen. Zwar sind im Bundeshaushalt weiterhin Mittel für Sozialtransferleistungen, Integrationsleistungen, Aufnahme, Registrierung und Unterbringung von Menschen im Asylverfahren und für die sogenannte Fluchtursachenbekämpfung vorgesehen, doch stehen die Kommunen und Länder meist ohne ausreichende Mittel in ihren Zuständigkeitsbereichen da.

Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden sind Aufgaben der Länder. Die mangelnde Unterstützung des Bundes führt zur eingeschränkten Handlungsfähigkeit

und treibt Kommunen und Länder an ihre Belastungsgrenze. Obwohl nach intensiven Verhandlungen die Länder erstreiten konnten, dass der Bund eine weitere Milliarde zur Verfügung stellt, reichen die Mittel nicht aus. Für die auskömmliche und flächendeckende Finanzierung des Systems braucht es die konstante Unterstützung des Bundes, welche nicht erst von den Ländern erstritten werden muss. Die Bundesregierung argumentiert auf Basis des Grundgesetzes, welches die Aufgabenteilung in Flucht- und Asylfragen zwischen Bund, Ländern und Kommunen definiert, und ignoriert dabei, dass es um Menschen geht, die derzeit unter prekären Bedingungen in Deutschland leben müssen. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auskömmliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um flächendeckend bessere Bedingungen in Unterbringung, Integration und Verfahren in Behörden zu erreichen. Immer wieder wird die finanzielle Situation vor Ort benutzt, um rassistische Politik rechtfertigen zu wollen und Leistungen für Asylsuchende grundsätzlich in Frage zu stellen. Das muss ein Ende haben.

Daher lauten unsere Forderungen:

- Der Bund muss seiner Verantwortung gerecht werden und Länder und Kommunen stärker bei der Finanzierung ihrer Maßnahmen unterstützen.
- Nur eine auskömmliche und flächendeckende Finanzierung kann zu gerechten Verteilungsmechanismen und der Gewährleistung qualitativer Mindeststandards in der Unterbringung von Schutzsuchenden führen.
- Die Kommunen brauchen einen Altschuldenschnitt, um in allen Bereichen der Daseinsvorsorge, so auch der Unterbringung, Versorgung und Integration, handlungsfähig zu sein.
- Die Unterstützung und Stärkung von ehrenamtlichen Helfer*innen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Belange von Geflüchteten und Schutzsuchenden einsetzen. Durch die Bereitstellung von Ressourcen und die Förderung von Vernetzung und Zusammenarbeit kann die Geflüchtetenhilfe gestärkt werden.

Für menschenwürdige Unterbringung und flächendeckende Qualitätsstandards

Die letzte Aktualisierung der Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften erfolgte 2021, in der Unicef und das BMFSFJ mit weiteren Akteur*innen Maßnahmen entwickelten, um Maßgaben in der Unterbringung von Schutzsuchenden zu schaffen. Auch wenn dieser Leitfaden ein relevantes Mittel zur Etablierung verschiedenster Maßnahmen ist, wird deutlich, dass es an Verbindlichkeit und finanziellen Ressourcen mangelt.

Die 2023 veröffentlichte Evaluation dieser Mindeststandards zeigt, dass bisher keine flächendeckenden Maßnahmen gewährleistet wurden. In mindestens einem Fünftel der Unterkünfte sind bis heute keine Maßnahmen durchgeführt worden, um die Qualität und den Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu erhöhen. Dieser Umstand ist auch Ergebnis dessen, dass bisher in vielen anderen Modellprojekten Maßnahmen umgesetzt, jedoch keine Verbindlichkeit geschaffen wurde. Zudem besteht die Gefahr, dass Bedingungen sich mangels der Qualitätssicherung in den Unterkünften und mangels eines

grundsätzlichen Qualitätsmanagements weiter verschlechtern können. Daher fordern wir, dass es zu verbindlichen Mindeststandards in der Unterbringung von Schutzsuchenden kommt und eine flächendeckende auskömmliche Finanzierung die Basis dieser Maßnahme darstellt.

Weiterhin ist für uns Jusos klar, dass Ankerzentren menschenunwürdige Formen der Unterbringung sind. Daher gehören sie abgeschafft und es muss verhindert werden, dass dieses Modell, egal wo, möglich ist. Die aktuellen Entwicklungen in der Asyl- und Migrationspolitik sind besorgniserregend und wir Jusos stellen uns dem entschieden entgegen.

Wir fordern:

- Keine menschenunwürdige Ankerzentren: Weder in Deutschland noch irgendwo anders!
- Verbindliche Mindeststandards in der Unterbringung von Geflüchteten und Schutzsuchenden. Es sollten klare Standards festgelegt werden, die sicherstellen, dass die Unterbringung von Geflüchteten und Schutzsuchenden ihren grundlegenden Bedürfnissen gerecht wird, einschließlich ausreichender Privatsphäre, angemessener Hygienebedingungen, Zugang zu medizinischer Versorgung und psychosozialer Unterstützung sowie rechtlicher Beratung. Hierbei sind die Vorgaben der Istanbul Konvention umzusetzen. Weiter dürfen kurzfristig errichtete Containersiedlungen am Stadtrand nicht mehr als Lösung gelten. Permanente Behausungen und eine Anbindung an die öffentliche Infrastruktur sollten der Mindeststandard sein.
- Ein effektives und kontinuierliches Qualitätsmanagement muss sowohl auf übergeordneter Ebene als auch in den einzelnen Unterkünften etabliert werden. Dies beinhaltet regelmäßige Inspektionen, transparente Berichterstattung über die Zustände in den Unterkünften, die Einbindung von unabhängigen Expert*innen und eine aktive Beteiligung der Bewohner*innen an der Gestaltung ihrer Lebensumgebung.
- Auskömmliche Finanzierung zur Sicherstellung dieser Standards durch den Bund und die Länder.

Asylbewerber*innenleistungsgesetz abschaffen - für mehr Teilhabe statt Leben in Ausgrenzung und Armut

Für eine progressive und humane Asylpolitik müssen wir den Druck auf die Bundesebene verstärken, damit das sogenannte Asylbewerber*innenleistungsgesetz (AsylbLG) abgeschafft wird. Das Asylbewerber*innenleistungsgesetz (AsylbLG) regelt den Leistungsbezug von Personen im Asylverfahren, geduldeten und ausreisepflichtigen Personen sowie weiteren Personengruppen (siehe § 1 Abs. 1 AsylbLG), sofern sie hilfsbedürftig sind. Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerber*innenleistungsgesetz sind von anderen Sozialleistungen wie der Sozialhilfe nach dem SGB XII oder dem Bürger*innengeld nach dem SGB II ausgeschlossen und erhalten im Vergleich nur deutlich geringere Leistungen. In der Praxis bedeutet das eine Kategorisierung und Hierarchisierung von Menschen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Schutzsuchende müssen am Existenzminimum leben, willkürliche Leistungskürzungen, diskriminierende „Sonderbehandlungen“ und eine menschenverachtende Gesundheitsversorgung sind Teil ihres Alltags. Vor allem der Aspekt der Gesundheitsversorgung ist in allen Anwendungsbereichen deutlich zu kritisieren. Schutzsuchenden wird demnach nur eine medizinische Notversorgung gewährleistet – zu der sie nur über den Erhalt eines behördlichen Krankenscheins gelangen.

Das AsylbLG bedeutet eine massive Einschränkung der Grundrechte von Menschen auf der Flucht, die in der Bundesrepublik Schutz suchen. Mit dem Gesetz wurde das Sachleistungsprinzip, verpflichtende „gemeinnützige Arbeit“ für 80 Cent/h und eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung für Geflüchtete eingeführt. Weiterhin wurde über die Jahre ein umfassender Sanktionskatalog festgelegt, mit dem weitere Kürzungen der nur minimal gewährten Leistungen möglich sind. Das Gesetz dient auch der Durchsetzung von Sammellagern, in denen eine Wohnsitzauflage, ein Ausbildungs- und Arbeitsverbot sowie eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit existieren.

Wir fordern:

- Auch in Deutschland sind Veränderungen im Umgang mit Geflüchteten erforderlich. Das Asylbewerber*innenleistungsgesetz in seiner jetzigen Form muss abgeschafft werden und die Leistungen für Asylbewerber*innen und Geduldete verfassungskonform neu geregelt werden.

- Kettenduldungen müssen in dauerhafte Aufenthaltsrechte überführt werden

- Das Arbeitsverbot von Geflüchteten von derzeit 9 Monaten ist abzuschaffen und die Integrationsförderung in Arbeit und Gesellschaft zu verbessern, wobei sie besonders vor Ausbeutung aufgrund ihrer Vulnerabilität zu schützen sind. Ein wesentlicher Aspekt ist es, Flüchtlingen und Asylsuchenden den Zugang zu kontinuierlichen Integrationskursen zu eröffnen

- Den gleichen Zugang zu menschenwürdiger Gesundheitsversorgung wie deutsche Staatsbürger*innen

- Das Ende prekärer Wohnverhältnisse

Eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik kann nicht von einzelnen Bundesländern gewährleistet werden. Dazu bilden bundes- und europapolitische Regelungen den unverzichtbaren Rahmen. Es muss sichergestellt werden, dass diejenigen, die unseren Schutz benötigen, auf sicheren Wegen auch tatsächlich das Territorium der EU erreichen können. Der Schutz für einige – aber nicht alle – kollidiert allerdings mit unseren jungsozialistischen Vorstellungen und muss aus diesem Grund weiterhin kritisch betrachtet werden. Unser Ziel muss es sein, eine strukturelle und institutionelle Verbesserung der Lebenssituationen aller Schutzsuchenden zu erreichen. Vor 30 Jahren, am 26. Mai 1993, wurde im Rahmen des sogenannten „Asylkompromisses“ nicht nur das Grundrecht auf Asyl ausgehöhlt. Das sind 30 Jahre zu viel. Wir sind entsetzt über das Vorhaben der Europäischen Kommission und die Position der Bundesregierung zur Durchführung von verpflichtenden

201 Asylverfahren an der EU-Außengrenzen. Die geplanten Reformen ziehen massive
202 Menschenrechtsverletzungen mit sich. Verpflichtende Asylverfahren an den EU-
203 Außengrenzen höhlen das Recht auf Asyl aus und beschneiden die Rechte von
204 Geflüchteten. Sie forcieren systematische Pushbacks, menschenunwürdige Lager und
205 nehmen massive humanitäre Krisen - wie im Mittelmeer - an den Grenzen Europas
206 billigend in Kauf. Dieses Aushöhlen der Genfer Flüchtlingskonvention zu akzeptieren
207 kann nicht im Sinne einer sozialdemokratischen Politik gesehen werden. Die Debatten
208 um Altersgrenzen und die Dauer von Asylverfahren an den EU-Außengrenzen sollen von
209 den unmenschlichen Konsequenzen der Reformpläne ablenken. Es darf keine Asylverfahren
210 und weitere Lager an den Grenzen geben. Deutschland muss zusammen mit der
211 Europäischen Union an flächendeckenden verbindlichen Standards arbeiten, sowie die
212 Verteilungsmechanismen neudenken. Nicht nur innerhalb Deutschlands. Eine Neuregelung
213 der Finanzierung muss erarbeitet werden. Der Bund muss mehr Geld zur Verfügung
214 stellen.

215 Im Endeffekt wird mit den Beschlüssen nur die menschenunwürdige Behandlung von
216 Geflüchteten rechtlich in Stein gemeißelt. Das gesamte Vorhaben stellt in der Folge
217 ein einziges Unrecht dar. Die Reformen bedeuten eine weitere Verschärfung des
218 Asylrechts. Das Grundrecht auf Asyl wird für Schutzsuchende erschwert oder ihnen gar
219 gänzlich entzogen. Sozialdemokratische Migrations- und Asylpolitik muss auf
220 Solidarität fußen und nicht auf Abschottung und Menschenrechtsverletzungen! Das
221 Menschensterben im Mittelmeer und an den EU-Außengrenzen muss jetzt gestoppt werden!

Antrag I02: Klimaprotest ist kein Verbrechen!

Sachgebiet:

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Der klimapolitische Diskurs der letzten Monate ist geschädigt durch billige
2 konservative Meinungsmache. Diese fällt zu Lasten derer, die sich für einen
3 konsequenten Klimaschutz einsetzen - es werden jene kriminalisiert und stigmatisiert,
4 die mit allen friedlichen Mitteln versuchen, die Öffentlichkeit für Klimaschutz zu
5 sensibilisieren.

6 **Die historische Notwendigkeit zivilen Ungehorsams**

7 Die Praxis des zivilen Ungehorsams hat eine lange, erfolgreiche Tradition; nicht nur
8 in Deutschland haben zivilgesellschaftliche Bewegungen ihre Ziele gegen eine
9 rückschrittliche Politik ihrer Zeit durchsetzen können. Feministische und
10 antirassistische Bewegungen machten mithilfe zivilen Ungehorsams auf drängende
11 Missstände ihrer Zeit aufmerksam. Zivilen Ungehorsam zeichnet sein gewaltfreier
12 Charakter aus. Prominente Beispiele für erfolgreiche Akte zivilen Ungehorsams finden
13 sich im Kampf für das Frauenwahlrecht, gegen rassistische Gesetze, für die Rechte
14 queerer Menschen. All diese Bewegungen haben durch die bewusste Missachtung einer
15 Gesetzgebung, die Menschen über Jahrzehnte und Jahrhunderte unterdrückt und geschadet
16 hat, Veränderungen bewirkt. Sie mussten Repressionen, Hass und Gewalt erfahren von
17 einem System, das sich nicht nur gegen ihre Ziele, sondern auch gezielt gegen sie als
18 Menschen gerichtet hat.

19 Polizeigewalt auf Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland richtet sich -
20 historisch gewachsen - in der Tendenz gegen progressive Kräfte, die gegen
21 Herrschaftsverhältnisse und gerade auch umweltpolitische Schief lagen demonstrieren.
22 Auf Demonstrationen der Anti-Atomkraftbewegung, für die prominente Beispiele in den
23 1970er und 1980er Jahren liegen, ging die Polizei häufig mit extremer Gewalt gegen
24 die Protestierenden vor. So setzten sich beispielsweise am 28. Februar 1981
25 zehntausende Demonstrierende in Brokdorf über ein Demonstrationsverbot hinweg, das
26 aufgrund erwarteter Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und Polizei verhängt
27 wurde - unrechtmäßigerweise, wie das Bundesverfassungsgericht einige Jahre später
28 urteilte.

29 Die Klimabewegung hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten international eine
30 zentrale Rolle bei der Schaffung von Bewusstsein für den klimapolitischen
31 Handlungsdrang gespielt. Konservative Kräfte haben stets versucht, dieses Bewusstsein
32 zu verhindern oder zumindest zu unterdrücken. Seitdem der Klimaschutz durch
33 öffentliche Proteste wieder eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Diskurs spielt,
34 werden Gruppierungen, die sich für den Klimaschutz einsetzen, immer wieder zur
35 Zielscheibe der politischen Gegner*innen einer klimagerechten Welt. Denn diese würde
36 zwangsweise dazu führen, dass die Kapitalist*innen weder Mensch noch Natur in dieser
37 Form ausbeuten dürfen, wie sie es derzeit tun. Es war die Klimabewegung, die sich der
38 staatlichen Durchsetzung von Profitgier und Konzerninteressen in Lützerath
39 entgegengestellt hat. Auch dort begegnete ihr der deutsche Staat mit überschießender

Polizeigewalt statt Verhältnismäßigkeit.

Wir erkennen den zivilen Ungehorsam verschiedener Gruppierungen in der Klimabewegung als solchen an und verurteilen ungerechtfertigte Kriminalisierungsversuche des konservativen Lagers, die einzig und allein die Delegitimation der Ziele der Bewegung unter dem Deckmantel einer "Law and Order"-Politik zum Ziel haben. Die Bezeichnung von Aktivist*innen als "Klimaterroristen" stellt etwa eine falsche und schwerwiegende Anschuldigung dar, die Klimaprotest als gefährlich und antidemokratisch darstellen will. Statt den Klimaprotest zu delegitimieren, solidarisieren wir uns mit der Klimabewegung und ihren Zielen. Wir wollen zurückkehren zu einem sachlichen Diskurs darüber, wie wir Klimagerechtigkeit erreichen können und weg von autoritärer Delegitimierung des Klimaprotests.

Die Kriminalisierung der Klimabewegung und des Klimaprotests als solchem ist nicht verhältnismäßig und eine Ausprägung der Gewaltspirale, die nicht zuletzt durch politisch initiierte Razzien zu gesellschaftlicher Stimmung und Stigmatisierungen gegen Aktivist*innen führt. Eine sprachliche Eskalation in Form der Bezeichnung von Aktivist*innen als "Klimaterroristen" trägt dieser Stigmatisierung - die auch im polizeilichen Umgang mit den Aktivist*innen Anklang zu finden scheint - zusätzlich bei. Es steht für uns fest, dass der politisierte Einsatz der Exekutive gegen Klimaaktivist*innen, zum Beispiel in Form von nur schwer begründbaren Razzien, Präventivhaft und unbegründbar eingesetzten Schmerzgriffen, zu verurteilen ist.

Die Räumung von Lützerath, die weitreichende Unzugänglichkeit politischer Kräfte für die Anliegen der Klimabewegung, die um sich greifende "Klima ja, aber so nicht"-Haltung, die verheerende Folgen für Mensch und Natur, allen voran jene im globalen Süden bedeutet, und die Debatte über die Sinnhaftigkeit einzelner Protestaktionen für den Klimaschutz sind einige der jüngsten Beispiele dafür, in welche Schieflage der Diskurs der deutschen Öffentlichkeit über Klimafragen geraten ist.

Wir wollen den bisherigen Erfolg dieser Denunziationen und Ablenkungen nicht weiter hinnehmen. Deshalb fordern wir: Schluss mit der Kriminalisierung des Klimaprotests, Solidarität mit der Klimabewegung!

Die „Letzte Generation“ ist keine kriminelle Vereinigung

Hitzig diskutiert wurde in den vergangenen Monaten, ob es sich bei der letzten Generation um eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB handelt. Die Norm weist eine lange Geschichte als Mittel zur Verfolgung oppositioneller Gruppen auf. Vorherige Normen richteten sich speziell gegen Vereinigungen mit politischer Ausrichtung. Wer nach dem heutigen § 129 StGB Mitglied einer kriminellen Vereinigung wird oder sie anderweitig unterstützt, macht sich nicht nur strafbar, sondern kann bereits im Verdachtsfall Objekt verschiedener Ermittlungsmaßnahmen, etwa der Telekommunikationsüberwachung, werden. So kam es Ende letzten Jahres bundesweit zu Hausdurchsuchungen bei Personen, die der Gruppe „Letzte Generation“ zugeordnet wurden. § 129 StGB, an den dabei angeknüpft wurde, ist auch heute keinesfalls eine unproblematische Norm. Sie knüpft mit der Bildung einer kriminellen Vereinigung nicht an Verhaltensweisen an, die für sich genommen die Rechtsgüter von Personen verletzen.

Stattdessen wird der strafbare Bereich zeitlich vorverlagert. Ab wann eine Unterstützungshandlung vorliegt, ob hierfür bereits Spenden ausreichen, wird vom Gesetz dabei nicht näher konkretisiert. Jenseits des Verbesserungsbedarfs an der Norm selbst gilt es festzustellen, dass die „Letzte Generation“ keine kriminelle Vereinigung in diesem Sinne darstellt. So ist eine Vereinigung nach § 129 Abs. 3 Nr. 2 StGB vom Tatbestand ausgeschlossen, wenn die Begehung von Straftaten nur ein Zweck oder eine Tätigkeit von untergeordneter Bedeutung ist. Etwaige Straftaten der „Letzten Generation“ erreichen nicht die Erheblichkeitsgrenze, die aus der Ausnahmenvorschrift gefolgert wird. Kennzeichnend für ihr Erscheinungsbild sind schließlich nach wie vor die Straßenblockaden. Zudem sind etwaige strafbare Handlungen gerade nicht das Hauptziel der Bewegung, die in erster Linie eine klimafreundlichere Politik erreichen will. Selbst die Staatsanwaltschaft Berlin stellte in einem Beschluss bereits fest, dass die Anliegen der Aktivist*innen „im Einklang mit der Staatszielbestimmung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen stehen“. Schutzzweck der Norm bilden die öffentliche Sicherheit und der innere Frieden. Diese Rechtsgüter sind bedroht, wenn Vereinigungen ein Klima der Angst schaffen, nicht aber, wenn sie sich fürs Klima auf die Straße kleben. Grundlegende Rechtsgüter wie Leib und Leben werden dabei nicht angegriffen. Die Strafverfolgungsbehörden bewegen sich über die Grenzen des § 129 StGB hinaus, wenn sie Wohnungsdurchsuchungen wegen einer mutmaßlichen Mitgliedschaft zur „Letzten Generation“ durchführen. Für die Stigmatisierung von ihnen, der „Letzten Generation“ und den Klimaprotesten insgesamt bedarf es dabei gar nicht erst einer tatsächlichen Strafbarkeit. Bereits die Ermittlungen, die Prüfung des Verdachts, der viele Monate dauern kann, beeinträchtigen die Grundrechte der Betroffenen erheblich und können zu einer gesellschaftlichen Distanzierung von der Gruppe und ihren berechtigten Anliegen führen. Schon das Ermittlungsverfahren hat somit fatale Wirkungen.

Wir fordern,

- Den Wortlaut von § 129 Abs. 1 StGB dahingehend zu konkretisieren, dass es sich bei den angestrebten Straftaten um schwere Straftaten im Sinne von § 100a Abs. 2 StPO handeln muss.
- In § 129 StGB näher zu bestimmen, wann eine strafbare Unterstützungshandlung vorliegt.
- Die „Letzte Generation“ nicht als vermeintliche kriminelle Vereinigung zu stigmatisieren.

Der Präventivgewahrsam: Überbordende Befugnisse zur Gefahrenabwehr

Eine polizeiliche Maßnahme, die sich im Umgang mit Klimaaktivist*innen großer Beliebtheit erfreut ist der Präventivgewahrsam. So wurden Ende 2022 bereits einige Aktivist*innen in Bayern fast einen Monat lang auf diesem Wege inhaftiert. Dabei lohnt es sich, einen kritischen Blick in die Polizeigesetze zu werfen: Mit dem Präventivgewahrsam kann eine Person vorsorglich in Haft genommen werden. Die Freiheitsentziehung erfolgt dann nicht, um eine Strafe wegen begangener Taten zu vollziehen, sondern um potenzielle künftige Straftaten zu verhindern. Im Gegensatz zu

einer Haftstrafe geht dem Präventivgewahrsam damit auch kein Strafverfahren voraus, in dem sich die Betroffenen umfassend verteidigen können. Eine Freiheitsentziehung stellt jedoch einen der schwerwiegendsten staatlichen Eingriffe dar und unterliegt hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen. Die konkreten Voraussetzungen (beispielsweise, wann es einer richterlichen Anordnung bedarf) und das zeitliche Ausmaß des Präventivgewahrsams hängen von den Regelungen des jeweiligen Bundeslandes ab. Die Ausweitung der Befugnis zum Präventivgewahrsam in zahlreichen Bundesländern betrachten wir kritisch. Beispielsweise konnten in NRW Personen zunächst höchstens bis zum Ende des Tages nach der Ingewahrsamnahme festgehalten werden. Mit dem Sicherheitspaket I im Jahr 2018 wurde die Maximaldauer auf 28 Tage erweitert. In Bayern ist zurzeit eine Präventivhaft von bis zu 30 Tagen vorgesehen, die um einen weiteren Monat verlängert werden kann. Hessen (6 Tage), Brandenburg (4 Tage) und Berlin (2 Tage) zeigen jedoch, dass eine deutlich kürzere Haftdauer für eine effektive Gefahrenabwehr ausreicht. Während eines solchen mehrtägigen Gewahrsams ist es schließlich möglich, mildere Maßnahmen, beispielsweise solche zur Aufenthaltsüberwachung oder Observation bereitzustellen. Etwa in Fällen häuslicher Gewalt kann auch eine präventive Haft von mehreren Tagen durchaus sinnvoll und gerechtfertigt sein. Auf diesem Wege wird den gefährdeten Frauen ausreichend Zeit verschafft, um sich eine neue Unterkunft zu suchen. Eine Dauer, die wenige Tage überschreitet, kann für den Präventivgewahrsam hingegen nicht zulässig sein. Schließlich ist Zweck der Maßnahme die Verhinderung konkreter, in einer bestimmten kurzen Zeitspanne drohender Straftaten. Andernfalls verwischen die Ermächtigungsgrundlagen in den Polizeigesetzen die Grenze zur repressiven Strafverfolgung und bieten ein erhebliches Missbrauchsrisiko dafür, zum allgemeinen Abschreckungsinstrument zu werden.

Wir fordern daher:

- Der Präventivgewahrsam sollte in allen Bundesländern eine Maximaldauer von 48 Stunden nicht überschreiten.
- Die Anordnung des Präventivgewahrsams soll nur unter den engen Voraussetzungen erfolgen können, etwa wenn dies erforderlich ist, um Leib oder Leben einer Person zu schützen.

Schmerzgriffe: Eine polizeiliche Praxis am Rande der Legalität

Schmerzgriffe sind ein Sammelbegriff für verschiedene Techniken, die durch körperliche Einwirkung auf schmerzempfindliche Körperstellen starke Schmerzen erzeugen und so den Willen der Betroffenen beugen sollen. Unmittelbares Ziel ihrer Anwendung ist der Schmerz selbst, der erreichen soll, dass die Betroffenen polizeilichen Anweisungen folgen. Anders verhält es sich beim Wegtragen von Blockierer*innen, das in aller Regel keine Schmerzen verursacht bzw. nur solche, die unbeabsichtigte Nebenfolge des Tragens sind. In den sozialen Medien kursierten in diesem Jahr Videos, die offenbar polizeiliche Anwendungen von Schmerzgriffen gegenüber Klimaaktivist*innen zeigten und nun Gegenstand von Gerichtsverfahren sind. Schließlich ist das Zufügen von Schmerzen nur in dem Maße erlaubt, wie es

erforderlich ist. Auch wenn sie die Vollstreckung einer polizeilichen Maßnahme beschleunigen oder vereinfachen, reicht das zu ihrer Legalität lange nicht aus. Solange beispielsweise eine Sitzblockade auch durch das Wegtragen der Blockierer*innen mit Hilfe mehrerer Polizist*innen beendet werden kann, bedarf es keiner Zufügung von Schmerzen. Schmerzgriffe sind dann schlicht unverhältnismäßig und rechtswidrig. Das gebietet das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das menschenrechtliche Folterverbot. Aber auch die Versammlungsfreiheit verlangt das Unterlassen von Schmerzgriffen: Videos wie die bereits Erwähnten erzeugen den Eindruck, bei der Teilnahme an einer Demonstration mit körperlicher Misshandlung rechnen zu müssen und schreckt von der Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit ab.

Deshalb fordern wir:

- Schmerzgriffe dürfen nicht zum Standardrepertoire polizeilicher Maßnahmen werden. Allenfalls wenn sie zum Schutz gewichtiger Rechtsgüter zwingend erforderlich sind, kann eine Anwendung gerechtfertigt sein.
- Der verhältnismäßige Umgang mit friedlichen Demonstrationen, wie beispielsweise durch Kooperation von Versammlungslagen oder dem Wegtragen von Aktivist*innen muss tiefgreifender in der polizeilichen Aus- und Fortbildungspraxis etabliert werden.

Die volle Härte des Gesetzes?

Im Zuge der zunehmenden Bedeutung der Klimabewegung und der Forderungen nach konkreten Maßnahmen zum Schutz des Klimas werden Aktivist*innen immer häufiger mit polizeilichen Maßnahmen und juristischen Einschränkungen konfrontiert. Dies umfasst unter anderem die Anwendung von präventivem Gewahrsam, Hausdurchsuchungen, Strafverfahren aufgrund von Blockadeaktionen oder das Verhängen von hohen Bußgeldern. Diese repressiven Maßnahmen können dazu führen, dass Aktivist*innen eingeschüchtert werden, ihre Aktivitäten einschränken oder von weiterem Engagement absehen.

Gewaltbereiter Protest steht nicht im Einklang mit den demokratischen Grundwerten und dem Rechtsstaat. Die Klimabewegung selbst hat sich jedoch wiederholt von jeglicher Form von Gewalt distanziert und betont, dass ihr Engagement auf gewaltlosem zivilem Ungehorsam basiert. Es ist wichtig, diese Abgrenzung deutlich zu machen und zu betonen, dass gewaltbereiter Protest nicht mit den Anliegen und Zielen der Klimabewegung in Verbindung gebracht werden sollte.

Massive repressive Maßnahmen gegen die gesamte Klimabewegung sind daher das falsche Mittel, um mit den legitimen Anliegen der Aktivist*innen umzugehen. Eine solche Vorgehensweise kann nicht nur das Vertrauen in den Rechtsstaat und die demokratischen Institutionen untergraben, sondern auch zu einer weiteren Polarisierung und Eskalation führen.

Mitte Dezember 2022 durchsuchte die Polizei bundesweit Wohnungen von Mitgliedern der „Letzten Generation“. Der Verdacht: Bildung einer kriminellen Vereinigung. Beispiele für solche Vereinigungen sind Drogenkartelle, mafiöse Gruppen oder rechtsradikale Rockbands. Im frappierenden Unterschied dazu bedroht die „Letzte Generation“ keine

207 Menschenleben, sondern will sie gerade schützen und zu diesem Zweck auf Ihre
208 Forderung stärkerer Klimaschutzmaßnahmen hinweisen. Dem begegnete der Staat in den
209 letzten Monaten mit drakonischen Maßnahmen und stellte sein breites Instrumentarium
210 zur Schau. Mit der „vollen Härte des Rechtsstaates“ (noch so eine Floskel aus der
211 Hölle) wird nun offenbar gegen Klimaaktivist*innen vorgegangen. Doch was den
212 Rechtsstaat auszeichnet, ist nicht seine „volle Härte“, sondern seine
213 Verhältnismäßigkeit. Und die lassen einige Akteur*innen gerade vermissen.

214 Beispielsweise in NRW nehmen repressive Maßnahmen gegenüber Klimaaktivist*innen zu.
215 Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit in NRW infolge der Einführung eines
216 eigenen Landesversammlungsgesetzes sind symptomatisch für diese politische Reaktion.
217 Hierzu zählt etwa ein pauschales Versammlungsverbot auf Autobahnen oder ein äußerst
218 unklar definiertes Einschüchterungs- und Uniformierungsverbot. Der Gesetzgeber hat es
219 verpasst, die Versammlungsfreiheit zu stärken und anstelle dessen juristisch und
220 politisch umstrittene unbestimmte Rechtsbegriffe oder Pauschalisierungen in den
221 Gesetzestext aufgenommen, die ein Einfallstor dafür bilden, gerade auch den Protest
222 von Klimabewegungen unverhältnismäßig einzuschränken.

223 Die weißen Overalls, die seit Jahren bei den Klimaprotesten genutzt werden, stellt
224 das Versammlungsgesetz NRW historisch in eine Reihe mit uniformierten Aufmärschen von
225 SA und SS. Dabei attestiert das Gesetz ihnen wie auch Marschtritt und Trommelschlagen
226 eine „suggestiv-militante, aggressionsstimulierende und einschüchternde Wirkung“. Die
227 weißen Overalls sollen also militantes Auftreten oder eine aggressive bzw.
228 einschüchternde Wirkung haben - Fackelmärsche in T-Shirts der Partei “Der Dritte Weg”
229 wie in Plauen im Jahr 2019 aber nicht? Rechtsnormen, die derart unbestimmt sind,
230 tragen nicht dazu bei, eines der wichtigsten Güter unserer Demokratie - die
231 Versammlungsfreiheit - zu schützen. Auch das pauschale Versammlungsverbot auf
232 Autobahnen richtet sich eindeutig gegen Aktivist*innen, die dort protestieren, um auf
233 die sich zuspitzende Klimakrise aufmerksam zu machen.

234 Es kann nicht sein, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ungerechtfertigt so
235 weitgehend einschränkt und dabei Klimaprotestierende in eine Reihe mit
236 demokratiefeindlichen Bestrebungen gestellt werden.

237 **Daher fordern wir:**

- 238 • Die Vermeidung unverhältnismäßiger repressiver Maßnahmen gegenüber
239 Klimaaktivist*innen, die das Vertrauen in den Rechtsstaat und die demokratischen
240 Institutionen untergraben und zu weiterer Polarisierung führen können.
- 241 • Eine Überarbeitung der Versammlungsgesetze auf Landesebene, um die
242 Versammlungsfreiheit zu stärken und unbestimmte Rechtsbegriffe oder
243 Pauschalisierungen zu vermeiden, die den Protest der Klimabewegungen
244 unverhältnismäßig einschränken könnten.
- 245 • Die Sensibilisierung der zuständigen Behörden für die Bedeutung des Schutzes des
246 Versammlungsrechts und den respektvollen Umgang mit Klimaaktivist*innen.
- 247 • Die Schulung von Polizeibeamt*innen im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen

248 gewaltbareitem Verhalten und legitimen Ausdrucksformen des Klimaprotests.

Antrag I07: Wir bleiben LinX! - Gegen staatliche Repression linker Bewegungen

Sachgebiet:

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

Antifaschismus hat im jungsozialistischen und bestenfalls auch im allgemein demokratischen Wertekanon einen zentralen Stellenwert und ist für die Wahrung bzw. den Ausbau demokratischer Strukturen unerlässlich. Der Weg zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen erfordert konsequente antifaschistische Aktion gegen rechte Umtriebe und autoritäre Phänomene im gesellschaftlichen Diskurs, politischen Betrieb und nicht zuletzt im Staatsapparat. Zivilgesellschaftlicher Protest in seinen vielfältigen Erscheinungsformen bildet dabei einen essenziellen Grundpfeiler und ist für eine gesunde und funktionale Demokratie unerlässlich.

Denn während auch unsere selbsternannte Fortschrittskoalition auf Bundesebene tatsächliche existenzsichernde Fortschritte im Kampf gegen die Klimakrise versäumt und sich schwer tut, dem nach rechts abkippenden politischen Klima unserer Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, formieren sich konservative und rechtsextreme Kräfte zu einer regressiven Einheit in politischen Debatten, die nicht selten zu einem polemischen Kulturkampf degenerieren. Spitzenwerte der AfD in Wahlumfragen, Konservative, die sich in neofaschistischer Rhetorik üben, fortschreitend rechtsextreme Mehrheitsverhältnisse in Teilen der Bundesrepublik und nicht zuletzt Verunglimpfungen legitimen zivilgesellschaftlichen Protests gegen Lethargie im politischen Output der Bundesregierung als „Ökoterrorismus“ sind handfeste Konsequenzen des nicht mehr zu leugnenden Rechtsrucks in unserem Land. Diese Auflistung von Phänomenen des rechten Auftriebs ließe sich noch lange fortführen und verdeutlicht nur, dass zivilgesellschaftliches Engagement, kreativer demokratischer Protest und auch gewaltloser ziviler Ungehorsam so unverzichtbar und zentral für die Verteidigung demokratischer Grundwerte sind wie lange nicht mehr.

Zwar sieht immerhin auch die Bundesinnenministerin eigenen Aussagen zufolge die größte Gefahr für die Demokratie von rechts kommend, doch dem zuwider scheinen weite Teile des ihr untergeordneten staatlichen Sicherheitsapparats weiter daran festzuhalten, den Feind links zu verorten. So dreht sich das staatliche Repressionskarussell weiter und führt dazu, dass zuletzt gewaltfrei protestierende Klimaaktivist*innen Opfer unverhältnismäßiger polizeilicher Überwachungs- und Durchsuchungspraktiken, wie sie eigentlich im Zuge der Terrorismusbekämpfung einzusetzen sind, wurden und Antifaschist*innen in Stuttgart oder Leipzig in fast schon gewohnter Manier staatlicher Repression ausgesetzt waren und sind, die mitunter in langjährigen Freiheitsstrafen münden. Solange vor allem linker Protest weiterhin zur Zielscheibe staatlicher Sicherheitsbehörden wird und polizeiliche Ressourcen auf sich zieht, drohen die angekündigten Bemühungen des Bundesinnenministeriums, konsequent gegen rechte Umtriebe als größte Bedrohung demokratischer Grundwerte vorzugehen, zu leeren Worthülsen zu verkommen.

§129 StGB als Einfallstor in demokratische Grundrechte

Eine tragende Rolle für die Repressalien gegenüber linkem Protest und Aktivismus spielt der Paragraph 129 im Strafgesetzbuch, der die „Bildung krimineller Vereinigungen“ unter Strafe stellt. Der Tatbestand jenes Paragraphen geht auf das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 zurück, zielte ursprünglich auf die Verfolgung „staatsfeindlicher Verbindungen“ ab und wurde in seiner ersten Fassung während des Kaiserreiches vor allem zur Repression gegenüber Arbeiter*innenbünden und Sozialdemokrat*innen genutzt. Doch auch in der Geschichte der Bundesrepublik fand und findet der §129 StGB vielfache Anwendung und so wurde seit dem Bestehen des bundesdeutschen Rechtssystems von der Hausbesetzer*innenszene der 1980er Jahre bis hin zu Klimaaktivist*innen der Letzten Generation kaum ein oppositionelles Politikfeld von 129er-Ermittlungen verschont.

In juristischen Fachkreisen wird §129 StGB auch als „Gummiparagraf“ bezeichnet und gilt aufgrund seiner vagen Definition der Straftatbestände und dem damit einhergehenden flexiblen Interpretationsspielraum als umstritten.

Einen aus rechtsstaatlicher Perspektive fragwürdig großen Raum für juristische Interpretationen bietet der Zusatzparagraf 129a StGB, der die „Bildung terroristischer Vereinigungen“ gesondert unter Strafe stellt und angesichts seiner Verabschiedung im Schnelldurchlauf 1976 im Kontext des Stammheim-Prozesses gegen Mitglieder der ersten Generation der RAF als „Lex RAF“ bezeichnet wird. Der §129a zur Bestrafung der „Bildung terroristischer Vereinigungen“ räumt dem Polizeiapparat im Namen der Terrorismusbekämpfung weitreichende Befugnisse ein, die mitunter nachrichten- und geheimdienstliche Anwendungen beinhalten und einer breit auslegbaren Rechtssprechung unterliegen. So fällt nicht nur die aktive Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ sondern auch die nicht weiter definierte Unterstützung einer solchen unter den Straftatbestand und legalisiert Ermittlungstaktiken der Polizei wie Großrazien mit schweren Waffen oder die Langzeitüberwachung von E-Mailverkehr und Telekommunikation, wie sie sonst nur dem Bundesnachrichtendienst obliegen.

Verfassungsrechtlich besonders kritisch ist die im §129 und §129a implizierte Verlegung der Strafbarkeit weit vor eine reelle Vorbereitung konkret strafbarer Handlungen. Damit werden mitunter alltägliche Handlungen im politischen Kontext, wie beispielsweise Gruppentreffen, kriminalisiert und dem Sicherheitsapparat der Exekutive die Umgehung des Datenschutzes für das Ausforschen bloßer als „organisatorische Aktivitäten“ deklarerter Handlungen ermöglicht. Die gesammelten Daten können in polizeiliche Dokumentationsstrukturen überführt und gespeichert werden, auch wenn sich -wie in der Mehrheit der statistisch erfassten Fälle- der anfängliche Straftatverdacht nicht erhärtet. Die insgesamt geringe Erfolgsquote bei der Anwendung des §129 und insbesondere des §129a für die strafrechtliche Verfolgung tatsächlicher krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen, durch die er sich legitimieren soll, legt zumindest nahe, dass die Befugnisse, die den Sicherheitsbehörden eingeräumt werden, eher rechtsstaatliche Grundrechte untergraben, als dass sie sich effektiv für die gesellschaftliche Sicherheit erweisen.

Der „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ kritisierte daher, dass die entsprechende Gesetzeslage vor allem „der Einschüchterung politischer Initiativen und der Sammlung von Daten“ diene.

Dies soll eigentlich durch den sogenannten Politikvorbehalt in §129 StGB verhindert werden, der politische Bewegungen gesondert behandelt und die Hürden für eine strafrechtliche Verfolgung jener hoch hält. Der §129a StGB setzt den Politikvorbehalt im Namen der Terrorismusbekämpfung durch den Artikel 2 jedoch aus. Somit ermöglicht der §129a StGB potenziell eine Instrumentalisierung der Terrorabwehr zur politischen Repression und gehört daher abgeschafft.

Um auch künftig eine funktionale und vor allem rechtsstaatliche Terrorismusbekämpfung zu sichern, erachten wir es als sinnvoll, die gesonderten Kriterien zu Terrorismus in §129a Artikel 1 StGB in eine gesamte Reformation des §129 StGB einfließen zu lassen. So kann eine Rechtslage zur funktionalen Terrorismusbekämpfung geschaffen werden, die jedoch nicht wie bisher für die Repression politischer Bewegungen instrumentalisiert werden kann.

Antifa ist kein Verbrechen, sondern bleibt notwendig!

Dass die Anwendung des Paragraphen 129 und seiner Zusatzparagraphen drastische Folgen für linke Aktivist*innen wie für die öffentliche Wahrnehmung antifaschistischer Arbeit und somit für die Stabilität demokratischer Grundwerte im Allgemeinen haben kann und mitunter auf die Verurteilung von Personen, denen abseits des dehnbaren Straftatbestandes keinerlei justiziable Aktivitäten nachzuweisen sind, abzielt, zeigt sich beispiellos im Antifa-Ost-Verfahren rund um die Hauptangeklagte Lina E. am Oberlandesgericht Dresden.

Die Verurteilung von Lina E. basiert maßgeblich auf den „Ermittlungsergebnissen“ der im LKA Sachsen angesiedelten Soko LinX, die während des sächsischen Kommunalwahlkampfes 2019 vom damaligen CDU-geführten Justizministerium und Innenministerium Sachsens gegründet wurde und medienwirksam den Kampf gegen den vermeintlichen Linksextremismus aufnahm. Ausgestattet mit den Befugnissen durch den Verdacht einer „kriminellen Vereinigung“, den zunächst das LKA Sachsen gegenüber Lina E. und ihrem politischen Umfeld äußerte und den dann sogar die übergeordnete Bundesanwaltschaft fortführte, wurden monatelang enorme Ressourcen gebündelt und intensivste Durchsuchungs- und Überwachungspraktiken gegen linke Initiativen in Sachsen angewandt. Dabei fiel die Soko LinX mehrfach durch grenzwertige, teilweise im Nachhinein als rechtswidrig anerkannte, repressive Ermittlungsmethoden und gewalttätige Razzien (insbesondere in Leipzig Connewitz), Zusammenarbeit mit bekennenden Neonazis und dubiose Kommunikationsverflechtungen mit der Springer-Presse und dem rechtsradikalen Magazin Compact auf.

Mit Verurteilungen über §129a zu teils mehrjährigen Haftstrafen kann die Bundesanwaltschaft nicht nur nach außen hin signalisieren, dass sie konsequenten Antifaschismus kriminalisiert, sondern auch Präzedenzfälle zur Verfolgung linker und insbesondere antifaschistischer Aktivist*innen sowie ihres weiten persönlichen Umfeldes über den §129 schaffen.

Der Umriss der umstrittenen Ermittlungen im Zuge des Antifa-Ost-Verfahrens wirft zum einen fallspezifische Fragen nach der Neutralität und Wahrung der rechtsstaatlich festgeschriebenen Unschuldsvermutung in Hinblick auf die Verurteilung Lina E.s und ihrer Mitangeklagten als Mitglieder beziehungsweise Rädelsführerin einer kriminellen Vereinigung auf. Darüber hinaus dient der im Mai 2023 abgeschlossene Prozess jedoch als Paradebeispiel für die weitgehenden und mit Grundrechten teilweise konfligierenden Befugnisse für den staatlichen Sicherheitsapparat durch einen bloßen Verdacht und die daraus folgende Anwendung des §129 StGB.

Ein progressives Verständnis von demokratischer Rechtsstaatlichkeit erfordert auch beim Schutz der öffentlichen Sicherheit vor kriminellen oder gar terroristischen Vereinigungen die konsequente Wahrung der Grundrechte aller Bürger*innen. Angesichts der Tatsache, dass die größte Bedrohung demokratischer Grundwerte im Rechtsextremismus liegt, ist auch jener in aller Konsequenz ins Visier rechtsstaatlicher Ermittlungen zu nehmen. Der §129 im Strafgesetzbuch erweist sich jedoch bei der Betrachtung seiner Anwendungsbereiche als ein Vehikel der Umgehung rechtsstaatlicher Prinzipien durch staatliche Sicherheitsbehörden, die offenbar immer noch nicht frei von Fabulationen einer „Gefahr von links“ sind, wie die regelmäßige Repression gegen Klimaktivist*innen und Antifaschist*innen im Zuge von 129er-Ermittlungen zeigt.

Für uns steht fest, dass ein links-progressives Sicherheitsverständnis Protest und Engagement der Zivilgesellschaft nicht vorweg kriminalisieren darf, sobald sie radikal demokratische oder konsequent antifaschistische Positionen einnimmt. Der §129 StGB und insbesondere der §129a ermöglichen durch ihren breiten juristischen Spielraum in ihren derzeitigen Formulierungen jedoch genau das und legalisieren staatliche Repression linker Bewegungen.

Deshalb fordern wir:

- Die Abschaffung des §129a StGB
- Die Reform der §§129, 129a StGB nach progressiven rechtsstaatlichen Prinzipien
- Die wissenschaftliche Evaluation des Antifa-Ost-Verfahrens am Oberlandesgericht Dresden
- Eine konsequente Ausrichtung der staatlichen Sicherheitsbehörden auf den Schutz vor rechtsextremer Bedrohungen

Antrag I08: Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken!

Sachgebiet:

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Das heutige Strafjustizsystem mit seinen verschiedenen Elementen ist durch seine
2 historische Entwicklung durch reiche, weiße Männer beeinflusst und dominiert. Dieses
3 Sinnbild patriarchaler Machtausübung schlägt sich nieder in der Frage, was
4 kriminalisiert wird, wie und von wem Strafverfolgung stattfindet und wie die
5 Gesellschaft mit sozial konstruierter Kriminalität umgeht. Neben den
6 Sicherheitsbehörden wie der Polizei stellen das karzerale Strafvollzugswesen und die
7 Erfassung der darin behandelten Kriminalität zentrale und dringend zu reformierende
8 Elemente des Strafjustizsystem dar.

9 **Strafjustizsystem und Gefängnisse**

10 Unsere geschlechtsspezifische Sozialisation reicht bis in das Kriminalitätsverhalten
11 und das Strafvollzugswesen herein. Dieses ist heteronormativ organisiert und dabei
12 besonders an der männlichen Norm orientiert, was zur Benachteiligung der Bedürfnisse
13 von allen führt, die nicht männlich sind oder so gelesen werden. Der Anteil von
14 weiblichen Personen an den Gefängnisinsass*innen in der Bundesrepublik Deutschland
15 beträgt circa 6 %. Frauen begehen tendenziell weniger schwere Straf- und Gewalttaten
16 als Männer, sodass sie auch überwiegend geringere Sanktionen und kürzere Haftstrafen
17 verbüßen müssen. Durch ihren geringen Anteil und die kürzere Verweildauer sind die
18 Bedingungen vor Ort oftmals nicht angemessen auf sie eingestellt. So leiden Frauen
19 und weiblich Gelesene mehr unter der Zerrüttung der familiären Strukturen durch ihren
20 Haftaufenthalt, was künftiges straffälliges Verhalten fördert. Bei Frauen und
21 weiblich Gelesenen ist der Anteil der Betäubungsmittelabhängigen mit circa der Hälfte
22 größer als mit einem Drittel bei den Männern, ohne dass allerdings
23 Betäubungsmittelabhängigkeit hier besonders thematisiert wird. Außerdem sind viele
24 der weiblichen Inhaftierten Opfer von sexueller Gewalt oder sexuellen Übergriffen
25 gewesen, sodass die Tendenz besteht, dass sie nach ihrer Entlassung wieder in
26 gewalttätige Beziehungen zurück geraten. Hier braucht es dringend andere
27 Unterstützungsangebote. Psychische Erkrankungen wie Depressionen und Suizidalität
28 sind häufig eine Folge der Inhaftierung, sodass eine auf diese Bedürfnisse
29 ausgerichtete soziale Unterstützung und Möglichkeiten zur Aufarbeitung von Traumata,
30 sowie die Erarbeitung von konstruktiven Bewältigungsmechanismen nötig ist. Gerade das
31 ist allerdings in Männeranstalten gar nicht der Fall. Schließlich wird auch die
32 medizinische Versorgung nicht den realen Ansprüchen gerecht, da insb. die Regelungen
33 zur Empfängnisverhütung, Abtreibungen und der Sterilisation ohne medizinische
34 Indikation lückenhaft sind. Weiter beachtet das Strafjustizsystem nicht die doppelte
35 Bestrafung von straffällig gewordenen Frauen und nicht binären Menschen, da diese
36 einmal durch die Verurteilung an sich und zusätzlich noch durch die Verletzung der
37 ihnen zugeschriebenen weiblichen Geschlechterrolle gesellschaftlich bestraft werden.

Die Sanktionen durch die Verurteilung wirken daher umso stärker. Dies sollte im Strafmaß unter Beleuchtung aller Umstände des Einzelfalls berücksichtigt werden.

Schutzräume nicht vorhanden - Trennungsgebote nicht umgesetzt

Oftmals werden die Trennungsgebote zwischen Untersuchungshaft und Strafvollzug, Erwachsenen- und Jugendhaft sowie Männer- und Frauenvollzug nicht eingehalten. Weibliche Inhaftierte waren in Deutschland in 45 Anstalten untergebracht, wobei es in Deutschland nur 5 reine Frauen-Justizvollzugsanstalten gibt. Das bedeutet, dass weniger als die Hälfte der weiblichen Inhaftierten in reinen Frauenanstalten untergebracht ist und ein Großteil ihre Strafen in gesonderten Frauenabteilen von Männeranstalten verbüßt. Doch auch die Anzahl an Männeranstalten, die bundesweit Frauen und nicht binäre Menschen aufnehmen, reicht nicht aus, sodass der Frauenvollzug bundesweit überbelegt ist und die Frauen und nicht binäre Menschen nicht wohnortnah untergebracht werden können. Die große Entfernung zum Wohnort stellt ein Hindernis sowohl bei der Kontaktaufrechterhaltung mit der Familie und Freund*innen, als auch bei der Entlassungsvorbereitung dar. Durch die große Distanz ist es bei Vollzugslockerungen schwieriger, Besuche Zuhause abzustatten und es wird bei der Wiedereingliederung auf große Distanz schwieriger, sich eine neue Arbeitsstelle zu suchen. Das steht dem Resozialisierungsziel des Strafvollzugs gemäß § 1 S. 1 StVollzG NRW entgegen und benachteiligt Frauen und nicht binäre Menschen damit mit Blick auf ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft und zurück in ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten. Darüber hinaus werden Frauen häufig wegen straffälliger männlicher Partner ebenfalls straffällig. Ein Strafjustizsystem muss dafür sorgen, dass Menschen, welche mit diesen in Berührung kommen, nicht in die gleichen negativen Abhängigkeitsverhältnisse geraten.

Arbeits- und Ausbildungssituation

Bezüglich der Arbeits- und Ausbildungssituation ergeben sich weitere Besonderheiten: Viele befinden sich tendenziell in einer sozio-ökonomischen ungünstigeren Lage, verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung, weisen einen höheren Anteil an Sozialhilfeempfängerinnen und damit auch eine niedrigere Beschäftigungsquote auf. Das Ausbildungsangebot ist gerade in kleineren Haftanstalten meist auf „klassische Frauenberufe“ beschränkt. Ebenfalls sind die Chancen durch ihren Lebenslauf und die Haft auf dem Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt, wenn mancherorts nur eine begrenzte Anzahl an Ausbildungsberufen möglich sind, die häufig als schlecht bezahlte Berufe kaum Perspektive für ein finanziell abgesichertes Leben außerhalb der Haft bieten. Des Weiteren sind die Beschäftigungsmöglichkeiten insgesamt unzureichend, wodurch die Frauen und nicht binären Menschen beschäftigungslos bleiben und nicht die Chance haben, ihre Schulden zu tilgen oder sich Rücklagen aufzubauen. Gänzlich aus dem Raster fallen diejenigen, deren Haftzeit zu kurz für die Wahrnehmung eines Ausbildungsangebots ist, oder die wegen ihres zu geringen Bildungsniveaus nicht für die Teilnahme geeignet sind. Hier braucht es bessere Bildungs- und Hilfsangebote, welche sich auch auf die Bereiche von psychosozialer Beratung erstrecken sollten. Hier ist auch eine Kooperation mit ortsansässigen Berufsschulen denkbar. Dies würde

sowohl das Problem der für eine gesamte Ausbildung zu kurzen Haftzeit, als auch das der mangelnden Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten angehen.

Gefängnisse mit zweifelhafter Legitimität und Nutzen

Es kann kein Antrag zum Strafjustizsystem gestellt werden, ohne eine grundsätzliche Kritik an Gefängnissen miteinzubeziehen. Gefängnisse sind der ultimative Ausdruck des staatlichen Gewaltmonopols, jedoch mit zweifelhafter Legitimität. Menschen in Gefängnissen sind der staatlichen Gewaltausübung schutzlos ausgeliefert und sind dabei einem massiven Machtgefälle unterworfen, in welchem sich Rassismen und Sexismen wiederfinden. Zudem tritt der Staat selbst häufig als Täter auf, bspw. in Fällen von Polizeigewalt gegen BIPOC.

Gerade Konservative sehen in Gefängnissen ein Mittel gegen sexualisierte Gewalt aufgrund einer angeblichen Präventiv- bzw. Abschreckungswirkung. Allerdings ist diese weitgehend widerlegt und damit auch kein ausreichender Legitimationsgrund. Im Gegenteil besteht ein empirisch belegtes erhöhtes Risiko, im Gefängnis sexualisierte Gewalt zu erfahren. Die Vergewaltigungen zwischen Männern im Gefängnis dienen nicht primär der sexuellen Befriedigung, sondern sind Ausdruck der vorherrschenden gesellschaftlichen Misogynie. Vorstellungen wie "jemanden zur Frau machen" und die damit verbundene Sicherung von Machtpositionen kommen hier zum Tragen. Darüber hinaus sind Sicherheitsbehörden wie Polizei und Justizvollzugsanstalten patriarchale Organisationen und können damit keine wirksamen Mittel zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt sein. Die Effektivität der Gefängnisse als Mittel gegen sexualisierte Gewalt ist auch vor dem Hintergrund, dass nur 0,38 % aller Sexualstraftaten zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung führen, sehr fraglich. Das primäre Ziel der Sicherung der gewaltausübenden Person wird also kaum erfüllt, sondern das Problem nur in den Haftkontext verschoben.

Gefängnis als Mittel zur Herstellung von Gerechtigkeit

Darüber hinaus werden mit der Fokussierung eines Strafjustizsystems auf Gefängnisse und Einzelverurteilungen zentrale Bedürfnisse der Betroffenen missachtet und es kommt zu einer Individualisierung der Täter*innen. Zentral für die Verarbeitung des Erlebten ist die Anerkennung der Schuld durch die Täter*innen und die Entschuldigung und Reue gegenüber der Betroffenen und Opfer. Dies ist ohne Geständnis aber kaum möglich, was wiederum die Verurteilung garantieren würde und daher nur selten passiert. Die Herbeiführung von Gerechtigkeit für die Betroffenen und Opfer spielt nur eine untergeordnete Rolle. Opfer dienen der Strafverfolgung maximal als Beweismittel in Form von Zeug*innenaussagen. Erneut wird das Patriarchat als grundlegende Ursache für geschlechtsspezifische Gewalt nicht mitbetrachtet und verliert somit auch an gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit. Das Gewaltnarrativ einzelner Vorfälle physischer Gewalt gewinnt gegenüber dem eigentlich ursächlichen, sozialisierten mangelnden Kontrollverhalten und misogynen Praxis. Eine Verhaltensänderung bei der gewaltausübenden Person wird nicht ausreichend angestoßen. Eine solche würde individuell einer wiederholten Gewaltausübung vorbeugen und strukturell die patriarchale Gewalt produzierenden Wirkungsmechanismen anerkennen und

diesen entgegenwirken. Ein Strafjustizsystem, welches diese zentralen Punkte außer Acht lässt, kann und darf nicht bestehen bleiben. Eine feministische Umstrukturierung ist alternativlos.

Abolitionismus, Transformative Gerechtigkeit und Forderungen

Gehalte der Abolitionismus-Bewegung und der transformativen Gerechtigkeit sind demnach im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt deutlich vorzugswürdiger. So braucht es einen Ausbau des sog. Täter-Opfer-Ausgleichs. Weitere - auch gesellschaftliche - Maßnahmen der Verantwortungsübernahme und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Personen sind unabdingbar. Es geht hierbei darum, nicht-staatliche Institutionen und Räume für eine gesellschaftliche Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht für entstandene Verbrechen zu schaffen. Die Unabhängigkeit von einer staatlichen patriarchalen Schutzmacht ist notwendig, um den liberalen negativen Schutzbegriff abzulegen und tatsächliche positive Sicherheit herstellen zu können. Es braucht mehr Mittel für psychosozialen Beratungsstellen und Notdienste, Sozialarbeiter*innen, Bildungseinrichtungen, Hausprojekte, Frauenhäuser und insb. der Aufbau von Strukturen transformativer Gerechtigkeit zu fördern. Hilfsangebote dürfen dabei nicht der kapitalistischen Gewinnmaxime unterworfen werden. Sie müssen durch öffentliche Gelder ausfinanziert werden. Andere Maßnahmen außerhalb des Strafjustizsystems wie bezahlbare Mieten, günstige Lebensmittel und soziale Gerechtigkeit stellen tatsächliche Sicherheit her und müssen als solche stärker verfolgt werden.

Die Umstrukturierung und teilweise Auflösung des bestehenden Strafjustizsystems ist notwendig, da das jetzige karzerale System gesellschaftliche, strukturelle Diskriminierungsformen sowie Macht- und Gewaltverhältnisse zulässt und gleichzeitig an einer falschen Vorstellung von sicherheitsschaffenden Maßnahmen festhält. Gleichzeitig verschlimmern sich die bestehenden Verhältnisse, da das bestehende patriarchale, kapitalistische und rassistische System Kriminalitätsgründe reproduziert und vermehrt. Neben kurzfristigen Mindeständerungen ist daher eine grundlegende Reform dringlich notwendig.

Wir fordern:

- besondere Schutzräume für Menschen außerhalb des heteronormativen Systems
- Schaffung bundeseinheitlicher Regelungen zum Umgang mit INTA Personen im Strafvollzug
- umfassende soziale, finanzielle, psychische und gesundheitliche Unterstützung und Versorgung von FINTA in und nach der Haft in Form von Beratungs- und Therapieangeboten für Sucht- und andere psychische Erkrankungen
- verbesserte, auf die Bedürfnisse der Inhaftierten abgestimmte Haftbedingungen:
 - Ausbau von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten mit der Chance auf echte wirtschaftliche Unabhängigkeit, auch für kurzfristige Aufenthalte
 - Einhaltung der Trennungsgebote zu männlichen Inhaftierten, zwischen verschiedener Schweregraden von Straftaten und Alter der Inhaftierten

- Besondere Aufenthalts- und Begegnungsräume, welche auch Kinder gerecht ausgestaltet sind
- Wohnortnahe Unterbringungsmöglichkeiten, auch in anderen Modellen als der klassischen Haftanstalt
- Finanzielle Unterstützung und infrastrukturellen Ausbau der Besuchsmöglichkeiten
- Grundlegendes Umdenken in der Nutzung von Gefängnissen und eine gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Kriminalität nach abolitionistischer Vorstellung
- Umbau und Ergänzung des Strafjustizsystems nach Ansätzen transformativer Gerechtigkeit, insb. durch Umverteilung finanzieller Mittel
- Verteilung der Finanzmittel zugunsten von Beratungsangeboten und zivilgesellschaftlichen Schutzräumen und damit ein Fokus auf nachhaltige Prävention statt reaktive Repression
- Schaffung zivilgesellschaftlicher Institutionen kollektiver Verantwortlichkeit zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt

Kriminalstatistiken

Verdunkelungsgefahr: Die Schwächen verzerrter Hellfelddaten

Kriminalstatistiken nehmen in unserem Rechtsstaat eine machtvolle Position ein. Sie sind Grundlage für zentrale und wirkungsstarke innen- und sozialpolitische Entscheidungen und haben eine massive mediale und gesellschaftliche Aussagekraft und Rezeption. Damit beeinflussen sie auch den politischen Meinungsbildungsprozess. Wenn in Medien und Politik von Statistiken die Rede ist, wird sich oft auf sogenannte Hellfelddaten wie die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bezogen. Diese wird im Bund vom Bundeskriminalamt (BKA) herausgegeben und bietet einen Überblick über die in Deutschland jährliche registrierte Kriminalität. Und hier beginnen bereits die ersten Probleme: Weil die Hellfeldstatistiken wie die PKS nur die polizeiliche registrierte, also bekannt gewordene Kriminalität abbilden, lassen sich aus ihr schwerlich Verallgemeinerungen für die tatsächliche Verbreitung bestimmter Delikte ableiten. Schätzungsweise decken die offiziellen Kriminalstatistiken nur 70-80 % der begangenen Straftaten ab. Neben der Tatsache, dass Hellfeldstatistiken demnach nie repräsentativ für die Gesamtheit der Straftaten sind und ein geringeres Kriminalitätsausmaß als das tatsächliche suggerieren, sind die dort erfassten Daten in ihren Proportionen hinsichtlich der Deliktsarten und bestimmten Bevölkerungsgruppen verschiedenen Verzerrungsfaktoren unterworfen:

Anzeigenerstattung - Wer zeigt Straftaten an und welche werden angezeigt?

Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt, Missbrauch von Kindern, behinderten und älteren Menschen sind in den offiziellen Statistiken stark unterrepräsentiert! Um in der PKS aufzutauchen, muss zunächst die Ermittlungsbehörde Kenntnis von der Straftat erlangen. Das tut sie in 90% der Fälle nicht durch eigene Ermittlungen, sondern durch

die Erstattung einer Anzeige. Dabei hängt die Anzeigebereitschaft in der Gesellschaft maßgeblich von den Straf- und Kriminalitätseinstellungen, die wiederum ihrerseits von Vorurteilen und Sozialisation, der öffentlichen Kriminalitätsdiskussion sowie der Beziehung zwischen Täter*in und Opfer ab. Die Gründe, warum zahlreiche Delikte nicht angezeigt werden, sind vielseitig und erfordern politisches Handeln.

Zum einen wirken enge persönliche, soziale oder organisatorische Beziehungen selbst bei schweren Delikten wie Gewalt- oder Sexualdelikten hindernd für eine Anzeige, sodass das Hellfeld hier kaum Aufschluss über den tatsächlichen Umfang geben kann. Dies sind Delikte die vor allem FINTA*-Personen betreffen. Die gewalttätige Person übt typischerweise Kontrolle und Macht über das Opfer aus. Insb. ist dies der Fall bei Misshandlung älterer Menschen oder Kindern, sexualisierter und häuslicher Gewalt. Gründe dafür finden sich auch in der langanhaltenden Trennung der privaten und öffentlichen Sphäre: Das, was zuhause in der kapitalistischen Kleinfamilie passiert, bleibt zuhause. Hier ließe sich auch aus Perspektive transformativer Gerechtigkeit über andere gemeinschaftlich-orientierte Wohnkonzepte als Mittel gegen geschlechtsspezifische Gewalt nachdenken.

Institutionell stellt die Polizei als Ort der Anzeigeerstattung hinsichtlich ihrer patriarchalen Organisation keinen sicheren Raum für Betroffene von geschlechtsspezifischer bzw. sexualisierter Gewalt dar. Die Angst davor, dass den eigenen Schilderungen nicht geglaubt, sie abgetan oder relativiert werden oder eine Partizipation an dem strafrechtlichen Aufklärungsprozess erneut traumatisierende Wirkung haben kann, hemmt die Anzeigebereitschaft gerade der Opfer sexualisierter Gewalt und Hassverbrechen. Hier müssen umfangreiche Schulungen der Polizeibeamt*innen im Dienst stattfinden und der Umgang mit Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt und Hassverbrechen fester Bestandteil in der Ausbildung werden und geschulte Beamt*innen schnell verfügbar sein. Auf Wunsch sollte es Frauen ermöglicht werden, die Anzeigeerstattungs- und Aussagegespräche mit einer Frau zu führen. Zudem wirkt sich ein berechtigtes fehlendes Vertrauen in die Unterstützung und Konsequenzen durch Strafjustizsystem, Polizei und Gesellschaft hemmend auf die Anzeigenerstattung aus. Selbst im Hellfeld liegt die Verurteilungsrate bei nur 10 % der angezeigten Sexualstraftaten. Von den verurteilten Fällen kommt es zudem nur in 2 % zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Im Kontext des Dunkelfeldes folgt also auf nur 0,38% aller Sexualstraftaten eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Ein weiterer Aspekt ist die Angst vor öffentlicher Verurteilung und vor den Konsequenzen, wenn eine Verurteilung ausbleibt.

Anzeigenregistrierung - Wie geht die Polizei mit Anzeigen um?

Auch der Vorgang der Registrierung durch die Ermittlungsbehörde verzerrt die Daten. Faktoren wie Ressourcenmangel, politischer Druck oder individuelles Ermessen der Polizeibeamt*innen beeinflussen die Erfassungspraktiken und den Ermittlungsnachdruck. Bei der Aufnahme und Verfolgung von Straftaten kommt der Polizei ein enormer Entscheidungsspielraum zu, da die Registrierung und Bewertung von Kriminalität stets in einem Zuschreibungsprozess steht bzw. den individuellen Welt- und

Wertvorstellungen der Beamt*innen unterworfen ist. Daraus ergeben sich für die Entstehung und Verfolgung eines Anfangsverdachts Einfallstore für Diskriminierungen von Minderheiten: Umfangreich durch aktuelle Dunkelfeldstudien belegte rassistische, sexistische, queergefeindliche oder klassistische Einstellungen innerhalb der Polizei und Staatsanwaltschaft können den Registrierungsprozess also wesentlich beeinflussen. So wirkt sich die Idee des kriminologisch beschriebenen "echten" Opfers mit zutiefst sexistischen Vorstellungen aus: Das ideale Opfer darf keine soziale oder verwandtschaftliche Verbindung zur gewaltausübenden Person aufweisen und keine angebliche "Mitverantwortlichkeit" für die Tat bspw. durch das Tragen kurzer Kleidung haben. Betroffene, die nicht den gesellschaftlichen Ansprüchen eines solchen Opfers entsprechen, machen häufig retraumatisierende Erfahrungen in Behörden und Strafverfahren sowie außerhalb des Strafjustizsystems.

Ermittlungsverhalten - Wie und wonach wird ermittelt?

Für die angesprochenen 10 % der Delikte, die der Polizei durch eigene Ermittlungen bekannt werden, ist ein weiterer verzerrender Faktor relevant: der konkrete Einsatz der Ermittlungsressourcen der Polizei. Insb. Deliktsfelder, die häufig Gegenstand des politischen Diskurses sind, werden dabei schwerpunktmäßig ermittelt. Bereiche wie die Organisierte Kriminalität, Drogenkriminalität oder Politisch Motivierte Kriminalität haben damit ein deutlich größeres Hellfeld als geschlechtsspezifische Gewalt. Ganz erkennbar findet sich diese politische Priorisierung bei der von NRW-Innenminister Reul angeordneten rassistischen Verfolgung sog. "Clan-Kriminalität": Staatliche Gewaltausübung für das eigene Wähler*innenklientel auf Kosten von migrantisierten und rassifizierten Menschen. Diese Disproportionalität hat massive Folgen: Wenn bestimmte Deliktsbereiche oder bestimmte Bevölkerungsgruppen von den Statistiken überproportional erfasst werden, beeinflusst dies wiederum den Einsatz der polizeilichen Ressourcen und die strategische Ausrichtung. Dies führt dann zu einer Behandlung von gesellschaftlichen Problemen wider der Realität und beeinträchtigt die Wahrnehmung und Reaktion von Staat und Gesellschaft in Bezug auf die Verbreitung bestimmter Kriminalitätsphänomene wesentlich. Es bildet sich ein sich selbst legitimierender Kreislauf: Die politisch vorgegebene Stoßrichtung beeinflusst die Ermittlungen und damit für die Kriminalstatistiken, welche wiederum die medialen wie politischen Debatte um bestimmte Kriminalitätsfelder befeuern. Diese wird seitens der Politik Grundlage eines noch härteren Vorgehens. Zudem wird erneut eine falsche Neutralität der polizeilichen Arbeit und der Kriminalstatistiken konstruiert. Erstere steht in großer Abhängigkeit, die bspw. von Reul vorgegebene Ziele zu erreichen, um Finanzierung, Ausstattung und Kompetenzausweitung zu sichern. Die Unterrepräsentation von geschlechtsspezifischer Gewalt in den Kriminalstatistiken und in der Priorisierung der Ermittlungsschwerpunkte sind Sinnbild für die mangelnde Rezeption des Strafjustizsystems von dem Wirkungsmechanismus hinter dieser Gewalt: Geschlechtsspezifische Gewalt zielt auf die Erhaltung von Macht und Kontrolle ab. Diese patriarchale Perspektive greift deutlich zu kurz und verkennet die Realität.

Jahrelanger Missbrauch als eine Straftat? - Kategorisierung von Hellfelddaten

Auch die Art und Weise, wie Straftaten im Hellfeld kategorisiert und definiert werden, verzerrt die Wirklichkeit: Das starre Kategoriensystem mag Vergleichbarkeit in Zeit und Raum, also über Jahre und Bundesländer, schaffen, stellt aber einzelne Kriminalitätsphänomene undifferenziert und verkürzt dar oder hebt andere ohne sachlichen Grund besonders hervor. So werden wiederholte, jahrelange Missbrauchsfälle in der Statistik als ein bekannt gewordenes Sexualdelikt abgebildet. Die tatsächliche Anzahl an Gewalttaten wird damit bis zur Unkenntlichkeit verschleiert. Dass offizielle Hellfeldstatistiken und Lagebilder, die sog. Clankriminalität gegenüber sonstigen organisierten Kriminalitätsstrukturen gesondert und ausdrücklich allein anhand ethnisierender Merkmale wie einer türkisch-arabischen Abstammung darstellen und dabei bestimmte Familiennamen als Recherchestrategie nutzen, zeigt, dass schon die vorgegebenen Kategoriensysteme der Hellfelderfassung eine politische patriarchale und rassistische Agenda verfolgen. Wenn wie hier schon vom Ansatz her rassistische Kategoriensysteme aufgestellt werden, statt objektive, verhaltensbezogene Variablen zur Ausgangslage von Erfassung und Verfolgung organisierter Strukturen zu machen, werden ganze Bevölkerungsgruppen aus rassistischen Motiven unter Generalverdacht gestellt und polizeiliche Ressourcen für eine mindestens fragwürdige politische Agenda verpulvert. In dem das Landeskriminalamt NRW ein gesondertes Lagebild zum vermeintlich eigenständigen Kriminalitätsphänomen der sog. Clans herausgibt, reproduziert es also Stereotype und wirkt auf den gesellschaftspolitischen Diskurs ein.

Licht ins Dunkel bringen - Dunkelfeldstudien und Forderungen

Ein Licht ins Dunkel bringen von polizeilicher und politischer Seite stark vernachlässigte Dunkelfeldstudien. Diese umfassen Opfer-, Täter*innen- und Expert*innenbefragungen. Vorteile dieser Erhebungsweise sind bei repräsentativer Stichprobe die Verallgemeinerungsfähigkeit und die Erfassung von Erklärungszusammenhängen, die einen differenzierteren, ursachenbezogenen Umgang mit Kriminalität erlauben. Optimalen Falls wird Dunkelfeld-Forschung umfassend und über einen langen Zeitraum betrieben und liefert damit ein ergänzendes Korrektiv der offiziellen Statistiken, insb. im Bereich von Deliktsfeldern, die von der PKS schlecht erfasst werden, wie sexueller Missbrauch oder geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Zusammengefasst in aller Deutlichkeit: Hellfeldstatistiken sind verzerrt, nicht-repräsentativ, beeinflussbar, beeinflussend und undifferenziert. Wir fordern daher:

- Eine sachgerechte Interpretation und Rezeption aller empirischen Daten, statt populistischer Instrumentalisierung verzerrter Hellfelddaten
- Die Berücksichtigung von Dunkelfeldstudien, statt die alleinige Zugrundelegung polizeilich erfasster Daten
- Die finanzielle Förderung und Berücksichtigung bestehender wissenschaftlicher Erkenntnisse, statt symbolpolitische Pläne über neue, eigene Studien in bereits seit Jahrzehnten gut erforschten Kriminalitätsbereichen
- Die Förderung feministischer Kriminologie zur Aufdeckung unterdrückender und

- 329 patriarchaler Strukturen im Strafjustizsystem, statt die Reproduktion sozial-
330 konstruierter Geschlechterrollen im Kriminalitätskontext
- 331 • Den Abbau vorverurteilender Einstellungen und anzeigehemmenden Verhaltens bei
332 den Anzeigebehörden durch gesonderte Schulungen und Weiterbildungen, statt
333 struktureller Billigung der Suche nach "Mitverantwortlichkeit" der Opfer
- 334 • Die Ausrichtung kriminalpolitischer Initiativen nach repräsentativen
335 (Dunkelfeld-) Daten der Wissenschaft, statt unreflektierter Law-and-Order-
336 Politik
- 337 • Differenzierte, objektive Erfassungsmethoden/-kriterien innerhalb der
338 polizeilichen Statistiken und Lagebilder, statt diskriminierender, politisch
339 aufgeladener Variablen, bspw. durch die Erfassung von Missbrauchszeiten und
340 Umfang von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt
- 341 • Eine Fehlerkultur in staatlichen Behörden wie der Polizei, die sachliche,
342 seriöse und evidenzbasierte Kritik zulässt oder bestenfalls wünscht, statt jedes
343 kritische Wort als "Angriff auf die Polizei" oder "Polizei-Bashing" abzuwehren.
- 344 • Die breite Aufstellung von Ermittlungsschwerpunkten, statt rassistischer
345 Verfolgung von "Clan-Kriminalität"

Antrag K02: Jungsozialistisch einheizen statt heißer Luft – Wie die Wärmewende gelingen kann

Sachgebiet:

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

1 Warum brauchen wir die Wärmewende?

2 Deutschland hat sich zur Klimaneutralität bis 2045 verpflichtet, d.h. es dürfen keine
3 Emissionen von klimaschädlichen Gasen wie CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen werden.
4 Im Bereich der Privathaushalten fallen auf die Bereitstellung von Raumwärme und
5 Warmwasser 85% der Treibhausgasemissionen^[1] zurück. Heizungssysteme haben lange
6 Lebensdauern, deshalb müssen wir uns spätestens jetzt Gedanken machen, welche Systeme
7 in Zukunft verbaut werden dürfen und wie wir einen sozial gerechten Weg zur
8 Klimaneutralität in diesem Sektor erreichen.

9 In der näheren Zukunft werden die Preise für CO₂ Zertifikate den Erdgaspreis kräftig
10 nach oben treiben. 2021 machten die CO₂-Preise etwa 0,5ct beim Erdgaspreis aus.
11 Dieser Preis ist stetig angestiegen und wird es auch in Zukunft weiter tun. Ab 2026
12 startet die offene Versteigerung der CO₂-Zertifikate, dann wird mit einem zwei- bis
13 dreimal so hohen CO₂-Preis gerechnet.^[2]

14 Die daraus resultierenden steigenden Heizkosten werden auf die Mieter*innen umgelegt
15 werden, wenn Vermieter*innen sich lieber die günstige Gasheizung einbauen lassen
16 anstatt ihrer Verantwortung als Eigentümer*innen gerecht zu werden und eine
17 klimafreundliche Heizung zu verbauen.

18 Solch eine schleichende, aber stetige Kostensteigerung ist ein schlechter
19 Verbraucherschutz. Diesen gilt es zu korrigieren und zu verbessern. Ein zeitnahes
20 Einbauverbot von fossilen Heizungen spart Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen
21 also späte, aber hohe Folgekosten im Verbrauch. Ein Einbauverbot von Öl und
22 Gasheizungen ist umgesetzter Mieter- und Klimaschutz!

23 Wie schaffen wir die Wärmewende in Deutschland?

24 **Säule1, die Fernwärme:** Als Fernwärme wird Warmwasser bezeichnet, das durch isolierte
25 Rohre zu der*dem Verbraucher*in fließt und somit Wärme für das Heizen und Warmwasser
26 zum Duschen bereitstellt. Dazu muss die Wärme von einem kommunalen Energieversorger
27 bereitgestellt werden. Aufgrund der Verlegung von neuen Rohren ist eine kommunale
28 Wärmeplanung erforderlich. Hier kann dann festgelegt werden, wo Fernwärme verlegt
29 wird und wo und durch was sie bereitgestellt wird. Gerade in urbanen Räumen ist die
30 Fernwärme lohnenswert, da Wege hier kurz und gute Absätze möglich sind. Wichtig dabei
31 ist, dass es in Zukunft keinen Zwang zur Abnahme der Fernwärme geben sollte, damit
32 sich faire und kompetitive Preise zwischen verschiedenen Heizungssystemen bilden
33 können. Dadurch wird sichergestellt, dass Endnutzer:innen nur indirekt
34 Investitionskosten tragen müssen. Die Wahl der Technologie, mit der die Fernwärme
35 bereitgestellt wird, trifft der Energieversorger. So kann das kommunale Unternehmen
36 zeitnah den Umstieg auf eine klimafreundliche und effiziente Wärmequelle planen.
37 Mittelfristig sollen die kommunalen Unternehmen auch dazu verpflichtet werden, die

Fernwärme klimaneutral bereitzustellen.

Säule 2, die Wärmepumpe: Eine Wärmepumpe kann mithilfe elektrischer Energie Umgebungswärme beziehen und auf Heiztemperaturniveau anheben. Der sogenannte Jahresarbeitszahl (JAZ) bezeichnet das Verhältnis aus der im Jahr bereitgestellten Heizwärme zum im Jahr eingesetzten elektrischen Energie. Dieser beträgt unter realen Einsatzbedingungen sehr selten weniger als 2,5. [3] Aus einer Kilowattstunde kann also mindestens 2,5 Kilowattstunden Raumwärme bereitgestellt werden, in vielen Fällen beträgt die JAZ sogar mehr als 3. Konventionelle Heizungen können nie mehr als eine JAZ von 1 erreichen.

Es zirkulieren in der öffentlichen Debatte noch viele Fehlinformationen zu den Einbaumöglichkeiten einer Wärmepumpe. Oft verfängt sich das Gerücht, dass eine Wärmepumpe nur mit großem Umbauaufwand eingebaut werden könnte. Mit Szenarien zum Umbauzwang des gesamten Heizungssystems, bspw. zu einer Fußbodenheizung, wurde vielen Menschen Angst gemacht. Es stimmt, dass mit sinkender Wärmeübertragungsfläche die Effizienz von Wärmepumpen sinkt. Allerdings lässt sich schon mit größer dimensionierten, klassischen Heizkörpern wie sie in jedem Zimmer stehen, ein gutes Niveau der Effizienz erreichen. Hier reicht im Zweifel ein einfacher Tausch der Heizkörper. Die Kosten für einen solchen Tausch könnten durch entsprechende Fördermaßnahmen für Menschen mit geringeren Einkommen abgedeckt werden.

Auch Geräuschemissionen sind nicht das Problem, das manche daraus machen. Es gibt genug Möglichkeiten, den Geräuschpegel auf die gesetzlichen Vorgaben zu senken. Zum einen gibt es günstige bauliche Maßnahmen, zum anderen kann man durch intelligente Steuerung den Nachtbetrieb einschränken, sodass Ruhestörung kein Problem ist.

Säule 3, das Biogas: Biogas kann nur in begrenztem Ausmaß Erdgas ersetzen. Der limitierende Faktor ist hier die Flächennutzungskonkurrenz. Auf den gleichen Flächen, wo Mais oder Raps für Biogas angebaut wird, könnte der gleiche Mais oder andere Pflanzen für andere Zwecke angebaut werden, insbesondere für Lebensmittel. Eine signifikante Ausweitung von Flächen zur Biogas-/Biodieselerzeugung verbietet sich im Lichte weltweiten Hungers. Rein von der Effizienz betrachtet ist Biogas auch nicht sinnvoll, eine Photovoltaikanlage "erntet" mehr Energie pro Fläche, als es Energiepflanzen je tun könnten. Eine Ausweitung von Biogas aus Energiepflanzen ist nicht erstrebenswert.

Und der Rest?

Die Wasserstoffheizung ist als Alternative eine Illusion! Wenn Wasserstoff über Elektrolyse bereitgestellt wird, würde das bei einem Strompreis für Großabnehmer von 10ct/kWh [4] nur an reinen Übertragungsentgelten und Stromsteuern betragen. Mit realistischen Umwandlungswirkungsgraden [5] und ohne(!) Kapitalkosten für die Umwandlung landet man dann bei knapp 13ct/kWh. Dieser Preis geht dabei vom Best-Case von Spotmarktpreisen von Strom nahe Null aus.

Wenn von gleichen Bedingungen beim Strombezug zwischen Wasserstoff und Wärmepumpe ausgegangen wird ist dieser Preis realistisch. Andere Szenarien gehen von niedrigeren

Wasserstoffpreisen aus, da fallen dann aber Netzentgelte und Steuern beim Strombezug weg. Das ist kein fairer Vergleich, wir wollen keine Wettbewerbsverzerrung bei der Wahl der neuen klimaneutralen Heizung!

Zum Vergleich: Durch die Gaspreisbremse der Bundesregierung ist der Gaspreis aktuell bei 12ct/kWh festgesetzt. Viele Menschen ächzen schon unter diesen gedeckelten Erdgaspreisen. Eine Wasserstoffheizung kann also keine menschenfreundliche Option sein!

Wasserstoff wird benötigt, um viele chemische Prozesse in der Industrie klimaneutral umgestalten zu können. Wir brauchen keine Verknappung von Wasserstoff durch ineffiziente Verbrennung beim Heizen.

Importierter Elektrolyse-Wasserstoff ist auch keine preisrealistische Alternative.

Die Kosten für den Seetransport sind einfach zu hoch.[\[6\]](#)

Selbst die Verstromung des Wasserstoffes in einem Gas-und-Dampf-Kraftwerk (GuD) mit Wärmepumpe ist gegenüber einem Gaskessel von der Effizienz immer noch deutlich besser.

Effizienzsteigerungen in unserem Umgang mit Energie sind nötig, damit wir die Energiewende schaffen. Wir werden in Zukunft weitere Schwierigkeiten haben, genug erneuerbare Energien in Deutschland bereitzustellen, durch die Ineffizienz von Wasserstoffheizungen wäre deren Verwendung nicht zielführend![\[7\]](#)

Holzkamine stellen in den meisten Fällen kein vollwertiges Heizsystem dar, sondern nur eine Zusatzheizung mit einer angenehmen Atmosphäre. Dementsprechend sollten diese auch nicht Teil der Subventionen oder der neuen Einbauregelungen sein. Es gibt Holzpellet-Heizungen, die als vollwertige Heizungen verbaut werden. Es gibt eine EU-Richtlinie, die Holz als Klimaneutrale Energie festlegt. Gleichzeitig stellt die Verbrennung von Holz eine sehr starke Feinstaubbelastung dar. Die Ökobilanz von Holz ist umstritten, je nach Annahme, was mit dem Holz im Alternativfall passiert wäre. Und schauen wir uns doch in Deutschland und der EU um, so viel Wald haben wir nicht, dass wir ihn verfeuern könnten und gleichzeitig genug wieder aufforsten.

Etagenheizungen stellen eine starke Herausforderung dar, weil hier größere Umbaumaßnahmen notwendig sind, um bspw. Fernwärme bereitzustellen. Hier müssen neue Rohre verlegt und Kamine verschlossen werden. Wir halten spätere Fristen zum Einbau hier für sinnvoll, um den besonderen Herausforderungen in diesem Segment gerecht zu werden.

Wie sieht das mit den Kosten für die Haushalte aus?

Investitionskosten stellen das Hauptproblem zur Umsetzung dar, falls eine Wärmepumpe beschafft wird. Die Anschaffungs- und Installationskosten sind hier im Vergleich deutlich höher, deswegen sind Förderungen so wichtig. Beim Umstieg auf Fernwärme stellt sich dieses Problem nicht.

Im Vergleich der laufenden Kosten zwischen einer Wärmepumpe und einer Gasheizung ist die Wärmepumpe deutlich günstiger. Betrachtet man aktuelle Arbeitspreise von Strom[\[8\]](#) und Erdgas[\[9\]](#), realistische Wartungskosten und eine konservativ geschätzte

120 Jahresarbeitszahl, sinken die laufenden Kosten spürbar. Fernwärme ist in den
121 laufenden Kosten teurer, jedoch gibt es hier keine großen Investitionskosten für
122 den*die Verbraucher*in.

123 **Was ist mit Dämmen?**

124 Dämmen ist prinzipiell immer sinnvoll. Der Heizbedarf kann hier stark gesenkt werden,
125 wodurch ein guter und wichtiger Beitrag zum Einsparen von Strom/anderen Heizträgern
126 geleistet wird. Isoliert betrachtet reicht das Dämmen aber nicht, um klimaneutral zu
127 werden. Zudem sind die Anforderungen an die Umbaumaßnahmen sowohl aus finanzieller
128 als auch aus umbautechnischer Sicht deutlich höher. Vollständig ausgetauschte Fenster
129 und Fensterrahmen, Türen, sonstigen Wärmebrücken und Fassadendämmung sind nicht
130 günstig und benötigen einfach viel mehr Arbeitsstunden.

131 **Was für Subventionen sollte es geben?**

132 Bei den Subventionen gilt es drei Aspekte zu beachten: Die Geschwindigkeit und die
133 Höhe der Förderungen, sowie die Preisentwicklung der fossilen und erneuerbaren
134 Energieträger.

- 135 • Die Geschwindigkeit der Förderungen ist essenziell für das Vertrauen in die
136 Maßnahmen. Lange Prüfprozesse schlagen tiefe Löcher in die Haushalte und
137 bedrohen deren Liquidität. So etwas darf nicht passieren.
 - 138 • Die Höhe der Förderungen beeinflusst maßgeblich die kurzfristige Belastung für
139 die Haushalte und Kleinunternehmen. Die Höhe sollte sich deshalb vor allem am
140 Preis des Austausches von konventionellen Heizungssystemen orientieren. Sprich,
141 die Anschaffungs- und Einbaukosten sollten gerade für finanziell schlechter
142 gestellte Verbraucher*innen am Ende recht ähnlich zu einer Gas- oder Ölheizung
143 sein.
 - 144 • Der Unterschied vom Gas- oder Ölpreis zum Preis des alternativen Energieträgers
145 ist entscheidend dafür, ob ein Heizungstausch aus rein ökonomischer Sicht Sinn
146 macht. Falls die Preisdifferenz so ist, dass durch den Umbau für die
147 Verbraucher*innen eine langfristige, aber deutliche Entlastung entsteht, besteht
148 kein Bedarf für Direktförderungen, sondern nur Kreditprogramme seitens der KfW,
149 um die kurzfristige Liquidität sicherzustellen. Direktförderungen sind dann
150 sinnvoll, wenn die sich einstellende Preisdifferenz gering ist.
- 151 Diese Aspekte gilt es in der Finanzierung abzubilden.[\[10\]](#) Insbesondere eine reine
152 Direktförderung würde bei einer Preisentwicklung mit hohem Gas- und niedrigem
153 Strompreis einer Gießkannensubvention für alle Haushalte gleichkommen. Das brauchen
154 wir nicht, es gibt genug andere spezifischere Förderung für Menschen, die es deutlich
155 stärker brauchen.
- 156 Es ist anzunehmen, dass sich der Strompreis langfristig nicht signifikant erhöht, da
157 durch den aktuellen Preis schon starke finanzielle Anreize gesetzt werden. Die
158 bürokratischen und rechtlichen Hürden dürfen den Ausbau nicht weiter behindern, um
159 den Preis stabil zu halten.
- 160 Es bleibt die Frage der Finanzierung für die Kommunen. Die aktuelle Vorlage

beinhaltet keine konkrete Zusage an die Kommunen, sie beziffert lediglich einen Gesamtinvestitionsaufwand von 6 Mrd. € pro Jahr, die sich zum Teil aus dem Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds (KTF) speisen. Fernwärmenetze sind mit einer hohen Erstinvestition verbunden. Zahlreiche kommunale Unternehmen, die den Großteil der Fernwärmenetze betreiben, hätten selbst mit Fremdkapital Schwierigkeiten, diese Investitionen zu bestreiten. Hier sind die Direktzuschüsse aus dem KTF gut investiert, sodass ein Teil der Kosten abgefangen wird. Die restlichen Kosten kann über zinsgünstige, sichere Kredite seitens der KfW bereitgestellt werden, um den Ausbau nicht zu verzögern.

Was ändert sich für einen einzelnen Haushalt?

Eigentlich fast nichts. Ob im Keller ein Kessel verbrennt, eine Pumpe pumpt oder Warmwasser vom Fernwärmenetz kommt, ist keine nennenswerte Veränderung der Lebensqualität.

Mit der Hilfe von Subventionen werden die initialen Investitionskosten gesenkt. Je nach langfristiger Strompreisentwicklung oder der Kombination von Photovoltaik und Wärmepumpen, sinken die laufenden Kosten gegenüber der Gasheizung und in der zweiten Anschaffung sind die Subventionen nicht mehr nötig. Somit ist sichergestellt, dass niemand über den Wechsel der Heizung in finanzielle Schwierigkeiten kommt. Klimaschutz geht nur zusammen mit sozialer Gerechtigkeit!

Wir fordern:

- Die zügige Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung
- Finanzierungshilfen vom Bund und den Ländern für die Kommunen, um die Investitionen in die Fernwärmenetze besser zu ermöglichen
- Ein sofortiges Verbot von Gas- und Ölheizungen in Neubauten, einschließlich solcher, die später auf Wasserstoff umgestellt werden können (sog. „H2-Ready-Heizungen“). Wasserstoff ist für die Gebäudeheizung aus Kostengründen ungeeignet.
- Eine Förderung von Wärmepumpen, um die Anschaffungskosten auf Gaskesselniveau zu senken, die an den Gas- und Strompreis regelmäßig angepasst wird.
- Einbau von neuen Gaskesseln in Bestandbauten ist solange zulässig, bis die kommunale Wärmeplanung abgeschlossen ist. Danach sollen nur noch vollständig klimaneutrale Lösungen möglich sein.

[1]

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/kohlendioxid-emissionen-im-bedarfsfeld-wohnen#:~:text=Im%20Bereich%20%E2%80%9ERaumw%C3%A4rme%20%E2%80%93temperaturbereinigt%20Kohlendioxid%2DEmissionen>.

[2]

<https://www.dehst.de/DE/Nationaler-Emissionshandel/nEHS-verstehen/nehs->

201 [verstehen_node.html](#)

202 [\[3\]](#)

203 <https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/downloads/pdf/Forschungsprojekte/BMW>

204 [i-03ET1272A-WPsmart_im_Bestand-Schlussbericht.pdf](#)

205 [\[4\]](#)

206 [https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Berichte/Energie-](https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Berichte/Energie-Monitoring-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

207 [Monitoring-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4](#)

208 [\[5\]https://www.bdew.de/energie/effizienzsteigerung-bei-der-wasserstofferzeugung/](#)

209 [\[6\]](#)

210 [https://www.bundestag.de/resource/blob/691748/01a954b2b2d7c70259b19662ae37a575/WD-5-](https://www.bundestag.de/resource/blob/691748/01a954b2b2d7c70259b19662ae37a575/WD-5-029-20-pdf-data.pdf)

211 [029-20-pdf-data.pdf](#)

212 [\[7\]](#)

213 [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2021/03/kapitel-1-7-wie-kann-das-energiesystem-der-zukunft-aussehen.html)

214 [Wirtschaftspolitik/2021/03/kapitel-1-7-wie-kann-das-energiesystem-der-zukunft-](#)

215 [aussehen.html](#)

216 [\[8\]](#) Arbeitspreis bei Check24 26.6.2023

217 [\[9\]](#) Arbeitspreis bei Verivox 26.6.2023

218 [\[10\]https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007620.pdf](#)

Antrag K04: Refashion Fast Fashion

Sachgebiet:

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

- 1 Wir Jusos setzen uns für eine sozialökologisch nachhaltige Wende in der
- 2 Textilindustrie ein! Vor diesem Hintergrund fordern wir:
- 3 • Textilfirmen müssen bei der Verwertung von aufgetragener Kleidung vermehrt in
- 4 die Verantwortung gezogen werden. Dazu muss das Kreislaufwirtschaftsgesetz
- 5 überarbeitet werden und eine erweiterte Produzent*innenverantwortung (EPR)
- 6 eingeführt werden.
- 7 • Die sozialökologische Nachhaltigkeit von dem massenhaften Export von
- 8 aufgetragener Kleidung und Textilabfällen von Deutschland z. B. nach Osteuropa
- 9 und in den globalen Süden muss aus einer internationalen Perspektive heraus
- 10 kritisch hinterfragt werden. Bisherige Abhängigkeitsverhältnisse der
- 11 Importländer von Altkleidung und Textilabfällen aus Deutschland müssen
- 12 schrittweise abgebaut werden.
- 13 • Bei einer Analyse muss jedes Importland einzeln betrachtet werden, um Antworten
- 14 zu generieren, ob der jeweilige Export von Altkleidung aus sozialökologischen
- 15 Gründen beendet werden muss und wie dies nachhaltig geschehen kann. Neue
- 16 Lösungen können nur unter Einbezug der Akteur*innen vor Ort und auf Basis der
- 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) entwickelt werden.
- 18 • Das Sammeln und Aufbereiten der Altkleidung und -textilien muss bundesweit
- 19 optimiert werden.
- 20 • Es muss für Verbraucher*innen auf einen Blick erkenntlich sein, welche Kleidung
- 21 sozialökologisch nachhaltig produziert wurde und wie sie alte Kleidung
- 22 „sinnvoll“ spenden können.
- 23 • Dubiosen und kriminellen Organisationen und deren Altkleidercontainern muss auf
- 24 kommunaler Ebene konsequent entgegengetreten werden. Die Kommunen sollen die
- 25 Anwohner*innen dabei unterstützen, illegale Container zu melden und die Kommunen
- 26 sollen Verantwortung für die Beseitigung von illegalen Altkleidercontainern
- 27 übernehmen.
- 28 • Kein Altkleidercontainer darf zu einer Todesfalle werden. Todesfälle sind zu
- 29 verhindern, indem der Mechanismus der Container verändert wird. Es dürfen nur
- 30 Altkleidercontainer aufgestellt werden, welche so modernisiert sind.

Antrag K05: Tierversuche und Tierleid in der Forschung möglichst ein Ende setzen

Sachgebiet:

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

- 1 Tierversuche sind wissenschaftliche Untersuchungen, bei denen Tiere eingesetzt
- 2 werden, um Erkenntnisse für medizinische und biologische Fragestellungen zu gewinnen.
- 3 Sie haben für viele Fragestellungen zweifelsfrei einen hohen Nutzen. Jedoch ist die
- 4 Zucht, der unfreiwillige Einsatz für Versuche und die schlussendliche Tötung von
- 5 empfindungsfähigen Lebensformen ethisch bedenklich.
- 6 Zurzeit gibt es vielversprechende Alternativen zu Tierversuchen, so gibt es zum
- 7 Beispiel gezüchtete menschliche Organmodelle (Organoide), künstliche Haut oder
- 8 Computersimulationen, an denen Auswirkungen getestet oder vorhergesagt werden können.
- 9 Hierbei muss das Ziel sein, dass Alternativmodelle eine gleichwertige bzw. bessere
- 10 Übertragbarkeit auf den Menschen als Tierversuche garantieren. Dennoch benötigt die
- 11 Forschung weiterhin gewisse Zeit, denn auch wenn der Name es impliziert, handelt es
- 12 sich bei Organoiden nicht um eine genaue Abbildung eines Organs im lebenden
- 13 Organismus. Begrüßenswert ist, dass seit einiger Zeit Tierversuche genehmigt werden
- 14 müssen und in diesem Prozess dargelegt werden muss, warum sie alternativlos sind. Die
- 15 jahrzehntelange staatliche Förderung für die Erforschung von Alternativen, hat dazu
- 16 beigetragen, dass wir heute echte Alternativen in greifbarer Nähe haben. Nicht nur
- 17 das, eine bessere ist, dass seit einiger Zeit Tierversuche genehmigt werden müssen
- 18 und in diesem Prozess dargelegt werden muss, warum sie alternativlos sind. Die
- 19 jahrzehntelange staatliche Förderung für die Erforschung von Alternativen, hat dazu
- 20 beigetragen, dass wir heute echte Alternativen in greifbarer Nähe haben und absehbar
- 21 in immer größeren Bereichen ohne Tierversuche auskommen können. Nicht nur das, eine
- 22 bessere Übertragbarkeit bedeutet, dass wir vor einer neuen Epoche der Forschung
- 23 stehen. Diese schöne Entwicklung möchten wir noch weiter beschleunigen.
- 24 Um das Ziel der tierversuchsfreien Forschung zu erreichen, müssen zwangsweise für die
- 25 Entwicklung der Alternativmodelle Tierversuche durchgeführt werden. Dies ist nicht
- 26 optimal, aber ein notwendiges Mittel. Nichtsdestotrotz muss deutlich überprüft
- 27 werden, ob die bereits bestehenden Alternativmodelle im Bereich der
- 28 Medikamententestung den verpflichtenden Tierversuch vor der klinischen Studie am
- 29 Menschen ersetzen können. So könnten bereits kurzfristig Tierversuche reduziert
- 30 werden.
- 31 Im Bereich der Grundlagenforschung muss differenziert werden. Viele Tierversuche sind
- 32 ohne erwartbare negative Konsequenzen für die Tiere, wie zum Beispiel die Beobachtung
- 33 für welche Futterquellen sich frei lebende Tiere entscheiden.
- 34 Ein Bereich, in welchem schon jetzt Tierversuche deutlich reduziert werden können,
- 35 ist der schulischen und universitären Ausbildung. So sollten im Kontext dieses
- 36 Bereiches Tierversuche repräsentativ von der lehrenden Person durchgeführt werden, um
- 37 das Wissen an die Auszubildenden und Studierenden zu vermitteln.

38 Daher fordern wir:

- 39 • Es muss geprüft werden, inwiefern bereits bestehende Alternativmodelle im Rahmen
40 der Medikamentenzulassung gleichwertig oder besser funktionieren, um die
41 Möglichkeit abzuwägen, den verpflichtenden Testschritt der Medikamente an Tieren
42 zu ersetzen, sodass die klinische Testung an Menschen ohne Tierversuch auskommt.
- 43 • Die Förderung für die Entwicklung von Alternativen in Deutschland soll von
44 derzeit durchschnittlich ca. 5 Millionen Euro jährlich auf 20 Millionen Euro
45 jährlich erhöht werden. Auch die Laborarbeit ohne Tierversuche während des Drug
46 Screenings, ist oft mit Tierleid verbunden. Es benötigt eine höhere Förderung
47 von tierfreien Methoden.
- 48 • Das Ideal muss sein, in der Grundlagenforschung langfristig keine Tierversuche,
49 bei denen Qual oder ein vorzeitiger Tod zu erwarten sind, durchzuführen. Auf dem
50 Weg dorthin soll die Entwicklung von Alternativen für verbleibende
51 Forschungsbereiche zusätzlich gefördert werden, bis keinerlei solcher Versuche
52 mehr gemacht werden.
- 53 • Im Kontext der schulischen und universitären Lehre sollen Tierversuche von
54 Lehrenden repräsentativ durchgeführt werden.

Antrag K06: Lange überfällig: Nationalpark Senne - Teutoburger Wald – Eggegebirge

Sachgebiet:

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

- 1 In Nationalparks soll sich die Natur weitestgehend ungestört entwickeln und Wildnis
2 sich ausbreiten können. In Deutschland gibt es derzeit 16 Nationalparks, die zusammen
3 rund 0,6 % des terrestrischen Bundesgebiets beanspruchen. Das 2007 selbst gesetzte
4 Ziel von 2 % Wildnisgebieten ist damit weit verfehlt. Seit 2007 wurde auch nur ein
5 zusätzlicher Nationalpark geschaffen. NRW stellt hierbei ein absolutes Schlusslicht
6 dar: Nur 0,19 % Wildnis gibt es in der Kernzone des Nationalparks Eifel. Auch der
7 Biodiversitätsschutz, zu dem sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat, kann
8 so nicht erreicht werden.
- 9 Das heißt: Es braucht dringend mehr Schutzflächen, und zwar eigentlich schon gestern!
10 Vor allem in NRW gibt es viel Luft nach oben. Schon seit langem wird sich in
11 Ostwestfalen-Lippe für einen Nationalpark Teutoburger Wald - Senne eingesetzt. Durch
12 den Krieg in der Ukraine wurde die Aufgabe des Truppenübungsplatzes in der Senne
13 allerdings in weite Ferne gerückt. Das heißt aber nicht, dass es keinen Nationalpark
14 in OWL geben kann.
- 15 Das südlich von der Senne gelegene Eggegebirge ist ebenfalls ein sehr kostbarer
16 Naturraum. Laut der Wildnispotenzialstudie NRW der NZO-GmbH hat die Egge das
17 Potential für ein Wildnisgebiet von besonderer Bedeutung. Der Naturraum Egge ist
18 nicht nur groß, sondern auch vielfältig und beherbergt einige schützenswerte
19 Landschaftselemente, wie eine große Vielfalt an Moosen, Gräsern, Sträuchern und
20 Baumarten (darunter auch großräumige Buchenwaldflächen), Felsklippen, einzigartige
21 Felsformationen, Quellen, Bäche und Moore. Auch viele seltene Tierarten haben dadurch
22 hier ihre Heimat gefunden. So auch ein Käfer, der bisher nur in Höhlen im Eggegebirge
23 gefunden wurde.
- 24 Des Weiteren sind die Flächen bereits in öffentlicher Hand und mit 8151 ha (Egge
25 Nord) und 4688 ha (Egge Süd) mehr als ausreichend für einen Nationalpark
26 (Mindestgröße circa 10.000 ha). Die Eignung zum Nationalpark hat das LANUV bereits
27 2005 in einem Gutachten festgestellt.
- 28 Mit einem Ausspruch für einen Nationalpark sagen wir ja zur Natur und nein zum Holz.
29 Oft werden Waldschutzgebiete durch die Profitinteressen der Sägewerke verhindert.
30 Ungehinderte Wildnis kann nur ohne Kettensäge entstehen. Dort, wo Nationalparks
31 geschaffen wurden, etabliert sich ein naturverträglicher Tourismus, welcher den
32 Gemeinden finanziell nützt und Arbeitsplätze schafft, da Nationalparkbesucher*innen
33 meist keine Tagestourist*innen sind und länger bleiben. Also: Ein Nationalpark nützt
34 also nicht nur der Natur, sondern auch den Menschen vor Ort!
- 35 **Daher fordern wir:**
- 36 • Die schnellstmögliche Einrichtung des Nationalparks Eggegebirge.
 - 37 • Sobald es möglich ist die Erweiterung des Nationalparks Eggegebirge mit der

38 Senne und dem Teutoburger Wald.

- 39 • Arbeiter*innen, die durch die Ausweisung eines Nationalparks ihre Arbeit
40 verlieren könnten (etwa durch Einschränkung der forstwirtschaftlichen Nutzung),
41 sollen unterstützt werden, neue Anstellungen zu finden oder frühzeitig
42 weitergebildet oder umgeschult werden.

Antrag M01: Transformation unserer Städte: Stadtplanung jungsozialistisch denken!

Sachgebiet:

M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

1 Umdenken in der Stadtplanung:

Mehr als die Hälfte der Menschheit lebt in Städten. Bis 2050 werden es über 70% sein. Gleichzeitig werden bereits jetzt mehr als zwei Drittel der Treibhausgase in Städten ausgestoßen. Das heißt: „Der Kampf um das Klima wird in Städten gewonnen oder verloren“ (Patricia Espinosa, Generalsekretärin der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen). Auch die Städte in NRW müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz beitragen.

Neben den ökologischen Umgestaltungen unserer Städten müssen aber im gleichen Zuge auch marginalisierte Gruppen wie FINTA oder Menschen mit Behinderung in den Fokus gerückt werden. Ursprünglich wurden die meisten Städte ausschließlich darauf ausgelegt das weiße Männer sie möglichst komfortabel nutzen können. Dieser altmodischen Denkweise müssen wir etwas entgegensetzen. Daher müssen insbesondere Konzepte der inklusive und feministischen Stadtplanung berücksichtigt werden.

14 Nachhaltige Stadtplanung:

Wir wollen klima- und umweltfreundliche Städte, weil dies den Menschen, die dort wohnen zugutekommt. Mehr Nachhaltigkeit soll auch immer zu einer Verbesserung der Lebensqualität führen. Städte wie Paris, Kopenhagen und Oslo machen es vor.

Es geht darum die Stadt als Lebensraum aufzuwerten, attraktiver zu machen auf eine Weise, die sicherstellt, dass auch zukünftige Generation ein gutes Leben führen können, dass unsere ökologischen Lebensgrundlagen intakt bleiben. Dies soll ausdrücklich allen Bürger*innen miteinschließen. Nicht nur Gutverdiener mit schönem Haus in guter Lage, großem Garten und schickem Auto. Denn Städte sind für alle da!

Die Klimakrise stellt unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Um unsere Städte als attraktiven Lebensraum zu erhalten und gleichzeitig Umwelt- und Klimakollaps zu vermeiden, müssen auch Kommunen den sozial-ökologische Wandel vorantreiben. Dazu gehört die Umsetzung folgender Transformationsprozesse mit den dazugehörigen Maßnahmen:

28 1. Mobilitätswende vorantreiben

Die Mobilitätswende zu gestalten ist essenziell. Die Autozentrierung von Städten führt zu hohem CO₂-Ausstoß und hoher Schadstoffbelastung. Zudem werden enorme Flächen in der Stadt von privaten PKW belegt, die daher nicht für Wohnungsbau, Grünflächen und Spielmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ziel muss es daher sein, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, um sichere, schadstoffärmere und lebenswerte Städte zu erreichen. Neben unserem langfristigen Ziel, als Jusos, der autofreien Innenstädte müssen folgende Maßnahmen dafür getroffen werden:

- Ausbau des ÖPNV. Dies umfasst u.a. längere Fahrzeiten (v.a. in Abend- und

Nachtstunden), häufigere Taktung, flächendeckende Anbindung

- Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Die umfasst u.a.: ausreichend breite, baulich getrennte Fahrradwege; ein lückenloses Radwegenetz; öffentliche Luftpumpen und Repair-Stationen; ausreichend sichere und geschützte Stellplätze

- Förderung von Lastenrädern und E-Bikes

- Fuß-, Fahrrad- und ÖPNV zentrierte Verkehrsplanung. Dazu gehören: Einrichtung von Fahrradstraßen und verkehrsberuhigten Zonen, weitestgehend autofreie Innenstädte, Reduzierung der Parkplätze und Fahrspuren für motorisierten Individualverkehr Biodiversität,

- Ausweitung/Schaffung von Park&Ride, sowie Car-Sharing Angeboten

- Ausweitung der Ladesäuleninfrastruktur für Elektromobilität

2. Zugang zu Natur für alle Bürger*innen sicherstellen/Integration von Natur ins Stadtgebiet gewährleisten

Insbesondere Innenstädte sind vielerorts zu Betonwüsten verkommen. Resultat sind wenig attraktive, teilweise lebensfeindliche Städte. Die Integration von Grünflächen und Natur ins Stadtgebiet kann hier erwiesenermaßen den öffentlichen Raum aufwerten, indem für alle

zugängliche Aufenthaltsräume geschaffen werden. Zusätzlich wird die Artenvielfalt und Frischluftqualität erhöht, sowie die Temperatur in der Stadt gesenkt. Dabei sollen die ergriffenen Maßnahmen auch einer Erhöhung der Resilienz gegenüber Extremwetterereignissen dienen und daraufhin geprüft werden. Solche Maßnahmen, wie beispielsweise das Pflanzen neuer Bäume sollen, mit Hinblick auf die Folgen des Klimawandels, unter Berücksichtigung des Wasserverbrauchs und der Hitzebeständigkeit durchgeführt werden. Folgende Maßnahmen sollen ergriffen werden:

- Integration zusätzlicher Grünflächen ins Stadtgebiet, insbesondere in den Innenstadtbereich

- Stopp von Neuversiegelung von Flächen, die nicht dem Gemeinwesen dienen, wie z.B. dem Ausbau des Schienennetzes und dem Wohnungsneubau

- Entsiegelung von Flächen zur Schaffung von Grünflächen, Parkanlagen und Grünzungen

- Die Schaffung eines einheitlichen Förderprogrammes für die oben genannten Maßnahmen, das sich an Kommunen und Privathaushalte richtet

Dabei soll neben der Aufenthaltsqualität für Menschen auch die Biodiversität gefördert werden, etwa über:

- insektenfreundliche Bepflanzung
- Begrünung von Fassaden und Dächern
- Begrünung öffentlicher Plätze und Straßen, insbesondere durch das Aufstellen von Schattenbäumen

Zusätzlich sollen mögliche Gewässer der Städte für alle Bürger*innen zur Verfügung

76 stehen. Versiegelte Gewässer sollen möglichst entsiegelt und renaturiert werden. In
77 NRW gibt es viele Städte, die über Flüsse oder Seen verfügen. Allerdings haben
78 Bürger*innen häufig nur sehr begrenzt Zugang zu den Gewässern. Das muss sich ändern.
79 Folgende Maßnahmen sollen dafür ergriffen werden:

- 80 • Gewährleistung hoher Wasserqualität
- 81 • Entsiegelung und Renaturierung von versiegelten Gewässern in den Städten
- 82 • Kostenlosen Zugang für Öffentlichkeit sicherstellen: Der Fluss und die Seen
83 sollen zum Freizeitort werden – für alle, nicht nur für Mitglieder in Kanu-,
84 Ruder-, oder Segelvereinen

85 3. Quartiere stärken

86 Ziel muss die Umsetzung einer Stadt der kurzen Wege nach Vorbild der „15-Minuten-
87 Stadt“ sein. Dies bedeutet: alle Einrichtungen für die Befriedigung essenzieller
88 Bedürfnisse der Menschen müssen im Quartier bzw. der näheren Umgebung, innerhalb von
89 15 Minuten erreicht werden können. Diese umfassen u.a. Ärzte, Banken,
90 Kindergärten/Kitas, Schulen, Sportstätten, Supermärkte, öffentlicher Erholungsraum.
91 Dies mag in Randgebieten anspruchsvoll sein, in weiten Teilen der Städte dies aber
92 absolut leistbar. Voraussetzung dafür ist allerdings, die Stärkung der Quartiere
93 durch u.a. folgende Maßnahmen:

- 94 • Gewährleistung der Anbindung der Quartiere an den ÖPNV und das Fahrradwegenetz
- 95 • Aufwertung öffentlicher Plätze und Parks durch Bänke, Spielmöglichkeiten-
96 /plätze, Grünflächen, Sportgeräten und urban gardening, etc.
- 97 • Sicherstellung sozialer Durchmischung, unter dem Vorbild Wiens
- 98 • Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums

99 4. Energiewende gestalten

100 Gleichzeitig muss die Energiewende vorangetrieben werden, um den Treibhausgasausstoß
101 sowie die Schafstoffbelastung zu senken. Folgende Maßnahmen sollen dazu ergriffen
102 werden:

- 103 • Ausbau erneuerbarer Energien. Dies umfasst u.a. Ausstattung von Dächern mit
104 Solaranlagen, die Nutzbarmachung von Flächen für Wind- und Solarenergie, sowie
105 den Aufbau von Wärmenetzen
- 106 • Ausrichtung auf Selbstversorgung und Zukunftsfähigkeit statt Profit für
107 Großkonzerne bei Energieerzeugung
- 108 • Dezentrale Energieerzeugung, etwa über Energiegenossenschaften, statt großer
109 Energiekonzerne
- 110 • Chancen zur wirtschaftliche Einbindung der Bürger*innen nutzen, um Akzeptanz der
111 Energiewende zu erhöhen
- 112 • Energieeffizienz erhöhen. Eine wichtige Maßnahme ist hier die flächendeckende
113 energetische Sanierung
- 114 • Suffizienz fördern, d.h. Anreize und Regeln zur Senkung des Stromverbrauchs

115 schaffen

- 116 • Aufbau von intelligenten Stromnetzen

117 5. *Kreislaufwirtschaft + Abfallvermeidung* voranbringen

118 Ein hoher Anteil der Klima- und Umweltbelastungen in Städten entsteht durch die
119 Produktion. Daher ist es wichtig, die kommunale Wirtschaft zu einer
120 Kreislaufwirtschaft zu umzubauen, in der der Ressourcenverbrauch über Up- und
121 Recycling sowie Abfallvermeidung reduziert wird. Die Kommunen unterstützen dies
122 durch:

- 123 • Schaffung von Anreizen für die Verwendung nachhaltiger Baumaterialien,
124 insbesondere recycelter Stoffe
- 125 • Etablierung von kommunalen Tausch- und Recyclingkreisen
- 126 • Entwicklung von Recycling- und Rücknahmeprogrammen für Unternehmen

127 6. *Nachhaltige Landnutzung* sicherstellen

128 Kommunen besitzen einen erheblichen Teil der städtischen Fläche. Daher liegt auch die
129 Sicherstellung nachhaltiger Landnutzung in der Verantwortung der Kommunen. Diese sind
130 daher dazu aufgefordert folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 131 • Stärkung der ökologischen Landwirtschaft
- 132 • Ökologischen Waldumbau vorantreiben mit Fokus auf resiliente Mischwälder
- 133 • Nachhaltige Holznutzung gewährleisten
- 134 • Flächen für natürliche Senken freigeben sowie vorhandene natürliche Senken
135 schützen

136 **Inklusive Stadtplanung:**

137 Das Ziel einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt wird nur erreicht, wenn alle
138 Menschen mit ihren Bedürfnissen in die Stadtplanung miteinbezogen werden. Das Motto
139 muss lauten: Eine Stadt für alle. Folgende Maßnahmen sind hierbei wichtig:

140 1. *Inklusives Wohnen*

- 141 • Durchmischte Quartiere
- 142 • Fokus auf bezahlbare Gemeinschafts- und Mietwohnungen
- 143 • Ausweisung von Flächen für Ein- und Zweifamiliengebäuden maßgeblich reduzieren
- 144 • Behinderten-, altengerechten, sowie sozialen Wohnungsbau stärken
- 145 • Generationenwohnen baulich fördern

146 2. *Barrierefreiheit flächendeckend gewährleisten*

- 147 • mehr abgesenkte Bordsteine und Rampen für Rollstuhlfahrer*innen
- 148 • Aufzüge in öffentlichen Gebäuden
- 149 • Ausbau von Leitlinien für sehbehinderte Personen
- 150 • Ausstattung aller Ampeln mit akustischem und fühlbarem Signal
- 151 • breitere Fußwege

- kommunale Websites und öffentliche Dokumente in leichter Sprache

3. *Partizipation*

- Die Partizipation aller Bevölkerungsschichten bei der Stadtplanung muss sichergestellt werden. Dies soll durch verschiedene, niedrigschwellige Beteiligungsformate geschehen.

Feministische Stadtplanung:

Spezifische Aspekte für FINTA sowie weitere marginalisierte Gruppen werden in unserer Stadtentwicklung kaum berücksichtigt. Insbesondere FINTA, aber auch queere oder nicht weiße Menschen fühlen sich in unseren Städten oft nicht sicher. Dunkle Gassen und weitere schlechte bauliche Gegebenheiten machen es u.a. für FINTA vielerorts unmöglich, nachts alleine nach Hause zu laufen oder gar spazieren zu gehen, das Sicherheitsrisiko ist zu groß. Gerade dieses Beispiel verdeutlicht, dass unsere Städte weder für, noch von FINTA gebaut wurden.

„Die Art der Stadtplanung (erzeugt) eine systemische Diskriminierung, die die Erfahrungen der Frauen in der Stadt, ihre Freiheit, Sicherheit, Mobilität und Zugang zu öffentlichen städtischen Räumen prägt“ (FES). Gegen diese Einschränkungen und weiterhin bestehende Ungerechtigkeit müssen wir vorgehen.

Daher ist es wichtig Konzepte der feministischen Stadtplanung mit in die kommunale Stadtplanungen miteinzubeziehen. Wir müssen unsere Städte für alle Menschen gleichermaßen zugänglich machen. Denn Städte sind für alle da!

Langfristig soll das Ziel verfolgt werden, möglichst kompakte Stadtviertel mit gemischter Nutzung, nach dem Konzept der 15 Minuten Stadt (s.o.) zu erreichen. Unsere Forderungen haben zum Ziel eine lebenswerte und diskriminierungsfreie Stadt für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Hautfarbe und Gehalt zu schaffen.

1. *Angsträume reduzieren*

- Reduzierung von Angsträumen z.B. durch vermehrte Beleuchtung, jedoch nicht durch verstärkte Videoüberwachung oder Polizeipräsenz
- Ausweitung von Anlaufstellen für Frauen, die sich bedroht fühlen

2. *Kompaktere Gestaltung der Städte*

- Fuß- & Fahrrad zentrierte Straßengestaltung
- Ausbau des ÖPNV insbesondere in den Abend-, & Nachtstunden (s.o.)
- Ausbau von kostenlosen, öffentlich zugänglichen sanitären Anlagen

3. *Spezifische Bedürfnisse von FINTA beachten*

- Kostenlos Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen Gebäuden, solange diese noch nicht kostenlos sind
- Erhöhte Sensibilisierung für die Bedürfnisse von FINTA und kontinuierlicher Einbezug dieser in der Stadtplanung bei jeglichen Entscheidungen
- Einbezug von Gleichberechtigung und Diskriminierungsfreiheit in jegliche Entscheidungen der Stadtentwicklung

Antrag M02: FairMieten - Indexmieten abschaffen

Sachgebiet:

M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

- 1 Wohnen ist ein Grundrecht. Jedoch stellen wir fest, dass sich Wohnraum vor allem in
- 2 Groß- und Universitätsstädten sowie im direkten Umland inflationsbedingt stark
- 3 verteuert hat. Hervorzuheben sind da bundesweit Berlin, Frankfurt am Main und
- 4 besonders München mit durchschnittlich 20,12 Euro pro Quadratmeter. In NRW liegt
- 5 Düsseldorf mit 14,89 Euro an der Spitze.
- 6 Deutschland liegt EU-weit vorne, was den Anteil an Mieter:innen angeht. Momentan
- 7 leben 57,9 % der Menschen in Deutschland zur Miete. Dabei steigt auch der Anteil an
- 8 Indexmietverträgen immer weiter an.
- 9 Indexmieten sind Mieten, die sich an dem sogenannten Verbraucherpreisindex (VPI)
- 10 orientieren, der vom Statistischen Bundesamt regelmäßig neu berechnet wird. Der
- 11 Verbraucherpreisindex beschreibt die durchschnittliche Preisentwicklung im Bereich
- 12 von Konsumgütern und dient als Indikator für die Inflation. Konsumgüter umfassen
- 13 sowas wie Kleidung, Lebensmittel, aber auch Mieten.
- 14 Der VPI ist ein Wert, der nunmal nicht fest ist, sondern sich an der Inflationsrate
- 15 misst. Das heißt, in Zeiten einer hohen Inflation, in der die Lebenshaltungskosten
- 16 steigen, steigt somit auch die Indexmiete. Sofern also eine Indexmiete im Mietvertrag
- 17 verankert ist, dürfen Vermieter:innen bei steigendem Verbraucherpreisindex eine
- 18 Mieterhöhung verlangen. Dadurch werden Mieterhöhungen auch trotz bestehender
- 19 Mietpreisbremsen möglich. Die Miete darf jedoch nur erhöht werden, wenn innerhalb von
- 20 einem Jahr keine Mieterhöhung stattgefunden hat. Mieter:innen haben bei diesem
- 21 Vorgang kein Mitspracherecht.
- 22 Bei einer Abnahme der Inflation (Deflation) dürfen Mieter:innen dann wieder eine
- 23 Senkung der Miete einfordern.
- 24 In der Theorie würde man meinen, dass Mieter:innen in Zeiten ohne Inflation von
- 25 Indexmieten profitieren. Es lässt sich jedoch feststellen, dass Verträge mit
- 26 Indexmieten vor allem dann geschlossen werden, wenn die Miete sowieso schon
- 27 verhältnismäßig hoch ist.
- 28 In Großstädten liegt der Anteil aktuell bei circa 30 %. Der Deutsche Mieterbund geht
- 29 allein in Berlin von 70 % der aktuell laufenden Mietverträge aus, die als
- 30 Indexmietverträge gelten.
- 31 Die Inflation liegt derzeit kriegsbedingt bei 7,2 %. Belastet werden dadurch vor
- 32 allem Haushalte, die ohnehin schon an oder unter der Armutsgrenze gelebt haben.
- 33 Sämtlicher Konsum, seien es Lebensmittel, Klamotten, Freizeit, Mobilität und auch
- 34 Wohnen, haben sich stark verteuert, ohne dass es nennenswerte und langfristige
- 35 Ausgleichs wie etwa Lohnerhöhungen gab.
- 36 Dazu kommt, dass Nicht-Jurist:innen natürlich ressourcenbedingt der genaue Einblick
- 37 ins Mietrecht fehlt und beispielsweise gar nicht wissen, was Indexmieten sind, ob sie
- 38 davon betroffen sind und dass sie bei Deflation eine Mietsenkung beantragen können.

39 Niemandem kann man ernsthaft verlangen, dass man sich neben seiner/ihrer
40 Hauptbeschäftigung auch noch durch die Tiefen des Mietrechts kämpft.
41 Dass Indexmieten sozial ungerecht sind und immer mehr Menschen durch die
42 Mietpreiserhöhungen leiden, ist kein neues Thema auf politischer Ebene. Dezember 2022
43 kam es zu einer Bundesratsinitiative durch Hamburg, die eine Deckelung der Erhöhung
44 auf 3,5 % jährlich vorsah. Die Initiative fand im Bundesrat jedoch keine Mehrheit.
45 Der Deutsche Mieterbund forderte zuletzt ein Verbot von neuen Mietverträgen und
46 sprach sich für eine Deckelung der Mieterhöhungen bei bestehenden Verträgen aus. Auch
47 von Seiten der Grünen und der SPD hörte man Stimmen, die sich für eine Regulierung
48 aussprachen. Katharina Dröge, Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen, sprach
49 sich für eine Deckelung der bestehenden Indexmietverträge aus und für eine härtere
50 Regulierung bei Neuverträgen. Auch Bauministerin Klara Geywitz befürwortete eine
51 Deckelung von Indexmieten. Zwar wird keine Regulierung der Indexmieten im
52 Koalitionsvertrag erwähnt, ist aber auch laut den beiden Parteien dennoch akut.
53 Anderer Meinung ist die FDP, die im Dezember 2022 Forderungen der Indexmietenreform
54 zurückwies. Auch der Vermieter-Verband Haus & Grund hält eine Regulierung für nicht
55 nötig. Indexmieten seien ja gar nicht so ein Problem. Das Problem sei, dass es zu
56 wenige Wohnungen gäbe.
57 Liberale vertreten die Ansicht, dass der Markt die Mieten aufgrund von Angebot und
58 Nachfrage regulieren sollte und dass der Staat nicht mit Verboten in die Rechte von
59 Vermieter:innen eingreifen sollte. Die sozialen Konsequenzen werden dabei vollkommen
60 außer Acht gelassen. Mieterhöhungen treffen besonders die Menschen, die gerade mit
61 Geldnöten zu kämpfen haben. Hinzu kommt also eine weitere finanzielle Belastung. Als
62 Ergebnis stehen Menschen vor der Wahl zwischen unzureichendem Wohnraum oder der
63 Gefahr, ihr Einkommen für andere Grundbedürfnisse wie Nahrung oder
64 Gesundheitsversorgung zu opfern.
65 Für uns als Jungsozialist:innen steht fest: Wohnraum darf nicht unter
66 kapitalistischer Profitmaximierung stehen, egal welche Indizes dafür als Basis
67 angewandt werden. Während die Mieten unaufhörlich steigen, stagnieren die Reallöhne
68 oder wachsen nur minimal. Hierbei sind Indexmieten besonders gewieft, als dass sie es
69 Vermieter:innen ermöglichen, die Mieten kurzfristig und grundlos anzuheben, ohne dass
70 die Mieter:innen ein Mitspracherecht haben.
71 Daher fordern wir:
72 • Ein Verbot von Indexmietverträgen.
73 • Eine Entkopplung vom Verbraucherpreisindex beim Mietpreis für diejenigen, deren
74 Mieten aufgrund der Inflation gestiegen sind
75 • Ein stärkeres Engagement der SPD in der Bundesregierung gegen die
76 Blockadehaltung der FDP

Antrag O01: Wir müssen das Rad nicht neu erfinden - Austauschplattform für Anträge und Aktionen!

Sachgebiet: O - Organisationspolitik

1 In ganz Nordrhein-Westfalen leisten unsere Unterbezirke und Kreisverbände
2 herausragende Arbeit. Es werden überzeugende politische Anträge auf den Weg gebracht
3 und erfolgreiche Veranstaltungen durchgeführt. Die gesammelte Kreativität dieses
4 Verbandes sollten wir nutzen und es einfacher machen, erfolgversprechende Ideen
5 wiederzuverwerten. Hierfür sollten die NRW-Jusos eine zentrale Austauschplattform
6 konzipieren.

7 Im Verbandsmagazin werden bereits vereinzelt Initiativen vorgestellt, eine solche
8 Plattform würde jedoch einen klaren Mehrwert darüber hinaus schaffen. Statt über viele
9 Zeitungsausgaben gestreut, sollen auf dieser Plattform Initiativen an einem Ort
10 konzentriert, einfach zugänglich und in einer geordneten Form gesammelt werden.
11 Suchfunktionen und ordnende Kategorien sollen hierbei die Orientierung vereinfachen
12 und somit eine bessere Anlaufstelle für die Suche nach neuen Projekten schaffen.
13 Durch niedrige Barrieren, Aktionen zu teilen und keine Begrenzung durch das
14 Zeitungsformat könnten so auch mehr Initiativen gesammelt werden. Artikel des
15 Verbandsmagazins, welches parallel weiterhin einen wichtigen Informationsbeitrag
16 leisten wird, können angepasst als erste Veröffentlichungen auf der Plattform
17 eingepflegt werden.

18 Eine solche Plattform soll für alle Unterbezirke und Kreisverbände sowie für alle in
19 der Kommunalpolitik aktiven Jusos offen und einfach zugänglich sein. Es soll in die
20 Bereiche kommunale Anträge, in welchen Bürger*innenanträge, Anregungen und
21 Fraktionsanträge für Kreistage, Stadträte und Bezirksvertretungen hochgeladen werden
22 können, und Best-Practice Veranstaltungen aufgeteilt sein. Diese Bereiche könnten in
23 ihrer Gestaltung beispielsweise dem Beschluss Wiki ähneln.

24 Wir Jusos geben uns nicht mit Selbstbeschäftigung zufrieden, sondern wollen aktiv vor
25 Ort politische Entscheidungen mitgestalten. Wir wollen junge Perspektiven in die
26 Politik einbringen und progressive Politik vorantreiben. Wir Jusos verstehen uns
27 nicht bloß als Nachwuchsorganisation der SPD, sondern als linker Richtungsverband.
28 Unser linkes, fortschrittliches, junges politisches Profil wird in der
29 Kommunalpolitik von keiner anderen politischen Kraft abgebildet, was umso mehr die
30 Notwendigkeit eines aktiven politischen Wirkens unsererseits unterstreicht. Mit der
31 Einbringung von politischen Initiativen können wir in der Kommunalpolitik genau dies
32 erreichen. Diese Bemühungen gilt es deshalb so gut wie möglich vonseiten des
33 Landesverbands zu unterstützen, indem wir den Austausch von kommunalen Anträgen
34 zwischen UB/KVs erleichtern.

35 Veranstaltungen und Aktionen leisten ebenso einen wichtigen Beitrag. Aktive
36 Veranstaltungen für Mitglieder, Bildungsarbeit und öffentlichkeitswirksame Aktionen
37 sind für den Erfolg unseres Verbands entscheidend. Die Vorstellung von Best Practice

Veranstaltungen soll dabei unterstützen, neue Ideen für Aktionen zu finden und die eigenen zu verbessern. Auch die Vernetzung zwischen den UB/KVs würde durch einen aktiveren Austausch über erfolgreiche Aktionen vertieft werden.

Wir wollen als Jusos durch Zusammenarbeit stärker werden. Indem man von Initiativen Anderer neue Impulse einholen kann, wollen wir alle Unterbezirke und Kreisverbände unterstützen. Gerade Neumitglieder, die zum ersten Mal politische Verantwortung übernehmen, würden hierdurch profitieren. Darüber hinaus würde auch die Arbeit von erfahrenen Vorstandsmitgliedern durch neue Ideen bereichert werden. Auf Vorarbeit anderer aufbauen zu können, entlastet die Vorstandsarbeit, womit die Unterbezirke und Kreisverbände in ihrer Arbeit landesweit gestärkt werden würden.

Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Erfolgreiche Initiativen könnten durch die Einführung eines solchen Portals einfacher wiederverwendet werden. Überall in NRW ähnliche politische Anträge einzubringen, schafft ein landesweit einheitliches politisches Profil. Die Orientierung an Best-Practice Beispielen vereinfacht die Konzipierung und Durchführung von Veranstaltungen. Kurzum: Lasst uns auf die erfolgreiche Arbeit unserer Kreisverbände und Unterbezirke aufbauen und uns gegenseitig stärken.

Deshalb fordern wir, dass eine digitale Austauschplattform aufgebaut wird, auf der kommunale Anträge hochgeladen und Best-Practice Projekte sowie Veranstaltungen dargelegt werden können.

Antrag 002: Mutti gib ma' Geld - Für sozial gerechte Teilhabemöglichkeiten in Verband und Partei

Sachgebiet: O - Organisationspolitik

Die SPD und damit auch die Jusos sind traditionell aus der Arbeiter*innenbewegung erwachsen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass unsere Partei- und Verbandsstruktur schon lange im Kern akademisch geprägt ist. Die in der Gesellschaft herrschende soziale Ungleichheit macht auch vor unserem Verband keinen Halt. Die vermeintliche Offenheit, die sowohl unsere innerverbandlichen Angebote, als auch die Angebote der Mutterpartei zu haben vermögen, ist bei weitem nicht für alle Jusos spürbar. Berlinfahrt hier, Kommunalakademie da, ach und dann noch kurz als Gast zum Buko. Teilhabe, Weiterbildung und Netzwerk kosten in einem Jahr schnell mal ein paar hundert Euro. Die Jusos sind der Mutterpartei hier an vielen Stellen schon ein paar Schritte voraus. Dort wo es bei uns Fahrtkostenerstattungen oder frei wählbare Beitragshöhen für Veranstaltungen gibt, fehlt bei den Veranstaltungen der SPD jedwede Unterstützung. Und die haben vor allem die jungen Menschen im Verband nötig, denn das was andere Genoss*innen, die seit Jahren oder Jahrzehnten im Berufsleben stehen, finanziell, ob nun während des Wahlkampfes oder auch bei Weiterbildungsangeboten stemmen können, ist weit weg von der Realität von Studierenden oder Azubis. An einigen Stellen greifen uns auch unsere Unterbezirke und Kreisverbände unter die Arme, und diese Unterstützung wollen wir gar nicht schmälern, jedoch können sich diese finanzielle Unterstützung auch nur finanziell gut aufgestellte UBs und KVs leisten. Das sind zumeist die, die bei den Wahlen gut abschneiden. Da sieht's dann im ländlichen Raum oder in schwarzen Städten und Landkreisen zu Teilen sehr leer in den Kassen aus und es bleibt wenig bis gar kein Geld, um die Jusos überhaupt in ihrer regulären Arbeit zu unterstützen.

Deshalb fordern wir: Eine finanzielle Entlastung der Unterbezirke und Kreisverbände bei der Unterstützung der Jusoarbeit sowie der individuellen Förderung und Unterstützung der Mitglieder durch den Landesverband und die Bundespartei.

Wir haben kein Geld, das ist auch uns Jusos klar. Wir sind jedoch der Meinung, dass das Sparen bei der Arbeit der Juso Gliederungen langfristig dazu führen wird, dass wir schlechter bei den Wahlen abschneiden. Junge Kandidierende fahren bessere Ergebnisse ein, das hat auch die Wahlanalyse der NRW SPD eindeutig gezeigt. So befinden wir uns in einem Teufelskreis, der weder der SPD, noch den Jusos dienlich ist.

Wir fordern:

- Eine Fahrtkostenerstattung, sowie eine Tagespauschale (0,30€/km & Bahntickets) für Fahrten die für Wahlkampf, Parteitage und Weiterbildung anfallen
- Eine Übernahme der Kosten bei Hospitanzen und Weiterbildungen der Partei (Bundestag, SGK, Parteischule, etc.)

- 37 • Eine flächendeckende Lösung, statt Flickenteppich!
- 38 • Eine Entlastung der UBs & KVs durch Landes- und/ oder Bundesmittel

Antrag O03: Inklusion bei den Jusos - Vernetzungstreffen für Menschen mit Behinderungen

Sachgebiet: O - Organisationspolitik

1 Unser Anspruch bei den Jusos besteht darin, eine inklusive Gesellschaft zu gestalten,
2 in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt am
3 gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Um dieses Ziel zu verwirklichen, legen wir
4 besonderen Wert auf die Förderung des Austauschs und der Vernetzung unter Menschen
5 mit Behinderung. Aktuellen Studien zufolge, wie beispielsweise die von der Aktion
6 Mensch im Jahr 2019 durchgeführte Untersuchung, erfahren 60 % der Menschen mit
7 Behinderung leider immer noch Diskriminierung im Alltag.

8 Vernetzungstreffen bieten hierfür eine herausragende Gelegenheit, um wertvolle
9 Erfahrungen miteinander zu teilen, wichtige Informationen auszutauschen und
10 gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Indem wir diese Plattformen für den engagierten
11 Austausch und die gegenseitige Unterstützung nutzen, möchten wir aktiv dazu
12 beitragen, Barrieren abzubauen und eine inklusivere Gesellschaft zu fördern.

13 Auch in unserem Verband sind Menschen mit Behinderung unterrepräsentiert. Unser Ziel
14 muss es sein, offene und barrierefreie Räume zu schaffen, in denen alle Menschen
15 gesehen und gehört werden. Wir glauben, dass der Austausch von Erfahrungen und
16 Perspektiven uns helfen kann, gemeinsam Ideen und Forderungen zu entwickeln.

17 Daher fordern wir, dass der Landesvorstand sich aktiv dafür einsetzt in
18 Zusammenarbeit mit Betroffenen, die Möglichkeit einer Organisation von
19 Vernetzungstreffen für Menschen mit Behinderung zu prüfen. Diese Treffen hätten das
20 Ziel, einen sicheren Raum zu schaffen, in dem Menschen mit Behinderung zusammenkommen
21 können, um einander zu empowern und sich auszutauschen.

22 Sollte die Machbarkeit festgestellt werden, sollten die NRW Jusos diese
23 Vernetzungstreffen nach Kräften unterstützen und umsetzen. Wir sind davon überzeugt,
24 dass solche Treffen einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Gemeinschaft und zur
25 Bewältigung von Herausforderungen im Alltag leisten können. Indem wir gemeinsam die
26 Voraussetzungen schaffen, um diese Idee in die Tat umzusetzen, können wir aktiv dazu
27 beitragen, die Teilhabe und Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung in
28 unserem Verband zu stärken.

Antrag W01: Echte Altschuldenlösung jetzt!

Sachgebiet:

W - Wirtschaft und Finanzen

- 1 In den Kommunen schlägt das Herz unserer Demokratie. Hier wird Politik greifbar. Hier
2 wird der Grundstein für Innovationen gelegt. Viele Kommunen in NRW belasteten seit
3 Jahren die finanzielle Situation. Sie schlagen bereits seit Jahren Alarm. Die Folgen
4 der multiplen Krisen, steigende Preise, steigende Zinsen, gestiegene Baukosten und
5 vieles weitere stellen unsere Städte vor große Herausforderungen. Notwendige
6 kommunale Zukunftsinvestitionen werden ausgebremst oder gar verhindert. Seit vielen
7 Jahren erwarten die Städte und Gemeinden in NRW endlich eine Lösung zur
8 Altschuldenproblematik.
- 9 Im Koalitionsvertrag von CDU und Grüne in NRW steht: „Sollte der Bund seiner
10 Verantwortung nicht nachkommen, bekennen wir uns dazu, im kommenden Jahr selbst eine
11 Lösung herzustellen und dafür einen Altschuldenfonds einzurichten, der für die
12 teilnehmenden Kommunen eine substanzielle und bilanzielle Entlastung bringt“
13 (Zukunftsvertrag für NRW). Für das, was der schwarz-gelben Landesregierung in fünf
14 Jahren nicht gelungen ist, hat sich die selbsternannte ‚Zukunftscoalition‘ viel
15 vorgenommen und hat im Sommer 2023 einen Vorschlag vorgelegt.
- 16 In dem Programm des Landes steht, dass 199 Kommunen der 429 Städte, Gemeinden und
17 Kreise mit Liquiditätskrediten von über 100 Euro pro Einwohner Hilfe erhalten sollen.
18 Vergleichen kann man diese Kredite mit einem Dispositionskredit, den Privatleute
19 aufnehmen können. 100 Euro pro Einwohner seien angemessen. Alles darüber hinaus ist
20 eine kritische Summe.
- 21 Von einer substanziellen und bilanziellen Entlastung kann bei der vorgelegten
22 ‚Lösung‘ der Landesregierung jedoch keine Rede sein. Die Tilgung der vom Land
23 übernommenen Schulden soll über einen Vorwegabzug aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz
24 (GFG) erfolgen. Die Landesregierung will damit jährlich 460 Millionen Euro aus einem
25 Topf, der ohnehin den Kommunen zusteht. Das Land NRW selbst stellt kein eigenes Geld
26 zur Verfügung. Es handelt sich bei den 460 Millionen nicht um zusätzliches Geld.
- 27 Das Land verteilt kommunales Geld um und zahlt selbst nichts.
28 Umverteilung made by Hendrik Wüst.
- 29 Um das an einem Beispiel festzumachen: Der Bestand der in Anspruch genommenen
30 Liquiditätskredite liegt in Krefeld weit über 100 Euro pro Einwohner. Die Stadt
31 Krefeld würde zwar gegebenenfalls eine Zuweisung zur Tilgung der Altschulden
32 erhalten. Diese würde jedoch aus dem Topf des GFG genommen werden, was bedeuten
33 würde, dass die GFG-Zuweisung für Krefeld geringer ausfallen würde.
- 34 Warum ist das problematisch? Eine Finanzierung zur Lösung der Altschuldenproblematik
35 über das GFG schränkt den finanziellen Spielraum der Kommunen ein. Mit den Mitteln
36 aus dem GFG werden notwendige kommunale Investitionen, gerade auch soziale
37 Investitionen, wie beispielsweise in Schulen, KiTas und Klimaschutz finanziert. Diese
38 Kritik kommt auch von dem Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen und

Essener Oberbürgermeister, Thomas Kufen (CDU), also auch aus den eigenen Reihen.

Dieser bezeichnete die Altschuldenproblematik bereits als „tickende Zeitbombe“.

Auch das vorgestellte Investitionsprogramm für kommunalen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, welches ein Volumen von 6 Milliarden Euro auf mehrere Jahre umfasst, soll ebenfalls über einen Vorwegabzug aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz realisiert werden. Wieder keine eigenen Investitionen vom Land, sondern Geld, das ohnehin den Kommunen zusteht und damit das Gemeindefinanzierungsgesetz jedes Jahr um 300 Millionen Euro geringer ausfallen lässt.

Statt eine Lösung der Altschuldenproblematik vorzulegen, kommt Hendrik Wüst mit einem kommunalen Finanzausgleich.

Die Landesregierung stellt ein Paket vor, bei dem 19,7 Milliarden Euro Schulden gemeinsam von Land und Bund getragen werden sollen. Der Bund übernimmt demnach die Hälfte, also rund 9,85 Milliarden Euro. Man kann Bundesfinanzminister Lindner einiges vorwerfen, muss seine Haushalts- und Investitionspolitik scharf hinterfragen und kritisieren. Man kann ihm auch den ökonomischen Sachverstand absprechen. Doch selbst Lindner wird wohl kaum einer ‚Altschuldenlösung‘ zustimmen, bei dem er der Einzige ist, der am Ende zahlt. Um die „tickende Zeitbombe“ zu stoppen, stellt die schwarz-grüne Koalition ein Paket vor, bei dem sie davon ausgehen muss, dass der Bund diese nicht mittragen wird. Das Ganze erweckt den Eindruck, als wolle Schwarz-Grün einzig und allein einen Punkt aus ihrem Koalitionsvertrag irgendwie abhacken. Schließlich wird das größte Bundesland derzeit mehr verwaltet, als gestaltet. Die Zeche wird von den Kommunen gezahlt. Bei einem Scheitern des Vorschlages wird die Schuld die Ampel tragen. Man habe als Landesregierung immerhin einen Vorstoß gewagt.

Diese ‚Altschuldenlösung‘ können wir nicht mittragen. Sie ist keine.

Andere Bundesländer zeigen vor, wie es gehen kann. Das SPD-regierte Rheinland-Pfalz hat mit dem Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)“ eine Lösung geschaffen. Das Land orientiert sich an dem Grad der Verschuldung der Kommunen. Je höher die Schulden einer Kommune, desto höher der prozentuale Anteil der Schulden, die das Land übernimmt. Für 552 Ortsgemeinde, acht kreisfreie Städte, elf Landkreise, fünf verbandsfreie Gemeinden und 20 Verbandsgemeinden wurde hier ein finanzieller Befreiungsschlag geschaffen.

Daher fordern wir:

1. Die Lösung zur Altschuldenproblematik darf nicht durch das GFG finanziert werden. Die ‚Altschuldenlösung‘ der schwarz-grünen Landesregierung ist keine.
2. Der Landtag NRW soll die Entschuldung der Kommunen im Kernhaushalt abbilden und somit sich selbst an der Altschuldenlösung finanziell beteiligen.
3. Ein echtes Investitionsprogramm für kommunalen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, das nicht durch das GFG finanziert wird.
4. Die Durchsetzung einer tatsächlich wirksamen Altschuldenlösung durch die

79 paritätische Schuldenübernahme zwischen Bund und Land.

Antrag O06: Queer, Sozialistisch, Vernetzt

Sachgebiet:

O - Organisationspolitik

1 **Triggerwarnung: Queer- und Transfeindlichkeit**

2 Die Queer- und insbesondere Transfeindlichkeit wächst in Deutschland, darauf weisen
3 auch die letzten veröffentlichten Zahlen (417 Straftaten geschlechtsbezogener
4 Diversität im Jahr 2022 und 340 Straftaten geschlechts- bzw. sexuellbezogener
5 Identität im Jahr 2021 - Dunkelziffer deutlich höher^[1]) hin. Sei es am Rande von
6 CSDs oder im politischen Diskurs, die Situation für queere Menschen verschärft sich
7 deutlich. Die dadurch ausgelösten Ängste und Sorgen schränken die, für viele cis
8 heterosexuelle Menschen selbstverständliche, persönliche Freiheit massiv ein - wer
9 sich für einen Kuss absichern muss, verliert einen wesentlichen Teil seiner Freiheit
10 und Entfaltungsmöglichkeiten.

11 Sei es der Kabinettsbeschluss zum Selbstbestimmungsgesetz, der klar von
12 transfeindlichen Narrativen geprägt ist, oder die beständige Diskriminierung in
13 Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz, die Queer- und Transfeindlichkeit in
14 Deutschland ist strukturell.

15 Wer von beinahe allen gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen diskriminiert
16 wird, hat es schwer, sich politisch zu engagieren. Dadurch gehen uns wichtige
17 Perspektiven verloren.

18 Deshalb ist es Zeit zu handeln und unseren Verband als queeren Safer Space zu
19 stärken. Entsprechend fordern wir, dass sich der Landesvorstand aktiv für die
20 Organisation von Vernetzungstreffen für queere Menschen einsetzt. Die konkrete
21 Ausgestaltung sollte dabei unter Einbezug von queeren Jusos stattfinden. Diese
22 Treffen sollen ein Safer Space sein und explizit intersektional marginalisierte
23 Menschen empowern.

24 Aufgrund der exponentiellen rechtlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen
25 Diskriminierung, die mehrfach marginalisierte Menschen erfahren, muss eine
26 besondere Sensibilisierung für mehrfach marginalisierte Personen eine zentrale Rolle
27 spielen. Die Vernetzungstreffen dürfen keinen Raum für Rassismus, Transphobie,
28 Klassismus oder Ableismus bieten. Dabei wollen wir auch explizit auf die
29 Sensibilisierung für nicht binäre Menschen hinweisen.

30 Queer Rights dürfen nicht nur ein Privileg für weiße cis Männer sein!

31 Vernetzungstreffen bieten die Möglichkeit, sich auszutauschen und über eigene
32 Erfahrungen, in einem sicheren Raum, zu sprechen. Viele queere Menschen haben bereits
33 Queer- und Transfeindlichkeit in unserem Verband erlebt. Wir haben Sorge, dass diese
34 Tendenzen in der Zukunft zunehmen.

35 Durch Vernetzungstreffen können sich queere Menschen gegenseitig empowern und den Mut
36 und die Kraft finden, sich gegen queerfeindlichkeit innerhalb und außerhalb unseres
37 Verbandes zu wehren.

- 38 [\[1\]](#) Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt (2023), Politisch
- 39 motivierte Kriminalität im Jahr 2022 Bundesweite Fallzahlen

Antrag B09: Mentale Gesundheit im Schulwesen

Sachgebiet:

B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

Fast jede*r fünfte Schüler*in in Deutschland leidet unter psychischen Krankheiten. Stress multipler Art gehört für Schüler*innen zum Alltag. Nicht nur Stress, hervorgerufen durch sinnfreies Bulimie-Lernen oder Doppelbelastungen, sondern auch die mangelnden Kompetenzen im Umgang mit psychisch Erkrankten tragen nicht zu einer Verbesserung der aktuellen Situation bei. Sowohl Schüler*innen als auch Lehrer*innen sind nicht auf die Konfrontation mit dieser Thematik vorbereitet oder darauf geschult.

Leistungsdruck

Das Bildungssystem übt jeher hohen Druck auf Schüler*innen aus. Jegliche Formate sind darauf getrimmt, durch die Schaffung dieses Drucks möglichst hohe Leistungen bei Schüler*innen bewirken. Dabei fördern Hausaufgaben, Klassenarbeiten oder Klausuren, wie sie heute gestellt werden, Bulimie-Lernen und stellen keine Möglichkeit zur nachhaltigen Aufnahme von Wissen dar.

Noten, die Produkt subjektiver Einschätzungen von Lehrkräften sind, bestärken toxische Rivalitäten unter Schüler*innen und kreieren zusätzlichen und unnatürlichen sozialen Druck innerhalb von Lerngemeinschaften. Die Angst, zu versagen, ist im jetzigen System gegenwärtig.

Individuelle Bildung findet praktisch nicht statt. Umso tragischer ist so die Bewertung nach standardisierten Vorgaben, bei der persönliche Stärken in aller Regel kaum zur Geltung kommen. Die Möglichkeit, die eigenen Stärken zu entdecken und praxisorientiert anzuwenden, besteht kaum.

Wir fordern die Etablierung alternativer Bewertungsmodelle, die auf individuelle Stärken eingehen. Gleichmaßen sollen jegliche bestehende Formate der individuellen Bildung gestärkt und neu konzeptioniert werden.

Bildungsgerechtigkeit

Arbeitet jemand neben der Schule, um die Familie zu unterstützen oder muss Care-Arbeit leisten und etwa jüngere Geschwister betreuen, ist schlicht weniger Zeit vorhanden, um Hausaufgaben zu machen, sich auf Unterricht oder Prüfungen vorzubereiten. Dass sich das in der Notengebung wiederfindet, ist klar.

Die Leistung, die außerhalb des Klassenraums erbracht wird, mag noch so bedeutend sein, wird in der Regel jedoch nicht einmal mit einer Fußnote erwähnt.

Doppelbelastungen spiegeln sich so nicht nur in der Notengebung, sondern allzu häufig auch in persönlicher mentaler Belastung wider.

Neben der Lösung der strukturellen Armutsproblematik fordern wir die Anerkennung der Lebensrealitäten von betroffenen Schüler*innen. Auch hier spielen individuelle Bildungsangebote die größte Rolle.

Schulalltag und Lerninhalte

Maßnahmen zur Reduzierung von mentalen Belastungen innerhalb des Unterrichts sind unabdingbar, um präventiv gegen mögliche mentale Erkrankungen möglichst vieler Schüler*innen zu handeln.

Fühlen sich Schüler*innen gesehen und in ihren Lebenswirklichkeiten respektiert, ist auch die Wahrscheinlichkeit, mental zu erkranken, deutlich geringer. Die Gefahr für queere –vorrangig Trans*-Personen– von Depression und gar Suizid betroffen zu sein, um ein Vielfaches durch die Schaffung eines inklusiven Umfelds ab. Auch Sexualkundeunterricht abseits heteronormativer Standards trägt zur Anerkennung queerer Lebenswirklichkeiten bei.

Der Klassenraum ist der tristeste Ort, an dem Bildung stattfinden kann. Unterricht muss so oft wie möglich außerhalb des Klassenraums, wann immer sinnvoll, außerhalb des Schulgeländes stattfinden.

Simple Schritte zur Stärkung von Schüler*innen sind die Schaffung von positiven Selbstbildern und die Etablierung emotionaler Alphabetisierung spätestens ab der Grundschule. Auch die Darstellung von Menschen abseits der Normen der weißen Mehrheitsgesellschaft in Unterrichtsmaterialien darf keine Seltenheit bleiben.

Eine mögliche Kausalität zwischen einer hohen Anzahl verschiedener Fächer an einem Schultag und mentaler Belastung für Schüler*innen soll wissenschaftlich belastbar untersucht werden. Der häufige Wechsel zwischen Schulfächern und das damit verknüpfte ständige Umdenken stellt einen unnatürlichen Stressfaktor dar, der durch längere Unterrichtseinheiten, interdisziplinären Unterricht und regelmäßigen Thementage entzerrt werden kann.

Zudem stellt ein verbessertes Schulklima, in welchem das Gefühl einer Gemeinschaft im Vordergrund steht, eine große Verbesserung zum Status Quo dar. Den Schulgeist stärkende Veranstaltungen, die von und für die Schulgemeinschaft veranstaltet werden, zusammen mit einer Variabilität an außerschulischen Angeboten verbessern durch die Formung eines gemeinschaftlichen Klimas den Alltag von Schüler*innen und machen die Schule zu einem Ort des Wohlfühlens.

Zusätzlich kann sportliche Bewegung, die in einem alternativen Rahmen zum von Leistungsdruck geprägten Sportunterricht stattfindet, als weiterer Baustein zur Bekämpfung von mentalen Erkrankungen dienen.

Verpflichtende Fortbildungen

Der sensible Umgang mit Schüler*innen ist Grundvoraussetzung für
Dafür müssen Lehrkräfte regelmäßige Fortbildungen durchgehen, die Kompetenzen zur frühzeitigen Erkennung und Unterstützung von betroffenen Schüler*innen vermitteln.

Auch müssen sich Lehrkräfte in sowohl thematisch als auch methodisch angepassten Lehrplänen sicher zurechtfinden und kompetent Teil neuer Systematiken zur Verbesserung der Situation von Schüler*innen sein.

Frühzeitige Erkennung

Instrument zur Bekämpfung der Symptome des kaputten Systems mögen verpflichtende

Mental-Health-Screenings bei allen Schüler*innen sein. Solche Screenings werden bereits in Schulsystemen anderer Länder systematisch angewandt, um Symptome mentaler Erkrankungen frühzeitig zu erkennen.

Als besonders effektiv mögen dabei Strategien sowohl des finnischen als auch des schwedischen Bildungssystems angesehen werden, in welchen jeweils kurze regelmäßige Testverfahren den Bedarf von einzelnen Schulen und ganzen Distrikten feststellen und so –beschränkte– personelle und finanzielle Ressourcen gezielt eingesetzt werden.

So können strukturelle Modelle zwar zur Erkennung von mentalen Belastungen dienen, sind jedoch nur bei gleichzeitiger Stärkung von schulpsychologischen Anlaufstellen als konsequente Behandlung der Ergebnisse erfolgreich.

Schulpsychologie

Mentale Erkrankungen sind Symptome eines disfunktionalen Bildungssystems. Im Jahr 2020 war für die psychologische Versorgung von 5952 Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen eine schulpsychologische Kraft zuständig. Mentale Belastungen von Schüler*innen werden kaum wahrgenommen oder von Lehrkräften berücksichtigt.

So fordern wir regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen für Lehrer*innen, mit dem Ziel Sensibilität zu schaffen sowie das Einbeziehen sowohl der Schüler*innen- als auch der Lehrer*innen-Perspektive in Prozesse der Entscheidungsfindung. Dabei hat auch die Stärkung des Konzepts der demokratischen Schule hohe Relevanz.

Der Zugang zu schulpsychologischen Diensten muss bedarfsgerecht und flächendeckend erfolgen und eine effektive Unterstützung für betroffene Schüler*innen darstellen.

Kritische Betrachtung und wissenschaftliche Begleitung

Prozesse, sowohl zur Prävention als auch zum Umgang mit mentalen Erkrankungen im Schulsystem müssen durchgehend wissenschaftlich begleitet und methodisch hinterfragt werden.

Analog zu schulpsychologischen Diensten, muss auch die Forschung in ihren Mitteln deutlich gestärkt werden. Finanzielle Ressourcen müssen zur Schaffung einer breiteren Faktenlage durch regelmäßige Durchführungen belastbarer Studien bereitgestellt werden. Dabei muss die Verantwortung, statt bei privaten Trägerschaften, in der öffentlichen Hand liegen.

Aufarbeitung von durch Corona bedingten Belastungen

Wie im Brennglas stellte die Coronapandemie die massiven Schwachstellen im Bildungssystem hervor. Besonders während Zeiten der Lockdowns waren mentale Belastungen unter Schüler*innen besonders hoch. Die professionelle Aufarbeitung und kontinuierliche emotionale Begleitung von allen betroffenen Schüler*innen muss die folgerichtige Konsequenz der gescheiterten Bildungspolitik in Coronazeiten sein.

Forderungen

- Etablierung alternativer Bewertungsmodelle und Stärkung individueller Bildung
- Verpflichtende Fortbildungen und Sensibilisierung für Lehrkräfte
- Einbezug von Schüler*innenperspektiven in Prozessen der Entscheidungsfindung

- 118 • Etablierung verpflichtender Formate zu Antidiskriminierung für Schüler*innen
- 119 • Stärkung schulpsychologischer Dienste
- 120 • verpflichtende Mental-Health-Screenings als Instrument zur Feststellung mentaler
- 121 Belastungen
- 122 • Etablierung von Inhalten und Methoden zum Abbau mentaler Belastungen in den
- 123 Schulalltag
- 124 • Begleitung jeglicher Prozesse zur Verbesserung mentaler Gesundheit durch
- 125 wissenschaftliche Trägerschaften
- 126 • Stärkung der Ressourcen öffentlicher wissenschaftlicher Trägerschaften mit dem
- 127 Ziel Daten zu mentalen Erkrankungen zu erfassen
- 128 • Professionelle und kontinuierliche Aufarbeitung der Erlebnisse während der
- 129 Coronapandemie und emotionale Begleitung von allen betroffenen Schüler*innen
- 130

Antrag INI01: Lasst das Semesterticket nicht sterben!

Sachgebiet:

INI - Initiativanträge

- 1 Das Semesterticket in NRW ist fester Bestandteil für Studierende und gehört zum
- 2 Studium in NRW einfach dazu. Dieses ist nun jedoch in Gefahr: Durch das 49€-Ticket
- 3 ist die Rechtssicherheit gefährdet. Das führte dazu, dass der AstA (Allgemeiner
- 4 Studierendenausschuss) der TU Dortmund vergangene Woche sein Semesterticket gekündigt
- 5 hat und auch das Studierendenparlament der Uni Düsseldorf die Kündigung beschlossen
- 6 hat. In anderen Bundesländern haben auch bereits mehrere Universitäten und
- 7 Hochschulen die entsprechenden Verträge gekündigt oder nicht mehr verlängert.
- 8 Das Semesterticket beruht auf dem Solidaritätsprinzip. Das heißt, dass Studierende
- 9 monatlich denselben Betrag zahlen, unabhängig davon, wie häufig sie das Ticket
- 10 individuell nutzen. Dadurch kann gewährleistet werden, dass Studierende in NRW
- 11 langfristig in ganz NRW günstig mit dem ÖPNV reisen können.
- 12 Bisher zahlen Studierende für das Semesterticket etwa 33 Euro im Monat. Rechtlich war
- 13 das Semesterticket abgesichert, indem dieses ca. 70% günstiger war als handelsübliche
- 14 Preise. Mit der Einführung des 49€ Tickets wurde die Rechtssicherheit angezweifelt.
- 15 Plötzlich zahlen Studierende zwei Drittel des Preises eines deutschlandweit gültigen
- 16 Tickets. Studierendenvertretungen müssen daher befürchten, dass zu erwartenden Klagen
- 17 vor Gericht Erfolg haben. Dies würde die Studierendenvertretungen, die eigenständig
- 18 für ihre Finanzen verantwortlich sind, in tiefe Verschuldungen bringen. Das führt nun
- 19 dazu, dass diese sich überlegen, ob sie das Semesterticket kündigen sollen, wie es
- 20 bereits Düsseldorf und Dortmund getan haben. Durch die Aufkündigung der Verträge zum
- 21 Semesterticket wird es zukünftig kein solidarisch finanziertes Semesterticket mehr
- 22 geben.
- 23 Das wird weitreichende Folgen haben: Das 49€-Ticket in seiner Form ist nur ein
- 24 derzeitiges Preisformat und könnte bei einem FDP-geführten Verkehrsministerium in
- 25 Zukunft vermutlich noch teurer oder sogar abgeschafft werden. Wäre das der Fall,
- 26 würden Studierende ohne Semesterticket oder bezahlbarer Alternative dastehen und
- 27 müssten handelsübliche Tickets kaufen. Allgemein ist das 49€-Ticket eine rein
- 28 politische Maßnahme. Es ist dadurch jederzeit abhängig von den aktuellen
- 29 Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und in der Bundesregierung. Abkommen zwischen den
- 30 Asten und den Verkehrsverbünden waren und sind stattdessen langfristig sicherer.
- 31 Hinzu kommt, dass eine bundesweit einheitliche Lösung die Möglichkeiten der Asten
- 32 einschränkt. So ist gerade in persönlichen finanziellen Notlagen heute häufig eine
- 33 Erstattung des Ticketpreises durch den AstA möglich.
- 34 Die finanzielle Situation von Studierenden ist bereits prekär. Ein Drittel der
- 35 Studierenden haben im Monat weniger als 800€ zur Verfügung. Zusätzlich kommen die
- 36 hohen Lebenskosten sowie Mieten, die Studierende vor finanzielle Herausforderungen
- 37 stellen. Weitere Kosten für den ÖPNV würden Studierende nur noch mehr unnötig
- 38 belasten. Das Studium darf nicht noch mehr als jetzt zu einer Frage des Geldbeutels
- 39 werden, wenn Pendeln künftig als Option wegfallen oder fast unbezahlbar werden

40 sollte. Auch fallen die Studierenden weg, die sich nur für das Semesterticket
41 eingeschrieben haben und so den vollen Semesterbeitrag zahlen. Dadurch sinken die
42 Beiträge an Studierendenwerke, die bereits stark unterfinanziert sind.

43 Es kann nicht sein, dass das politische Versagen dazu führt, dass Studierende ihr
44 lang erkämpftes Semesterticket kündigen müssen. Studierende dürfen nicht mehr im
45 Stich gelassen werden. Auch sie haben das Recht, von günstigerem ÖPNV zu profitieren.

46 Es braucht schnellstmöglich eine Lösung seitens der Landesregierung, um das
47 Semesterticket zu retten und die Studierendenschaft vor der drohenden Haftung zu
48 bewahren. Sie darf sich nicht länger vor ihrer Verantwortung drücken und stattdessen
49 auf die Bundesregierung zeigen. Eine Kündigung des Semestertickets kann keine Lösung
50 sein!

Antrag INI02: Unsere Demokratie geht vor die Hunde? Die Bundesregierung so: Who cares? Wir sagen: NICHT MIT UNS!

Sachgebiet:

INI - Initiativanträge

1 „Politische Bildung und Demokratieförderung sind mehr gefordert denn je, denn auch in
2 Deutschland steht die pluralistische, freiheitliche Demokratie unter Druck." Ein
3 Zitat aus dem Koalitionsvertrag der Ampel auf Seite neun. Nun ist Halbzeit der
4 Legislatur von rot-grün-gelb auf Bundesebene und wie so viele Forderungen der Ampel,
5 die zu Beginn noch unumstritten schienen, ändert sich auch hier der Kurs. Im
6 Koalitionsvertrag hieß es noch: „Wir wollen die politische Bildung und die
7 Demokratiebildung entlang der Bildungskette stärken, die Projektmittel der
8 Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit
9 achten.“ (S. 77 des Koalitionsvertrages der Ampel). Nun sollen die Mittel der
10 Bundeszentrale für politische Bildung und weiteren demokratiefördernden
11 bildungspolitischen Initiativen, Stiftungen und Programmen gekürzt werden. Dies ist
12 eine Katastrophe und insbesondere in der aktuellen Zeit ein Desaster. Wir Jusos sagen
13 ganz klar: Nicht mit uns!

14 Die Alternative für Deutschland (AfD) tourt auf einem Umfragehoch. Sie ist zurück auf
15 ihren Rekordwerten seit der „Flüchtlingskrise“, wie die Zeit am 25. Juni 2023
16 schreibt. Erstmals gibt es in Deutschland einen Bürgermeister und einen Landrat der
17 AfD. Unsere Antwort ist: Kein Fußbreit dem Faschismus! Keine Zusammenarbeit mit der
18 AfD – egal auf welcher politischen Ebene. Seit Beginn des Jahres erhöhen sich die
19 Umfragewerte der AfD stetig. Aktuell liegen sie bei knapp über 20%. Das heißt, würde
20 jetzt die Bundestagswahl anstehen würde jede fünfte Person, die zur Wahl geht, ihr
21 Kreuz bei der rechtspopulistischen AfD machen.

22 Laut des Verfassungsschutzberichtes von 2022 ist die Anzahl der Menschen, die dem
23 rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden können, um rund 14,5 Prozent auf
24 38.800 gestiegen. Auch die rechtsextremistischen Gewalttaten stiegen im Jahr 2022 um
25 rund 7,5 % gegenüber dem Vorjahr (2022: 1.016, 2021: 945).

26 Um dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu entgegnen, müssen wir den Menschen Mut
27 machen. Wir müssen ins Gespräch gehen, die Sorgen und Ängste der Gesellschaft ernst
28 nehmen, zuhören und um die besten Lösungen der aktuellen Herausforderungen streiten
29 und kämpfen. Wir müssen sie von der Wichtig- und Richtigkeit unserer Demokratie und
30 unseren demokratischen Werten überzeugen! Dafür ist es zwingend notwendig öffentliche
31 und wissenschaftliche Informationsquellen zu stärken, um Fake News Wahrheiten
32 entgegenzusetzen und Aufklärung zu betreiben.

33 Eine wichtige Rolle in diesem Bereich nimmt die Bundeszentrale für politische Bildung
34 ein. Auf der Seite des Bundesinnenministeriums heißt es: „Die Bundeszentrale für
35 politische Bildung unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei, sich
36 mit Politik zu befassen. Aufgabe der Bundeszentrale für politischen Bildung ist es,
37 Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu

festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“.

Hier wird direkt klar, welche immense Wichtigkeit der BpB zukommt:

1. Sie ist für alle zugänglich. Informationen, wissenschaftliche Erklärungen, Fakten und Daten sind aus öffentlichen vertrauenswürdigen Quellen für alle abrufbar.
2. Politisches Verständnis zu schaffen, bedeutet politische Prozesse verstehen lernen und Aufklärung gegenüber jenen Demokratiefeind*innen zu gewährleisten, die unser System stürzen wollen.
3. Das demokratische Bewusstsein zu festigen, bedeutet, dass wir demokratisches Denken und Handeln fördern- denn eine Demokratie kann nur dann funktionieren, wenn die Bürger*innen sich selbst als Demokrat*innen verstehen und sich selbst als Teil der aktiven Politik.
4. Leider sind immer weniger Menschen bereit sich politisch aktiv zu beteiligen – so sinken die Zahlen an Menschen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, aber vor allem auch die Zahlen an Parteimitgliedern und Menschen, die bereit sind politische Mandate zu übernehmen. Wohl haben wir zeitgleich große politische Bewegungen, wie FridaysForFuture, die unsere politische Kultur aufmischen. Es gilt mehr Menschen für Politik zu begeistern und für das aktive Mitwirken zu gewinnen.

Kurzum: Die BpB ist essenziell für den Erhalt und Aktivierung unserer politischen Kultur, die Aufklärungsarbeit und der Schaffung von politischen Sachverständnis und vor allem in aktuellen Zeiten des Aufstrebens demokratiefeindlicher Stimmen zwingend notwendig für den Schutz und den Erhalt unserer Demokratie. Die Haushaltspläne der Bundesregierung sehen vor das Etat der BpB um 20 Millionen Euro auf 76 Millionen Euro zu kürzen. Piotr Kocyba (Sozialwissenschaftler im Bereich der Demokratieforschung) spricht von einer „Katastrophe“ und hofft stark, dass es zu diesen Kürzungen nicht kommen wird. Dem schließen wir uns an und sehen uns als Jusos verpflichtet dem entgegenzuwirken.

Auch weitere demokratiefördernde Projekte und Stiftungen, wie beispielsweise „Demokratie leben!“ sollen um 8 Millionen Euro gekürzt werden. Weitere Beispiele sind die Amadeu-Antonio-Stiftung, die wichtige Arbeit gegen Rassismus und Judenfeindlichkeit bewirkt, wie auch HateAid die wichtige Arbeit gegen Hass und Hetze im Netz leistet. Die Kürzungen können nicht in unserem Interesse stehen und geben klar das Signal, dass der Erhalt und die Förderung demokratischer Grundverständnisse hintenüberfallen. Eine Demokratie fördert sich selbst, statt sich selbst vor die Hunde gehen zu lassen.

Unser bildungspolitischer Anspruch als Jusos ist es in Zeiten von Krisen und lauter werdenden demokratiefeindlichen Stimmen die Bildungspolitik zu unterstützen und höher zu fördern. Wir Jusos fordern entsprechend:

- Keine Kürzungen von Demokratieförderung im Haushalt der Bundesländer und des

Haushaltes der Bundesrepublik Deutschland.

- Die langfristige Ausfinanzierung aller bildungspolitischen und demokratiefördernden Projekte und Stiftungen, wie beispielsweise Demokratie leben!, der Amadeo Antonio Stiftung und HateAid.
- Die langfristige Ausfinanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung.
- Insbesondere in Zeiten von Demokratiekrisen durch Erstarkung demokratiefeindlicher Stimmen eine Erhöhung des Etats für die Demokratieförderung um mindestens den Anstieg der prozentual-gestiegenen demokratiefeindlichen Stimmen in der Gesellschaft.
- Das klare Bekenntnis der Bundesregierung zur Bekämpfung der lauter werdenden demokratiefeindlichen Stimmen und entsprechendes Handeln.
- Die Bundestagsfraktion der SPD soll darauf Hinwirken, dass das Etat für die Demokratieförderung und Politische Bildung um mindestens 10% zum Vorjahr erhöht wird, statt gekürzt.

Quellen:

<https://www.wahlrecht.de/umfragen/>

https://www.zeit.de/politik/2023-06/afd-rechtsruck-deutschland-umfragehoch-politikpodcast?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/behoerden/DE/bpb.html>

<https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-scala-aktuelle-kultur/audio-weniger-geld-fuer-die-bundeszentrale-fuer-politische-bildung-100.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/zuwachs-fuer-rechtsextreme-szene-102.html>

https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html#:~:text=Im%20Vergleich%20zum%20Jahr%202021,1.016%2C%202021%3A%20945

Antrag INI03: Resolution: “Die Brandmauer bleibt stabil!”

Sachgebiet:

INI - Initiativanträge

1 Dass die Brandmauer gegen rechts stabil bleiben muss ist uns allen klar, doch in den
2 letzten Wochen wurde bewusst, dass diese Mauer langsam bröckelt und konsequenter
3 Antifaschismus in diesen Zeiten von immenser Bedeutung ist. Von der Übernahme rechter
4 Narrative in den eigenen Parteistrukturen, über die CDU die mal wieder gezeigt hast,
5 dass im Kampf gegen Rechts keinen Verlass auf sie ist, bis hin zu der AfD, die sich
6 auf ihrem Umfragehoch befindet.

7 Wir als Jusos müssen der Mutterpartei verdeutlichen, dass rechte Strukturen nicht zu
8 verharmlosen sind und aktuelle Tendenzen, wie sie gerade in anderen europäischen
9 Ländern entstehen, auch hier Anklang finden können. Unsere demokratischen Werte
10 müssen Tag für Tag verteidigt werden!

11 **Denkt ihr die Flüchtlinge sind in Partyboote gestiegen, mit dem großen Traum im Park** 12 **mit Drogen zu dealen?**

13 Medial verbreitete rassistische Äußerungen hört man aktuell zu oft nicht nur von
14 Politiker*innen der CDU und der AfD, sondern immer öfter auch von Amtsträger*innen
15 unserer Mutterpartei. Nancy Faeser, Sebastian Fiedler und weitere SPD Politiker*innen
16 äußern sich zunehmend problematisch über People of Color, Geflüchtete und
17 Asylsuchende. Gerade “unsere” Bundesinnenminister*in Faeser nutzt rassistische
18 Äußerungen für ihren hessischen Wahlkampf und befeuert so die Stigmatisierung bereits
19 marginalisierter und diskriminierter Gruppen, besonders Geflüchtete geraten ins
20 Visier ihrer Abschiebepolitik.

21 Doch nicht nur Angehörige sogenannter “sicherer Herkunftsstaaten” sollen nach Faeser
22 abgeschoben werden. Auch auf “Angehörige von Clans” hat es die Faeser’sche
23 Abschiebepolitik abgesehen. Faeser’s Äußerungen reihen sich daher nahtlos zu den
24 populistischen Äußerungen und Kontrollpraxen Herbert Reuls ein, von dem sich eine
25 sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik bei uns in NRW erfolglos versucht
26 abzuheben. Ohne Erfolg wird diese inhaltliche Unterscheidung von der CDU auch
27 bleiben, wenn wir weiterhin versuchen, mit unseren Äußerungen die Wählerschaft am
28 rechten Rand abzugreifen.

29 Neben Nancy Faeser, schließen sich weitere SPD Politiker*innen in diesen Erzählungen
30 an. Sebastian Fiedler unterstützt offen Faesers Forderungen und kokettiert öffentlich
31 mit konservativen und rechten Positionen zur deutschen Innen- und Sicherheitspolitik.

32 **Sonneberg, Sesselmann, scheiß AfD**

33 Mit 47,6 % im ersten Wahlgang und 52,8 % in der Stichwahl wurde Robert Sesselmann der
34 erste gewählte AfD Landrat im Kreis Sonneberg im Süden Thüringens. Mit Bundesthemen
35 führt Sesselmann seinen Wahlkampf - die anderen Parteien sprechen ihre Unterstützung
36 für den CDU-Kandidaten Jürgen Köpper aus und doch wird am 25. Juni Sesselmann und
37 damit die AfD gewählt. In Thüringen ist die AfD vom Verfassungsschutz als
38 rechtsextrem eingestuft, zugleich ist sie dort momentan in Umfragen die stärkste

Kraft und auf Bundesebene vertreten. Die AfD ist da und sie bedroht unsere Demokratie in Deutschland, es wird Zeit, dass auf politischer Ebene konsequenter Antifaschismus betrieben wird.

Auf Bundesebene liegt die AfD in Umfragen an zweiter Stelle, noch vor allen Ampelparteien. Dass rechte Parteien an Wähler*innen gewinnen, lässt sich nicht nur in Deutschland beobachten. In einigen europäischen Ländern sieht man schon, dass faschistische Parteien die Regierung stellen. Selbst bei denen das nicht der Fall ist, zeichnen sich solche Bewegungen in der Gesellschaft und auf politischer Ebene ab. In Anbetracht einer kommenden Europawahl ist das mehr als besorgniserregend. Während die AfD auf einem konstanten Umfragehoch ist, nimmt der Zuspruch für die Ampel immer weiter ab. Misstrauen an die Regierung sowie an die Demokratie nehmen zu. Der Kampf gegen die AfD, gegen den Faschismus ist zur gleichen Zeit ein Kampf für die Demokratie.

Die Brandmauer bröckelt

CDU-Vorsitzender Friedrich Merz ist bekannt für seine rassistischen und menschenfeindlichen Aussagen. Sei es durch seine Aussagen über BIPOC, über EU-Außengrenzen oder durch Positionierungen zur inneren Sicherheit. Nicht zuletzt hat Merz wieder durch mehrere Aussagen Aufsehen erregt. Im Anschluss an die Landratswahlen in Sonneberg erklärte er, zukünftig die Auseinandersetzung mit den Grünen auszuweiten. Die Grünen seien die "Hauptgegner" in der Regierung, sagt er im Kontext der Debatte um die Energiepolitik - sie seien für die Polarisierung verantwortlich und macht sie zum politischen Feindbild. Im ZDF-Sommerinterview im Juli erklärte Merz dann, dass er zwar eine Zusammenarbeit mit der AfD auf Landes-/Bundes- und Europaebene ausschließt, nicht jedoch auf kommunaler Ebene. Dort müsse mit gewählten Vertreter*innen der AfD schon nach gemeinsamen Wegen gesucht werden. Friedrich Merz ist nicht der erste in der CDU, der eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht ausschließt. Michael Brychcy, CDU-Bürgermeister in Waltershausen und Präsident des Thüringer Gemeinde- und Städtebunds sagte: "Nicht alle in dieser Partei sind Faschisten" und mit denen, die extremistisch sind könne man ja nicht reden, aber schließt eine Zusammenarbeit an einigen Stellen nicht aus. Immer wieder ertönen Stimmen aus der CDU, die einer Zusammenarbeit nicht gänzlich abgeneigt sind, trotz des Bundesbeschlusses dagegen.

Die durch Merz geführte CDU entwickelt sich in eine Richtung in der sie womöglich zukünftig mit Faschist*innen arbeiten würden. Die Oppositionsarbeit der CDU besteht durch Populismus, mit dem sie die Grünen und andere Parteien zum Feindbild machen und damit den Rechten Nährboden geben.

Der Feind einer demokratischen Partei sollte der sein, der diese zerstören will. Es wird daher deutlich: in unserem Kampf für die Demokratie und gegen den Rechtsextremismus in der Gesellschaft, ist auf die CDU kein Verlass!

Soziale Politik jetzt!

Während der Zement der Brandmauer gegen Rechts langsam nachgibt gucken die anderen

Parteien nicht mal richtig hin. Die Ernsthaftigkeit der Situation ist bei den Regierungsparteien anscheinend noch nicht durchgedrungen. Letztlich nannte Olaf Scholz die AfD "Schlechte-Laune-Partei". Beschreibungen wie diese für eine Partei, die im Bundestag sitzt und aktiv unsere Demokratie gefährdet, wirken nahezu zynisch von einem Bundeskanzler. Die Zeiten sind vorbei in denen man die AfD als Protestpartei und ihre Wähler*innen als Protestwähler*innen kleinreden sollte. Dass die AfD eine faschistische Partei ist, hat sie an vielen Stellen und durch unzählige Aussagen bewiesen. Diese Partei zu wählen ist eine bewusste Wahl - eine Wahl zugunsten Faschist*innen. Ohne die Rolle der AfD kleinzureden muss man anerkennen, dass es viele Gründe für das momentane Hoch der AfD gibt und einige auch mit der aktuellen Politik und der der vergangenen Jahre zusammenhängen.

Es gibt Ursachen, die dazu führen, dass sich Menschen nicht mehr mit der Politik identifizieren können. Durch eine politische Landschaft, die voll ist mit Akademiker*innen, die im übertragenen Sinne oft nicht die Sprache der Menschen sprechen und sich kaum außerhalb des eigenen Radius bewegen, fühlen sich Menschen nicht mehr repräsentiert.

Zudem ist Demokratisierung und Politisierung ein Privileg, das mittlerweile keineswegs mehr selbstverständlich ist. Ob Menschen die Werkzeuge in die Hand gelegt bekommen, um ihre Stimme politisch erheben zu können, hängt vor allem mit dem sozialen Hintergrund zusammen. So lässt sich aus Wahlanalysen erkennen, dass vor allem in Stadtteilen, in denen viele Menschen von Armut betroffen sind und in denen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte leben, die Wahlbeteiligung gering ist. Als Sozialdemokratie muss man sich in solchen Zeiten die Frage stellen, was man politisch anders machen muss, um genau diese Menschen abzuholen. Sich hier an konservativen Narrativen zu bedienen, wird nicht dazu beitragen, die Lebensrealitäten der Menschen zu verbessern.

Im Kampf gegen den Faschismus braucht es eine klare Abgrenzung zu rechten Erzählungen und konsequente soziale Lösungen für die Probleme unserer Zeit.

Sich davor zu scheuen systemkritische Fragen aufzuwerfen wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer werden lassen. Wir müssen endlich wieder unsere Stimme für die erheben, die in unserer Gesellschaft nicht mehr gehört werden. Wenn in einer Landtagswahl wie 2022 in NRW die Wahlbeteiligung bei nur 55,5 % liegt, kann man sich nicht im Nachhinein hinstellen und sagen, man richtet sich zukünftig an die, die man an andere Parteien verloren hat. Menschen gehen nicht zur Wahl, weil sie denken, dass sich durch ihre Stimme nichts verändern wird oder aus Gründen wie fehlender Teilhabe.. Wir dürfen diese Menschen in Zukunft nicht mehr vergessen und vor allem nicht riskieren, dass ihre Stimmen an die AfD gehen.

Wir fordern daher:

- Die NRW Jusos auf, in der Auseinandersetzung mit der Mutterpartei klare Kante gegen rechte Meinungsmache zu beziehen. Und nicht nur das, wir müssen uns als antirassistisches Korrektiv der Mutterpartei verstehen, welches sich kollektiv in die Auseinandersetzung begibt.

- Wir brauchen eine nähere Betrachtung der Menschen, die wir als Partei verloren haben. Wir können die Auseinandersetzung mit Nichtwähler*innen nicht der "Wahlanalyse" der NRWSPD überlassen. Wir fordern die NRW Jusos daher dazu auf, konkrete Maßnahmen zu entwickeln, Nichtwähler*innen (innerhalb der Jugend) abzuholen, die bisher wenige Berührungspunkte mit der Politik hatten.
- Schluss mit der Verharmlosungen der AfD! Nazis müssen als solche benannt werden und eine klare interne und öffentliche Kommunikation der SPD und der Bundesregierung ist dafür erforderlich und sollte durch die Jusos eingefordert werden.
- Mit Blick auf die Europawahl 2024 ein jungsozialistisches Konzept für einen antirassistischen und antifaschistischen Europawahlkampf in NRW. Wir brauchen Schulungen für die Menschen, die sich im Wahlkampf mit rechten Parolen und dem Wunsch eines populistischen Europas auseinandersetzen müssen.
- Ein Umdenken in der medialen Außendarstellung der SPD, damit wir endlich wieder unsere Wähler*innen mit konsequent antifaschistischen und linken Inhalten abholen.
- Konkrete Antworten auf die Frage, wie mit populistischen Ländern in Europa gearbeitet werden kann.

Wir bleiben antifaschistisch - egal woher die Nazis kommen

Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für die innere Sicherheit eines Staates. Als internationalistischer Richtungsverband der wir sind, betrachten wir selbstverständlich eben nicht nur den deutschen Rechtsextremismus, sondern auch den, der aus anderen Nationen zu uns getragen wird. Die türkische rechtsextreme Szene ist auch in Deutschland unter der Flagge der sogenannten "Grauen Wölfe" organisiert. Mit bundesweit mehr als 300 Vereinen, die zu 3 großen Dachorganisationen gehören, fassen die Grauen Wölfe fast 20.000 Mitglieder und sind dementsprechend die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland.

- Aufklärung innerhalb der Partei! Wir fordern einen Reflexionsprozess, zur Aufklärung nationalistischer, faschistischer und rassistischer Strukturen innerhalb unserer Mutterpartei, der unter Einbezug der Landes-AG MuV dezidiert aufarbeitet, Gespräche anregt und Konsequenzen zieht.

Wir fordern daher:

- Eine kritische Auseinandersetzung mit (internationalem) Faschismus und Nationalismus auf Ebene der Unterbezirke und Kreisverbände, mit Hilfe entsprechender Weiterbildungsmöglichkeiten. Diese sollten von unseren Expert*innen innerhalb der NRWJusos recherchiert und vermittelt werden. Die Weiterbildungen sollten darauf ausgelegt sein, Multiplikator*innen auszubilden, die sich für antifaschistische und antirassistische Bildungsarbeit innerhalb unserer Partei stark machen. Die Sensibilisierung in unserem Verband gilt hierbei als erster Schritt zur Sensibilisierung der Gesamtpartei.
- Eine kritische Auseinandersetzung mit Faschismus und Nationalismus auf

163 internationaler Ebene und das in allen Parteistrukturen, sowie auf kommunaler
164 Ebene. Hierzu sollten entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Partei
165 geschaffen werden.